

Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 20 · 16. Mai 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Mensch Leo

Der neue Papst – und wie er die katholische Kirche durch die Umbrüche unserer Zeit führen will Seite 3



Zusammenschluss Vor 150 Jahren wurde die SPD gegründet Seite 11



Aufbruch Mit Engagement für eine noch bessere Zukunft der LO Seite 13

AUFGEFALLEN

Linke Blinde und Erleuchtete

Die Regierungschefin aus Dänemark, Mette Frederiksen, hat es schon seit Längerem erkannt: Illegale Migration lässt sich wirksam eindämmen, indem man eine konsequente, klar reglementierte und für das Land sich positiv auswirkende Migrationspolitik betreibt. Dass ausgerechnet eine Linke auf diesem Weg erfolgreich ist, wurde in anderen Ländern Europas vor allem von konservativen Parteien wohlwollend festgestellt. Trotz hingegen die deutsche Sozialdemokratie, die sich lieber mit den grün-woken Multikulti-Phantasten solidarisierte.

Dass Frederiksen vollkommen richtig liegt, hat jetzt auch der nächste Linke begriffen: Der britische Premier Keir Starmer zog die Notbremse und legt eine 180-Grad-Wende zu seiner bisher locker-laxen Einwanderungspolitik hin. Er will ab sofort aktiv und massiv gegen illegale Migranten vorgehen, um eine „Insel der Fremden“ zu verhindern. Kernpunkte sind dabei strengere Vorgaben für Arbeits- und Familien-Visa, längere Wartezeiten für den Erhalt der Staatsbürgerschaft sowie intensiver Grenzschutz. „Das Aufenthaltsrecht ist ein Privileg, das verdient werden muss!“, sagte er.

Recht hat er. Nur die deutschen Linken begreifen es nicht und bleiben ideologisch bockig-stur bei ihrem falschen Kurs. Sogar erste Minimal-schritte wie die Zurückweisung illegaler Migranten an den Grenzen – das Normalste der Welt – wird von links zerredet, bejammert und beklagt. Es fällt wirklich auf: Deutsche Linke – von Grün über Rot bis Knallrot – sind die Blindesten unter den Blinden. JE

NEUE REGIERUNG

Die Union zwischen Aufbruch und einer gefährlichen Falle

Während Kanzler Merz außenpolitisch einen furiosen Start hinlegt, gerät seine Partei zuhause immer tiefer in die strategische Gefangenschaft des linken Lagers

VON HANS HECKEL

Mit großem Elan versucht die neue Bundesregierung, namentlich Kanzler Merz (CDU) und sein CSU-Innenminister Dobrindt, den Vertrauensverlust wettzumachen, den die Union seit der Bundestagswahl erlitten hat. „Politikwechsel“ lautete das große Versprechen im Wahlkampf. Doch kaum waren die Wahllokale geschlossen, schien sich das Versprechen in Luft aufzulösen: Das faktische Ende von Schuldenbremse und NGO-Kritik (Stichwort: Fragenkatalog) standen dabei besonders im Fokus der Enttäuschung.

In seinen ersten Tagen im Amt versucht Merz vor allem, außenpolitisch Profil zu zeigen. In diesem Bereich fällt es relativ leicht, einen Kontrast zur Vorgängerregierung aufzuzeigen: Ex-Außenministerin Baerbock hatte nicht mehr zu bieten als grüne Ideologie und Moralismus, der dem einzigen Ziel zu folgen schien, die heimische Anhängerschaft zu beeindrucken. Das Resultat ist entsprechend: Der Grünen gelang in dreieinhalb Jahren nicht ein einziger diplomatischer Erfolg, der es wert wäre, in Erinnerung zu bleiben. Und Kanzler Scholz ließ in seiner nebligen, unnahbaren Art die Außenbeziehungen Deutschlands, etwa zu Frankreich, den USA oder den anderen europäischen Parteien, gleichsam verdorren.

Merz dagegen hat nicht nur schnell persönliche Kontakte zu den Führern in Paris, London und Warschau herstellen können. Auch scheinen – mit seiner maßgeblichen Beteiligung – die europäischen Mächte endlich wieder in die Vorhand zu kommen beim diplomatischen Ringen um eine Beendigung des Ukrainekriegs. Nach dem undurchsichtigen Scholz und einer Baerbock, die das Wesen von Außenpolitik an sich nie wirklich verstanden hatte, scheint die neue Handlungsbereitschaft in Berlin bei den europäischen Partnern für einige Erleichterung zu sorgen.

Noch enger an der Brandmauer

Beim zweiten Großthema Migration ist Dobrindt offenkundig entschlossen, diese Handlungsbereitschaft auch auf dem Feld Asyl und Zuwanderung zu demonstrieren. Nach dem irritierenden Hin und Her beim Problem der Zurückweisungen an der Grenze muss sich hier aber erst noch erweisen, wie ernst es dem Minister ist – und dann, wie weit seine Macht und Entschlossenheit reicht, um das Versprochene durchzusetzen.

Dabei ist der Geduldssaden der Wähler dünn geworden. Und auch, wenn es der Union derzeit hilft, dass der Koalitionspartner SPD gerade mit inneren Querelen um den überbordenden Machtanspruch von Parteichef Klingbeil beschäftigt ist: Im Parteienstreit zeigt sich deutlich, dass die vormalige SPD-Innenminis-

terin Nancy Faeser mit ihrem überfallartigen Verdikt gegen die AfD einen Coup gelandet hat, der die Union noch tiefer in die Brandmauerfalle drückt – und sie damit noch stärker den strategischen Spielen des linken Spektrums ausliefert.

So ließ sich etwa Alexander Hoffmann, der neue Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, auf die Frage, wie es die Union denn nun mit Linkspartei und AfD halte, zu dieser Einlassung drängen: In Verfahrensfragen sei eine Absprache mit den SED-Erben möglich, mit der AfD jedoch nicht. Konkret ging es um die Änderung der Tagesordnung des Bundestages, um einen zügigen zweiten Wahlgang zur Kür der Bundeskanzler zu ermöglichen. Hier hatte die Unionsspitze mit den Ultralinken verhandelt, nachdem sie die AfD hatte abblitzen lassen.

Ines Schwerdtner, Co-Chefin der Linkspartei, hatte kurz nach diesem Deal klargemacht, dass man für „verfahrenstechnisches“ Entgegenkommen künftig auch inhaltliche Zugeständnisse von der Union erwarte. Geht die Union darauf ein, liefert sie sich einer sich weiter radikalisierenden („Abschaffung des Kapitalismus“) dunkelroten Truppe aus.

Hier zeigt sich, dass die Union am Brandmauer-Problem auf Dauer nicht vorbeikommt, wenn sie ihr Versprechen des Politikwechsels einlösen will. Egal, was linke Medien und Parteien dazu sagen. Sonst ergreift der Wähler das Wort.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Zu faul: Wagenknechts BSW-Minister in der Kritik wegen Arbeitsmoral Seite 5

Kultur

Der Stammheim-Prozess und das neue TV-Dokudrama darüber Seiten 9 und 10

Die Pommersche Zeitung

Als die Insel Rügen Bismarck zu innovativen Politik-Ideen inspirierte Seite 19

Heimat

Georg Henry Griebel – das berühmteste Wohnhaus New Yorks baute ein Preuße Seite 23



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Zankapfel Kaschmir Seit 1947 schwelt der Konflikt um die Himalaya-Region zwischen den heutigen Atommächten Pakistan und Indien. Die jüngsten Kämpfe im Mai haben das Potential zum Flächenbrand gehabt

Bis das Fass überläuft

Kurz vor der atomaren Katastrophe – Ein Waffenstillstand legt jetzigen Kaschmir-Konflikt nur vorerst bei

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Republik Indien und die Islamische Republik Pakistan führen seit ihrer Gründung im August 1947 wechselweise einen kalten oder heißen Krieg gegeneinander. Hauptverantwortlich hierfür ist der religiöse Gegensatz zwischen Hindus und Muslimen, welcher auch zum Kaschmir-Konflikt führte: Kaschmir und das benachbarte Jammu waren 1947 weitgehend muslimisch geprägt, was den Hindu-Maharadscha der Region aber nicht davon abhielt, Indien beizutreten.

Daraufhin wollten paschtunische Freischärler einen Anschluss an Pakistan erzwingen. Hieraus resultierte der Erste Indisch-Pakistanische Krieg, der im Januar 1949 mit der De-facto-Spaltung Kaschmirs in einen indisch und einen pakistanisch verwalteten Teil endete. Dem folgten der Zweite und der Dritte Kaschmirkrieg zwischen den beiden verfeindeten Mächten im Sommer 1965 beziehungsweise Frühjahr 1999. Diese Kriege erbrachten keine wesentlichen Veränderungen des Status quo in dem umstrittenen Gebiet am Fuße des Himalayas.

Operation unter falscher Flagge?

Allerdings begannen islamische Terrormilizen nun mit Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) im indischen Teil Kaschmirs einen Guerillakrieg gegen die Hindus zu führen, weswegen die Regierung in Neu-Delhi 2019 die Aufhebung des Autonomiestatus für Kaschmir und Jammu verfügte, was die Situation dann weiter verschärfte.

Zu den in Kaschmir aktiven Terrorgruppen gehört The Resistance Front (TRF). Auf deren Konto gingen zwischen April 2020 und Juni 2024 zwei Dutzend Anschläge mit 67 Todesopfern. Dann attackierte ein TRF-Kommando, dem der aus Kaschmir stammende Adil Hussain Thoker sowie die beiden Pakistanis Ali Bhai und Hashim Musa angehörten, am 22. April im Balsaram-Tal unweit der Stadt Pahalgam im Herzen von Kaschmir Hindu-Touristen aus ganz Indien und Nepal. Die drei und ihre Mittäter erschossen dabei kaltblütig 26 wehrlose Menschen, wobei sie akribisch darauf achteten, keine Muslime zu töten.

Die indische Regierung machte für das Attentat umgehend den ISI verantwortlich, woraufhin der pakistanische Verteidigungsminister Khawaja Muhammad Asif entgegnete, der Vorfall sei Teil der „hausgemachten Revolution“ der unterdrückten Muslime in ganz Indien. Gleichzeitig mutmaßte er, es könne sich aber auch um eine indische Operation unter falscher Flagge handeln, um einen Kriegsgrund gegen Pakistan zu schaffen.

Wasser als Waffe

Indien reagierte mit Militärschlägen gegen mutmaßliche Terrorcamps in Pakistan sowie diversen Sanktionen. Hierzu zählte nicht zuletzt die Außerkraftsetzung des Indus-Wasservertrages von 1960, der garantieren soll, dass genügend Wasser aus den Bergen des Himalayas nach Pakistan gelangt, weil ansonsten die Landwirtschaft der islamischen Republik zusammenbricht. Das wiederum birgt die Gefahr eines pakistanischen Angriffs mit taktischen Nuklearwaffen, weil die Regierung in Islamabad „jeden Versuch, den

Wasserlauf zu stoppen oder umzuleiten, als Kriegshandlung“ betrachtet, welche die gesamte staatliche Existenz Pakistans bedrohe. Um der Warnung an Indien Gewicht zu verleihen, erfolgte Anfang Mai ein Test der Boden-Boden-Rakete Abdali, die auch Atomsprengeköpfe tragen kann.

Diese Drohgebärden, auf die Indien mit großangelegten Zivilschutzübungen antwortete, erfolgten vor dem Hintergrund innenpolitischer Konflikte. Der Sturz des früheren Premierministers Imran Khan und dessen Inhaftierung spalten Pakistan – dazu kommen massive wirtschaftliche Probleme und die wachsende Inflation. Deshalb strebt das ohnehin schon sehr dominante Militär nach noch mehr Einfluss, um das Land aus der Krise zu führen.

China lauert im Hintergrund

Die neuerliche Konfrontation mit Indien könnte den Generälen den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung verschaffen – sofern die pakistanischen Streitkräfte hier nicht den Kürzeren ziehen, was bei rein

konventionell ausgetragenen Kämpfen durchaus passieren könnte.

Unabhängig von der Gefahr eines atomaren Infernos auf dem indischen Subkontinent birgt die neuerliche Eskalation zwischen Indien und Pakistan aber noch weitere Unwägbarkeiten. Die Volksrepublik China, welche selbst seit 1959 in Grenzstreitigkeiten mit Indien verwickelt ist und das Land auch als geopolitischen Konkurrenten betrachtet, steht auf der Seite Pakistans. Dies wiederum belastet das gegen die Dominanz des Westens gerichtete BRICS-Bündnis, dem sowohl China als auch Indien angehören.

Andererseits bieten der gute Draht zwischen Peking und Islamabad sowie die teilweise wirtschaftliche und außenpolitische Interessenskongruenz zwischen der Volksrepublik und Indien aber die Chance, dass das Reich der Mitte erfolgreich als Schlichter agiert. Den jetzigen Waffenstillstand vermittelten allerdings die USA, nachdem Pakistan massiv zurückschoss und einen Kampf „bis zum letzten Blutstropfen“ ankündigte.



Ausgebombt in Kaschmir: Bei den jüngsten Kämpfen kamen auf beiden Seiten auch 36 Zivilisten ums Leben

WAFFENARSENAL

Großer David gegen kleinen Goliath

Bis an die Zähne bewaffnet – Pakistan und Indien rüsten sowohl bei konventionellen als auch atomaren Waffen ständig nach

Indien und Pakistan, die jetzt an der Schwelle eines neuen großen Krieges gegeneinanderstehen, sind Militärmächte erster Ordnung. In den Streitkräften Indiens dienen derzeit knapp 1,5 Millionen aktive Soldaten, womit das Land an zweiter Stelle nach der Volksrepublik China und vor den USA sowie Russland steht, was die militärische „Manpower“ betrifft. Pakistan belegt hier mit 654.000 Mann einen auch noch beachtlichen siebten Platz. Ebenso rangiert Indien auf Platz Vier im sogenannten Global Firepower Index, der die Kapazitäten für die konventionelle Boden-, See- und Luftkriegsführung berücksichtigt, während Pakistan hier den neunten Platz einnimmt.

Konkret machen sich die Unterschiede folgendermaßen bemerkbar: Aktuell besitzen die Inder 4201 Kampfpanzer, 4339 Artillerie- und Raketenwerfersysteme, 643 Kampfflugzeuge, 13 Zerstörer, 14 Fregatten, 18 Korvetten, zwei Flugzeugträger und 18 U-Boote, davon zwei mit Atomtrieb. Pakistan kommt hingegen nur auf 2627 Kampfpanzer, 3891 Geschütze und Raketenwerfer, 418 Kampfflugzeuge, jeweils neun Fregatten und Korvetten sowie acht dieselgetriebene U-Boote.

Daraus ergibt sich eine spürbare Unterlegenheit gegenüber Indien im konventionellen Bereich. Deshalb setzt die islamische Republik auch auf Kernwaffen taktischer und strategischer Art, um den

Gegner gegebenenfalls mit einem nuklearen Schlag niederzuwerfen.

Seit der Zündung der ersten „islamischen Atombombe“ am 28. Mai 1998 im Ras-Koh-Gebirge in der Provinz Belutschistan hat sich Pakistan 170 Kernsprengköpfe und ein beachtliches Arsenal an Trägersystemen zugelegt. Zu diesen gehören die acht Raketentypen Abdali, Ghaznavi, Ghauri, Shaheen, Ababeel und Hatf mit Reichweiten von bis zu 2750 Kilometern. Dazu kommen F-16- und Mirage-Jagdbomber aus den Vereinigten Staaten beziehungsweise Frankreich, welche jeweils eine Atombombe 1600 Kilometer weit nach Indien hinein transportieren können.

Indien besitzt 172 Atomsprengköpfe und Trägerraketen, die jeden Punkt in Pakistan zu erreichen vermögen

Indien besitzt 172 Atomsprengköpfe und Trägerraketen, die jeden Punkt in Pakistan zu erreichen vermögen. Besonders zu erwähnen sind hier die Agni-III-Mittelstrecken- und die Agni-V-Interkontinentalraketen, deren Reichweiten zwischen 3500 und 8000 Kilometern liegen. Darüber hinaus können die beiden indischen Atom-U-Boote „Arihant“ und „Arighat“ seit September 2024 ballistische Raketen des Typs K-4 Kalam verschießen. Da deren Reichweite bis zu 4000 Kilometer beträgt, verfügt Indien nunmehr auch über eine nukleare Zweitschlagskapazität, die dann zum Einsatz kommen würde, wenn Pakistan bei einem Erstschlag die anderen Trägersysteme zerstört.

TERRORGRUPPEN

Säuberung des „islamischen“ Kaschmir

Der pakistanische Geheimdienst ISI unterstützt schon seit Jahrzehnten islamische Terrororganisationen, die in Kaschmir und anderen Teilen Indiens operieren. Eine davon ist die 1986 nicht zuletzt auf Betreiben Osama bin Ladens entstandene Laschkar-e-Taiba, welche mittlerweile mehrere tausend Mitglieder besitzt und unter anderem die beiden großen Anschläge von Mumbai am 11. Juli 2006 und 26. November 2008 mit insgesamt 353 Toten beging.

Da die Laschkar-e-Taiba in der Zeit danach immer stärker ins Visier der indischen Sicherheitskräfte geriet, kam es zu etlichen Abspaltungen, um die Terrorfahnder zu verwirren. Zu diesen Neugründungen gehörte The Resistance Front (TRF), die 2019 infolge einer Initiative von Muhammad Abbas Sheikh alias Umar Mukhtar und Sheikh Sajjad Gul entstand, wobei Mukhtar dann am 23. August 2021 in Alooichi Bagh von indischen Polizisten erschossen wurde, während der Sajjad Gul nach wie vor als Anführer von TRF fungiert. Deswegen setzten die Behörden eine Belohnung von umgerechnet über 10.000 Euro für seine Ergreifung oder Tötung aus.

TRF hat es besonders auf Hindus abgesehen, welche sich angeblich illegal im „islamischen“ Kaschmir niederlassen und dadurch die demographischen Verhältnisse verändern. Deshalb galten ihre Anschläge ab April 2020 nicht nur Angehörigen der indischen „Besatzungstruppen“, sondern auch nichtmuslimischen Zivilisten.

Für den aktuellen Terrorakt unweit der Stadt Pahalgam übernahm TRF zunächst die Verantwortung, wobei sie auch den ermordeten Touristen vorwarf, sie hätten in Kaschmir bleiben und die dortigen Muslime verdrängen wollen. Dann jedoch sprach die Miliz plötzlich von einer Täuschungsaktion des indischen Geheimdienstes. Dies war möglicherweise die Reaktion auf die Enthüllungen der Nationalen Untersuchungsbehörde in Neu-Delhi, denen zufolge das Attentat auf ausdrückliche Anweisung des ISI erfolgte.

W.K.

Ein pragmatischer und menschnaher Hirte

Leo XIV. ist das neue Oberhaupt der weltweit mehr als 1,4 Milliarden katholischen Christen. Wer ist der neue Papst? Für welche Form von Kirche steht er? Und was dürfen die Kirche und die Welt von ihm erwarten?

VON THOMAS SCHWARTZ

Die Wahl von Kardinal Robert Francis Prevost zum neuen Oberhaupt der katholischen Kirche und seine Namenswahl Leo XIV. haben weltweit Aufmerksamkeit erregt. Dieser Name knüpft an eine bedeutende Tradition an, insbesondere an Papst Leo XIII., der die Kirche durch die sozialen Verwerfungen der ersten industriellen Revolution führte und mit der Enzyklika „*Rerum novarum*“ die Katholische Soziallehre begründete. Die Wahl des Namens Leo ist dabei mehr als eine Geste der Traditionspflege; sie darf als programmatisches Signal verstanden werden, dass auch der neue Papst die Kirche mit intellektueller Schärfe und lehramtlicher Treue durch die Umbrüche unserer Zeit führen will.

In seiner ersten Predigt vor den Kardinälen formulierte Leo XIV. programmatisch sein Selbstverständnis: „Ich muss klein werden, damit Christus groß hervorstrahlt.“ Dieses Leitmotiv eines demütigen Dieners, eines Menschen, der sich in seinem hohen Amt als Diener sieht, korrespondiert mit seiner ersten öffentlichen Ansprache, in der er den Frieden, den Dialog und eine missionarische Kirche „mit offenen Armen“ beschwor, die bereit sei, „alle empfangen zu können, die unsere Nächstenliebe, unsere Gegenwart, unseren Dialog und unsere Liebe brauchen“.

Von Chicago über Peru nach Rom

Robert Francis Prevost wurde am 14. September 1955 in Chicago, Illinois, in eine tiefkatholische Familie mit französischen, italienischen und spanischen Wurzeln geboren. Seine Mutter war Bibliothekarin, sein Vater Schulleiter – ein Milieu, das Bildung und Glauben gleichermaßen wertschätzte. Bereits in jungen Jahren verspürte er die Berufung zum Priestertum. Nach dem Studium der Mathematik und Philosophie trat er 1977 dem Augustinerorden bei. Es folgten Studien der Theologie in Chicago und des Kirchenrechts in Rom, wo er mit einer Arbeit über die Rolle des lokalen Priors im Augustinerorden promovierte.

Die prägendsten Jahre verbrachte Prevost jedoch ab 1985 als Missionar in Peru. Dort wirkte er als Seelsorger, Kanzler der Prälatur Chulucanas, Seminarlehrer und schließlich von 2015 bis 2023 als Bischof von Chiclayo. 2015 nahm er die peruanische Staatsbürgerschaft an. Diese jahrzehntelange Erfahrung in Lateinamerika, dem Kontinent mit den meisten Katholiken, relativieren die Bezeichnung „erster US-Papst“ und verleihen ihm eine Perspektive des Globalen Südens. Er ist kein typischer US-amerikanischer Kirchenmann, sondern hat die Kirche von den Rändern her erlebt, was seine Akzeptanz in der Weltkirche fördern dürfte, insbesondere in Kreisen, die einer kulturellen Dominanz der USA skeptisch gegenüberstehen. Seine erste Ansprache als Papst hielt er auf Italienisch und Spanisch, kein Wort auf Englisch.

Zahlreiche Anekdoten aus seiner Zeit in Peru zeichnen das Bild eines pragmatischen und menschnahen Hirten. So wird berichtet, er habe eigenhändig liegengeliebene Lastwagen repariert und sei nach Überschwemmungen durch den Schlamm gewatet, um den Notleidenden beizustehen. Dabei ist er aber auch ein Mann mit einem scharfen Verstand. Ich habe ihn in den Begegnungen während der Sitzungen der Weltsynode als einen genau zuhörenden Menschen wahrnehmen können, den ein feiner Humor kennzeichnet.

Seine augustinerische Identität ist mehr als ein biographisches Detail; sie dürfte sein Denken und Handeln als Papst prägen. Der Orden des heiligen Augustinus steht für Gemeinschaftssinn, die Suche nach Wahrheit im Dialog sowie die Bedeutung von Freundschaft und innerem Leben. Prevosts bischöf-



„Fähigkeit, die verschiedenen Strömungen in der Kirche zusammenzuführen und gleichzeitig klare Orientierung zu geben“: Leo XIV., hier während seiner ersten Messe als Papst in der Sixtinischen Kapelle

liches Motto „*In illo uno unum*“ (Im Einen sind wir eins), ein Zitat aus einem Traktat Augustins über die Einheit der Kirche, unterstreicht diesen gemeinschaftlichen Aspekt. Er hat dieses Motto nun auch in sein päpstliches Wappen übertragen.

Vor seiner Wahl zum Papst bekleidete Robert Prevost bereits hohe Ämter. Von 2001 bis 2013 leitete er als Generalprior den weltweiten Augustinerorden von Rom aus, was ihm umfassende administrative Erfahrung und tiefe Einblicke in die Weltkirche verschaffte. 2023 ernannte ihn Papst Franziskus zum Präfekten des Dikasteriums für die Bischöfe, einer Schlüsselposition im Vatikan, die für die Auswahl von Bischöfen weltweit zuständig ist, und erhob ihn im selben Jahr in den Kardinalsstand.

Brückenbauer und stiller Erneuerer

Papst Leo XIV. tritt sein Amt mit der Vision an, ein „Brückenbauer“ und ein „stiller Erneuerer“ zu sein. Er betont die Synodalität als einen Weg der Kirche, versteht diese jedoch nicht als „politische Agenda“, sondern als ein „Hören auf den Heiligen Geist“. Darin sieht er einen Schlüssel zur Überwindung der Polarisierung, die die Kirche vielerorts erfasst hat. Sein Verständnis von bischöflicher Leitung ist geprägt von Dienstbarkeit: „Der Bischof soll kein kleiner Prinz sein, der in seinem Königreich sitzt.“ Vielmehr gehe es darum, das Evangelium durch persönliches Zeugnis zu vermitteln und die Schönheit des Glaubens zu teilen. Er sprach sich auch dafür aus, das Volk Gottes stärker in die Auswahl der Bischöfe einzubeziehen.

Zur Rolle der Frau in der Kirche vertritt er die traditionelle Lehre und lehnt eine „Klerikalisierung“ von Frauen durch die Weihe ab. Gleichwohl hat er als Präfekt des Bischofsdikasteriums die von Papst Franziskus initiierte Reform mitgetragen, drei Frauen als stimmberechtigte Mitglieder in das Gremium aufzunehmen, das Bischofsnominierungen vorbereitet. Dies deutet auf eine differenzierte Haltung hin: Festhalten an der Lehre bei gleichzeitiger Bereitschaft, Frauen stärker in kirchliche Entscheidungsprozesse einzubinden.

In seiner ersten Rede vor dem Kardinalskollegium nahm Leo XIV. ausdrücklich Bezug auf Papst Leo XIII. und dessen Enzyklika „*Rerum novarum*“. Er sieht Parallelen zwischen der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und der heutigen „neuen wirtschaftli-

chen Revolution“, die insbesondere durch die Künstliche Intelligenz (KI) vorangetrieben wird. Die Kirche, so der neue Papst, müsse angesichts der Herausforderungen für die Menschenwürde, für faire Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt Antworten geben. Damit positioniert er sich als ein Pontifex, der die Katholische Soziallehre aktiv in die aktuellen Debatten einbringen will – ein klassisch-konservativer Ansatz mit hoher moderner Relevanz. Dies erlaubt ihm, notwendige Anpassungen an die moderne Welt auf einem Fundament zu fordern, das in der Tradition tief verwurzelt und auch für eher konservative Gläubige unumstritten ist.

Beobachter beschreiben ihn als jemanden, der die Substanz der Agenda von Papst Franziskus fortführen könnte, jedoch mit einem anderen, „pragmatischeren, vorsichtigeren und diskreteren Stil“. In manchen lehramtlichen Streitfragen, etwa zur Segnung homosexueller Paare oder zum Umgang mit der außerordentlichen Form des Römischen Ritus, hat er sich bisher nicht klar positioniert. Diese Zurückhaltung könnte Teil einer bewussten Strategie sein, als Brückenbauer nicht von vornherein Fronten zu verhärten, sondern zunächst Vertrauen aufzubauen und zuzuhören. Zwar betonte er die Notwendigkeit für die Kirche, „offen und einladend“ zu sein, äußerte sich aber als Bischof in Peru auch kritisch zur sogenannten Gender-Ideologie.

Soziale Gerechtigkeit und der Schutz der Schöpfung sind ihm wichtige Anliegen. Sein langjähriges Engagement für die Armen in Peru und seine Aussagen zum Umweltschutz, etwa dass die „Herrschaft über die Natur ... nicht ‚tyrannisch‘ werden“ dürfe, belegen dies.

Herausforderungen und Erwartungen an Papst Leo XIV.

Der neue Papst übernimmt die Leitung der Kirche in einer Zeit tiefgreifender Herausforderungen. Dazu zählen die fortschreitende Säkularisierung und ein signifikanter Rückgang der Kirchenmitgliedernzahlen in vielen westlichen Ländern. Gleichzeitig wächst die Kirche im Globalen Süden, doch auch dort nimmt die Kirchenbindung ab.

Intern steht die Kirche weiterhin vor der Aufgabe der konsequenten Aufarbeitung und Prävention von sexuellem Missbrauch. Sein Handeln in dieser Frage wird ein Prüfstein für die Glaubwürdigkeit seines Pontifikats sein. Hinzu kommt eine starke Polarisierung in-

nerhalb der Kirche in Fragen der Liturgie, der Morallehre und der Ausrichtung des synodalen Weges. Papst Leo XIV. selbst beklagte einen verbreiteten Mangel an Glauben und eine religiöse Indifferenz, die auch unter Getauften zu einem „praktischen Atheismus“ und einem „Verlust des Sinns im Leben“ führe. Dies deutet darauf hin, dass er die tiefere spirituelle Krise hinter den statistischen Rückgang sieht und seine Antwort wahrscheinlich in einer erneuerten Verkündigung und im persönlichen Zeugnis liegen wird.

In einer von Konflikten und Ungleichheit geprägten Welt bleibt die Kirche gefordert, ihre Stimme für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde zu erheben. Die Erfahrungen des neuen Papstes mit politischer Korruption und Gewalt in Peru könnten hier seine Perspektive schärfen. Auch der Umgang mit politischen Mächten und Ideologien wird eine Herausforderung sein. In der Vergangenheit hat er sich kritisch gegenüber Versuchen geäußert, den Glauben politisch zu instrumentalisieren. Obwohl Amerikaner, könnten ihm seine weltweiten Erfahrungen eine gewisse Distanz zu den verhärteten Fronten innerhalb der US-Kirche verleihen, was ihm paradoxerweise helfen könnte, dort als Brückenbauer zu wirken.

Eine Verbindung nach Deutschland?

Eine tiefe, spezifische theologische oder politische Verbindung Papst Leos XIV. zu Deutschland ist bisher nicht öffentlich bekannt. Dennoch gibt es Anknüpfungspunkte. Er beherrscht mehrere Sprachen, darunter Englisch, Spanisch, Italienisch, Französisch, Portugiesisch und liest zudem Latein und Deutsch. Diese Fähigkeit, unsere Sprache zumindest zu lesen und zu verstehen, ist mehr als eine Randnotiz. Sie ermöglicht ihm einen direkteren, ungefilterten Zugang zu den oft komplexen und theologisch anspruchsvollen Debatten in der deutschsprachigen Kirche. Dies könnte zu einem differenzierteren Verständnis und Dialog mit den Vertretern des „Synodalen Wegs“ führen, auch wenn er nicht allen Forderungen aus Deutschland zustimmen wird, und seine Rolle als Brückenbauer auch im Austausch mit der Kirche in Deutschland stärken.

Papst Leo XIV. tritt sein Amt an mit dem erklärten Willen, als Brückenbauer zu wirken. Seine Fähigkeit, die verschiedenen Strömungen in der Kirche zusammenzuführen und gleichzeitig klare Orientierung zu geben, wird für den Erfolg seines Pontifikats entscheidend sein. Er steht dabei vor der Herausforderung, die von Papst Franziskus angestoßene Dynamik in ruhigere, aber nicht weniger entschlossene Bahnen zu lenken, mit einem starken Fokus auf die geistliche Erneuerung und die soziale Verantwortung der Kirche. Die von ihm in seiner ersten Rede vor den Kardinälen genannten Leitlinien scheinen mir, in diese Richtung zu weisen.

Seine augustinerische Prägung wird ihm helfen, eine Synthese zwischen der Bewahrung der Tradition und notwendiger Erneuerung zu finden, die sowohl konservative als auch reformorientierte Katholiken anzusprechen vermag. In einer medialisierten und oft von lautstarker Aufregung geprägten Welt kann sich sein eher „stillere“, „vorsichtiger“ und „diskretere“ Stil als Stärke erweisen. Ein Pontifikat, das weniger auf spektakuläre Gesten und mehr auf substanzielle, langfristige Arbeit setzt, ist geeignet, nachhaltige Früchte zu tragen und so zu einer Quelle der Hoffnung und des stillen, aber tiefgreifenden Wandels zu werden.

● Prof. Dr. Thomas Schwartz ist römisch-katholischer Priester, Theologe, Honorarprofessor, Autor und Fernsehmoderator. Er ist Hauptgeschäftsführer des in Mittel-, Ost- und Südosteuropa tätigen Hilfswerks *Renovabis*. www.renovabis.de

● MELDUNGEN

Justiz nicht
„wetterfest“

Berlin – Der Deutsche Richterbund (DRB) mahnt Reformen an, um die Justiz vor autoritären Kräften zu schützen. Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des DRB, sagte, „der verbesserte Schutz des Bundesverfassungsgerichts vor gezielten politischen Eingriffen kann nur ein erster Schritt gewesen sein“. Rebehn warnte konkret vor einem politischen Missbrauch der Strafverfolgung. Laut dem Richterbundchef müssten die „gesetzlichen Einfallstote“ für einen politischen Missbrauch der Strafverfolgung dringend geschlossen werden. Dazu schlug Rebehn vor, den Justizminister aus der Weisungskette bei der Strafverfolgung herauszunehmen. Zudem sollte nach Ansicht des Richterbundes auch die Besetzung von Richterstellen neu geregelt werden, sodass die Besetzung nicht parteipolitisch instrumentalisiert werden kann. Es brauche vor allem starke Mitbestimmungsrechte der Justiz bei Einstellungen und Beförderungen, so Rebehn. *H.M.*

Linker NGO
Geld gestrichen

Wurzen – In der sächsischen Kreisstadt Wurzen stimmten die Stadträte von CDU und AfD gemeinsam dafür, dem linken „Netzwerk für Demokratische Kultur“ die kommunalen Fördergelder zu entziehen, wodurch automatisch auch die Bezuschussung über das Landesprogramm „Leipziger Raum“ entfällt. In den vergangenen beiden Jahren hatte die angebliche Nichtregierungsorganisation 463.218 Euro an öffentlichen Geldern erhalten. Die Entscheidung des Stadtrates resultierte nicht zuletzt aus den exorbitanten Personalkosten, ohne dass auch nur eine einzige Vollzeitstelle existiert, so wie aus dem Desinteresse an den Veranstaltungen des Netzwerkes zu Themen wie „Seenotrettung“ und „Integration“, welche lediglich 4000 Euro pro Jahr einbrachten. Vor der Abstimmung wurden zwei CDU-Stadträtinnen von einem Kommunalpolitiker der Linkspartei so massiv eingeschüchert, dass das Votum im Geheimen erfolgen musste. *W.K.*

Asyl-Notstand
im Erzgebirge

Aue-Bad Schlema – Die Große Kreisstadt im Erzgebirge hat eine Asyl-Notlage ausgerufen. Der Antrag der Freien Sachsen „Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Bewältigung der Migrationssituation in Aue-Bad Schlema“ wurde von den Stadträten der Freien Sachsen, CDU, AfD, Freien Wähler, SPD und Linken sowie einer örtlichen Bürgerinitiative einstimmig angenommen. Nach Ansicht der Kommunalpolitiker ist die Notlage der unzureichenden Bewältigung der Migrationskrise auf EU-, Bundes- und Landesebene geschuldet und unter anderem durch eine Erschütterung der inneren Sicherheit in der Stadt gekennzeichnet. Die Stadträte fordern Maßnahmen zur Bekämpfung der Migrantinnenkriminalität. So soll sich der Oberbürgermeister Heinrich Kohl (CDU) dafür einsetzen, dass rechtliche Grundlagen für die Zurückweisung abgelehnter oder straffälliger Asylbewerber geschaffen werden. *W.K.*



Leitung und Ausrichtung des Brandenburger Verfassungsschutzes sind derzeit ungewiss

Bild: imago/Bihlmayerfotografie

INTERNE KRISE

Innenministerin ohne Vertrauen

Brandenburgs Verfassungsschutzchef fristlos entlassen

VON HAGEN RITTER

Der saarländische Verfassungsschutz hatte seit seiner Gründung im Jahr 1957 sechs Amtsleiter. In Brandenburg wird demnächst Innenministerin Katrin Lange (SPD) bekannt geben, wer der neunte Chef des dortigen, erst 1991 gegründeten Verfassungsschutzes wird. Mitten in der aufgeheizten Debatte um ein AfD-Verbot hat Brandenburgs Innenministerin am 6. Mai Jörg Müller, den seit 2020 amtierenden Verfassungsschutzchef, fristlos entlassen. Lange begründete den Schritt mit fehlendem Vertrauen.

Verspätete Benachrichtigung

Einen Tag später bestätigte die Innenministerin im Potsdamer Landtag, dass Brandenburgs Verfassungsschutz den AfD-Landesverband bereits am 14. April als gesichert rechtsextremistisch eingestuft hat. Nach Darstellung Langes ist sie davon aber erst am 5. Mai vom Verfassungsschutzchef informiert worden.

Obwohl ausdrücklich von „fehlendem Vertrauen“ und einer „fehlerhaften Kommunikation“ die Rede ist, deuten viele Kommentatoren den Rauswurf des Verfassungsschutzchefs als Folge von grundsätzlichen Differenzen zwischen der Innenministerin und dem bisherigen Verfassungsschutzleiter: Hier der „profiliertere“ Chef des Verfassungsschutzes, der den AfD-Landesverband vom Verdachtsfall zu „gesichert rechtsextremistisch“ hochgestuft hat, dort die erst seit letztem Herbst als Innenministerin amtierende Katrin Lange, die die AfD „politisch stellen will“. Mittlerweile liegen von Politikern der Grünen und der Linkspartei Rücktrittsforderungen vor: „Katrin Lange ist als Innenministerin keinen Tag länger tragbar!“, so Brandenburgs Linke-Parteichef Sebastian Walter.

Der Sender rbb wirft Lange sogar vor, sie sei früher und umfangreicher über eine Hochstufung der AfD informiert worden, als von ihr behauptet. Die CDU-Fraktion hat Akteneinsicht verlangt, um diesen Vorwurf aufzuklären.

Bereits der Vorgänger des nun in den Ruhestand geschickten Verfassungsschutzchefs war 2019 vom damaligen Innenminister Michael Stübgen (CDU) in den einstweiligen Ruhestand versetzt



Jörg Müller, frisch geschasster Verfassungsschutzchef in Brandenburg

Foto: imago/Martin Müller

worden. Stübgen war gerade fünf Wochen im Amt, da wurde der damalige Verfassungsschutzchef „mit sofortiger Wirkung“ von der Dienstausübung entbunden. Stübgen begründete dies mit ähnlichem Wortlaut wie seine aktuelle Nachfolgerin mit „nicht ausreichend vorhandenem Vertrauen“.

Diese Begründung ist tatsächlich ausreichend. Deutschlandweit werden die Verfassungsschutzämter von sogenannten politischen Beamten geführt. Diese können jederzeit in den Ruhestand versetzt werden, wenn der jeweilige Innenminister den Eindruck hat, dass die grundsätzlichen politischen Ziele und Ansichten des Beamten nicht mit denen der Regierung übereinstimmen.

Hans-Georg Maaßen, Ex-Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sprach in einem Interview mit Apollo-News vor diesem Hintergrund sogar davon, dass „jedes Bauamt“ mehr Unabhängigkeit habe als der Verfassungsschutz. Maaßen sprach sich auch dafür aus, dass sich der Inlandsgeheimdienst um Kernaufgaben wie die Terrorabwehr kümmern, die Beobachtung von Parteien aber beenden solle.

Zweifelhafte Beweislage

Die Geschichte des Verfassungsschutzes Brandenburg belegt auch, wie unterschiedlich die Bewertung von Parteien ausfallen kann. Dieter Pfaff, in den 90er Jahren der erste Leiter des Dienstes, räumte seinerzeit in einem „taz“-Interview ganz offen ein, dass sich der märkische Verfassungsschutz bewusst gegen eine Beobachtung der PDS entschieden habe. In anderen Bundesländern, etwa Bayern, stand die vormalige SED-Nachfolgeorganisation dagegen sehr wohl im Visier des Verfassungsschutzes.

Auch was derzeit als Begründung für eine Beobachtung der AfD angeführt wird, kann durchaus verschieden ausgelegt werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stützt sich sehr stark auf Äußerungen einzelner Parteimitglieder. Aus dem Parteiprogramm lässt sich nämlich nicht ableiten, dass die AfD etwa die Demokratie abschaffen wolle. Stark polarisierende Äußerungen von Mitgliedern lassen sich vermutlich in jeder Partei finden. Man denke nur an radikale Wortmeldungen einiger Nachwuchspolitiker der Grünen Jugend oder der Jungsozialisten der SPD. Bei der Linkspartei hat sogar die Bundesfraktionschefin, Heidi Reichinnek, gerade erst den Systemwechsel zum Sozialismus in Deutschland gefordert und sich für die Abschaffung des Kapitalismus ausgesprochen. Die Linke-Politikerin sagte: „In den heutigen Zeiten muss man radikal sein.“ Fragen zur Verfassungstreue Reichinnek sind bislang ausgeblieben.

DIGITALE WELT

Psychisch kranke Jugendliche nutzen Soziale Medien

Britische Studie beweist: Stundenlanger Dauerkonsum von Instagram & Co fördert Depressionen

Soziale Medien gehören heute zum Alltag junger Menschen. Doch besonders Jugendliche mit psychischen Problemen nutzen Plattformen wie Instagram oder TikTok intensiver als Gleichaltrige ohne Diagnose. Eine aktuelle britische Studie zeigt nun, wie stark sich digitale Gewohnheiten bei psychisch kranken Jugendlichen unterscheiden.

Veröffentlicht wurde die Untersuchung im Fachjournal „Nature Human Behaviour“. Die Forscher analysierten Daten von rund 3300 Jugendlichen zwischen elf und 19 Jahren. Etwa 16 Prozent der Teilnehmer litten an mindestens einer psychischen Störung, insbesondere an Depressionen oder Angststörungen. Im Schnitt verbrachten diese Jugendlichen täglich 50 Minuten mehr auf sozialen Medien als gesunde Gleichaltrige.

Auffällig ist auch der Umgang mit den Plattformen. Jugendliche mit internalisierenden Störungen gaben an, sich häufiger mit anderen zu vergleichen, unzufriedener mit der Zahl ihrer Online-Freunde zu sein und ihre Stimmung stärker von Likes und Kommentaren beeinflussen zu lassen. „Gerade Jugendliche mit Ängsten oder Depressionen reagieren empfindlicher auf digitale Rückmeldungen“, erklärt Studienleiterin Luisa Passi. „Sie vergleichen sich stärker mit anderen und empfinden häufiger Unzufriedenheit.“

Marcel Romanos, Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Würzburg, lobt die Studie, warnt aber vor voreiligen Schlüssen: Ob soziale Medien psychisch krank machen oder ob Betroffene nur stärker zu ihnen greifen, sei nicht final geklärt.

Hinzu kommt: Die Daten stammen aus dem Jahr 2017. Pandemie, Kriege und gesellschaftliche Verunsicherung haben seither die Lebensrealität vieler Jugendlicher verändert. Die Rolle digitaler Medien hat vielleicht auch dadurch eher zugenommen. Viele Jugendliche verbringen mittlerweile mehr als drei Stunden täglich in sozialen Netzwerken.

Weitere Studien liefern ähnliche Hinweise. Eine Untersuchung aus Kanada zeigte, dass bereits eine Woche Social-Media-Pause bei jungen Frauen das Körperbild verbessern kann. Die US-Gesundheitsbehörde CDC warnt inzwischen offen vor der digitalen Dauerpräsenz: Jugendliche, die täglich drei Stunden oder mehr auf Plattformen verbringen, zeigen doppelt so häufig depressive Symptome. Auch andere wissenschaftliche Untersu-

chungen kommen zu dem Schluss, dass soziale Medien für bestimmte Gruppen ein Risikofaktor sind. Therapeuten berichten, dass soziale Medien immer häufiger Thema in Gesprächen sind: als Quelle von Stress, Schlafmangel oder sozialem Druck. Auch das Thema „Cyber-Mobbing“ nimmt an Bedeutung zu.

In der Politik findet die Problematik bislang kaum statt. Dabei geht es um eine Generation, die mit digitalen Medien aufwächst. Ein Verbot oder eine stärkere Regulierung fordern die britischen Experten indes nicht. Stattdessen wollen sie die Nutzung sozialer Medien und medienbezogene Inhalte eher stärker in der schulischen Bildung verankern. Ziel sei es, Risiken frühzeitig zu erkennen und Jugendlichen Orientierung im digitalen Raum zu bieten. *Peter Entinger*

LANDESREGIERUNG

BSW erntet Spott und Kritik

Koalitionspartner und Opposition kritisieren die Arbeitsmoral von Wagenknecht-Ministern

VON HERMANN MÜLLER

In Thüringen hat Sarah Wagenknecht auf dem Parteitag im April den Machtkampf mit der BSW-Landesvorsitzenden Katja Wolf verloren. Die Parteibasis ist dem Wagenknecht-Kurs mehrheitlich nicht gefolgt. Wolf bleibt Chefin des BSW im Freistaat. Auch die rot-lila Koalition zwischen SPD und BSW in Brandenburg dürfte Parteigründerin Wagenknecht derzeit nicht viel Freude bereiten.

Dort läuft die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten schon nach wenigen Monaten gemeinsamen Regierens nicht mehr rund. Für ganz offen gezeigte Verärgerung beim Koalitionspartner SPD sorgte unlängst Finanzminister Robert Crumbach (BSW, ehemals SPD). Ausgerechnet er tauchte mit Stunden Verspätung auf, als der Haushaltsausschuss des Landtages am 30. April in einer Sondersitzung über den geplanten Doppelhaushalt beraten wollte. Als Sitzungsbeginn war 8 Uhr festgelegt worden.

Bis Crumbach zur Stelle war, mussten die Abgeordneten bis 11.30 Uhr warten. Der Minister bat um Verständnis. In einem Schreiben seines Ministeriums hieß es, bei Crumbachs Rückflug von einem familiären Besuch in Costa Rica seien die Sicherheitssysteme am Flughafen New York ausgefallen. Die offenbar zu knappe Terminplanung des Finanzressortchefs traf allerdings nicht mal beim Koalitionspartner auf Nachsicht. Sichtlich verärgert erklärte der SPD-Abgeordnete Jörg Vogel: „Wir haben einstimmig 8 Uhr beschlossen.“ Resolut betonte der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses: „Der hat hier zu sein.“

„Wünschen einen schönen Urlaub“

Der CDU-Haushaltspolitiker Steeven Bretz warf Crumbach sogar Arroganz vor: „Ich finde es einen befremdlichen Vorgang, dass der zuständige Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident an einer solch entscheidenden Sitzung (...) nicht anwesend ist, sondern vielmehr sich in einem Flugzeug befindet, um aus dem Urlaub in den Landtag zu reisen.“

Zuvor hatte Brandenburgs Bau- und Verkehrsminister Detlef Tabbert (BSW, ehemals Linkspartei) Zweifel aufkommen lassen, ob die Parlamentsneulinge die Re-



In der Kritik: BSW-Minister Detlef Tabbert (l.) und Robert Crumbach

Bild: picture alliance/dpa/Michael Bahlo

gierungsarbeit ernst genug nehmen. Noch während die Haushaltsberatungen liefen, war Tabbert mit seiner Frau zu einer Kreuzfahrt nach Brasilien aufgebrochen.

Die CDU-Bau- und verkehrsexpertin Nicole Walter-Mundt reagierte empört: „Herr Tabbert hätte entweder die Reise oder den Ministerposten nicht antreten dürfen.“ Über ihren Facebook-Kanal spotete die märkische CDU zudem: „Wir wünschen einen schönen Urlaub! Die einen arbeiten. Die anderen sind beim BSW.“ Tabbert selbst verteidigte sich, dass seine Haushaltsverhandlungen am 6. März beendet gewesen seien: „Am 8. März bin ich auf Kreuzfahrt nach Brasilien gefahren. Das hatte ich meiner Frau versprochen.“

Die Frage ist, ob Tabbert für sein Ressort möglicherweise mehr herausgeschlagen hätte, wenn er zunächst auf die Reise verzichtet hätte und erst einmal in Potsdam geblieben wäre. Nach scharfer Kritik signalisierte die rot-lila Landesregierung nämlich Anfang Mai Bereitschaft, die Haushaltsplanungen noch einmal zu än-

dern. Da die Einnahmen laut Steuerschätzung voraussichtlich weniger stark als erwartet steigen, ist die Finanzlage Brandenburgs schwierig. Die Landesregierung plant an vielen Stellen des Budgets Kürzungen.

Kommunen schlagen Alarm

Insgesamt wollen SPD und BSW im Doppelhaushalt für dieses und kommenden Jahr zwei Milliarden Euro einsparen und dennoch zwei Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Von den Kürzungen betroffen sind auch Schulen und die märkischen Kommunen. Noch im Wahlkampf zur Landtagswahl hatte das Bündnis Sahra Wagenknecht mit Versprechen wie einem kostenlosen Schulessen punkten wollen und das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum zum Thema gemacht.

In Regierungsverantwortung soll das BSW nun Kürzungen bei Schulen, Sozialwohnungen und den Lebensmittelfakeln für die sozial Schwächsten mittragen. Alarmiert sind Brandenburgs Kommu-

nen. Angesichts der Haushaltsplanungen von SPD und BSW erklärte Jens Graf, Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, die Kommunen müssten nun prüfen, „was wir in den Kulturhäusern sparen können, wo wir unsere Sozialleistungen zurückfahren, wo wir die Vereinsförderung dichtmachen und ob wir unsere Schulen nicht mehr bauen“. Wie Graf im Landtag deutlich machte, stecken die Städte und Gemeinden wegen steigender Personal-, Sozial-, Energie- und Baukosten bereits jetzt in einer Finanzkrise.

Der Landkreistag Brandenburgs sieht angesichts der geplanten Kürzungen sogar die Erfüllung der Pflichtaufgaben, etwa den Erhalt von Straßen, in Gefahr. Ausgerechnet dem BSW-Finanzminister Crumbach fällt aber nun die Aufgabe zu, die Rotstiftpolitik im Landeshaushalt zu verteidigen zu müssen: „Wir müssen schauen, was wir uns leisten können, und mehr können wir uns nicht leisten“, so Crumbach im Haushaltsausschuss des Landtags.

WIRTSCHAFT

DGB: Arbeitskräftenot wegen schlechter Gehälter

Berlin: Gewerkschaftsbund sieht unattraktive Arbeitsbedingungen als Hauptgrund für Fachkräftemangel

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die Studie „Gute Arbeit in Berlin 2024“ zu unbesetzten Stellen, Arbeitsbedingungen und Personalmangel veröffentlicht. Von 1000 befragten Berliner Beschäftigten spüren danach 47 Prozent einen Personalmangel am eigenen Arbeitsplatz in hohem oder sehr hohem Maße. „Diese Beschäftigten haben eine höhere Bereitschaft, den Arbeitgeber oder sogar den Beruf zu wechseln.“ In der Befragung gaben 28 Prozent derjenigen, die von einem hohen Personalmangel betroffen sind, an, dass sie über einen Berufswechsel nachdenken. Bei den anderen Beschäftigten sagten dies nur 16 Prozent.

Besonders offen für einen Wechsel sind Beschäftigte im Gesundheitsbereich (69 Prozent) und im Baugewerbe (62 Prozent). Wenig überraschend kommt der DGB zu dem Ergebnis, dass die Löhne zu

niedrig seien. „Derweil geben 29 Prozent der Befragten an, dass ihr Gehalt nicht oder gerade so ausreicht.“ Berlins Arbeits- und Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) kam zu ähnlichen Ergebnissen und fordert: „Deshalb müssten Arbeitgeber, um Personal zu gewinnen und vor allem zu halten, auch die Arbeitsbedingungen verbessern. Gute Arbeitsbedingungen lohnen sich für die Betriebe und die Beschäftigten. Wir müssen die Tarifbindung stärken, und der gesetzliche Mindestlohn muss auf 15 Euro erhöht werden.“ Kiziltepe moniert zudem „Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen zwischen Männern und Frauen.“

Tatsächlich dürfte im Bereich der Arbeitsüberlastung und dem Personalmangel eine der Hauptursachen bei der gerade in den vergangenen Jahren wuchernden Bürokratie zu suchen sein. Überall be-

steht Berichtspflicht: Tarifreue- und Vergabegesetz, Pflege-, Unterstützungs- und Entlastungsgesetz, Wachstumschancengesetz, das Gesetz der Nachhaltigkeitsberichterstattung, Hinweisgeberschutzgesetz sowie Datenschutzgrundverordnung und, und, und.

Bürokratie ausgeblendet

Jeder Betrieb benötigt einen Brandschutz- und Sicherheitsbeauftragten, muss einen Ersthelfer vorweisen, der regelmäßig den Erste-Hilfe-Koffer checkt, Verbandsmaterial nach Ablauf austauscht und auch das wiederum dokumentiert. Zusätzlich werden diese Beauftragten zu regelmäßigen Schulungen gerufen. Dann sind da noch die vielen Besuche: Mindestens einmal im Monat kommt unangekündigt irgendein Kontrolleur, der eine Nachfrage hat oder ir-

gendwas nachgucken muss. Diese Besuche muss der Betrieb übrigens selbst bezahlen. Solange diese Hemmnisse nicht behoben sind, werden auch höhere Löhne keinen Nutzen bringen.

Frank Christian Hansel, AfD-Wirtschaftsexperte aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, sieht noch eine andere „Baustelle“: „Während andere Welt-Regionen Standortbedingungen verbessern, investitionsfreundlich agieren und Infrastrukturen ausbauen, sendet Berlin abschreckende, oft widersprüchliche Signale – an jene, die bereit wären, in diese Stadt zu investieren, zu arbeiten und Werte zu schaffen. Es trifft die Industrie. Es trifft den Mittelstand. Es trifft die Tourismuswirtschaft, die Gastronomie, auch die Kultur- und Kreativszene – also genau jene, die Berlin wirtschaftlich und gesellschaftlich tragen.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Befreiung?

VON THEO MAASS

Am 8. Mai war in Berlin arbeitsfreier Feiertag. Anlass war die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, die für die Verfolgten des NS-Regimes eine Befreiung war, für den Rest der Bevölkerung eher nicht. Zu dieser Frage hatte sich der Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) ausgiebig geäußert.

Meine Eltern erlebten diesen Tag nicht in Berlin. Mein Vater hatte in Finnland Ende 1942 ein sowjetrussisches „Dum-Dum“-Geschoss ins Gesicht bekommen, was ihm ein Auge, die Nase und ein Teil des Oberkiefers wegriß. Meine Mutter unterstützte die Krankenschwestern im Lazarett in Würzburg bei der Pflege meines Vaters. Darum musste meine Mutter auf die „Befreiung durch die Rote Armee“ und die damit einhergehenden Terrormaßnahmen wie Vergewaltigungen verzichten.

Später kehrten meine Eltern nach Berlin zurück und kamen im amerikanischen Sektor unter. Die Familie meiner Mutter – preußische Hugenotten – verlor ihre angestammte pommerische Heimat, in der jetzt Polen ansässig sind. Der Bruder meiner Mutter war als Pastor in der „Bekennenden Kirche“ und fiel als Artillerist in Russland. Der 8. Mai war in unserer Familie niemals ein „Tag der Befreiung“. Natürlich waren Vater, Mutter, Großeltern, Onkel und Tanten froh über ein Ende der NS-Herrschaft, und ich bin froh, dass ich das alles nicht habe miterleben müssen.

In der „Ostzone“, wie in meiner Familie die DDR stets genannt wurde, beging die SED den 8. Mai immer als Feiertag. Es ist eine Schande – insbesondere für die West-Berliner – dass der CDU-geführte Berliner Senat diese SED-Tradition wieder aufgegriffen hat. Ich dachte, dass am 9. November 1989 der Ostteil Berlins von der SED-Herrschaft und den dazu gehörigen kulturellen Errungenschaften befreit worden sei.

MELDUNG

Nur zwei Rückführungen

Potsdam – In Kooperation mit dem Bundesinnenministerium hat das Land Brandenburg Mitte März in Eisenhüttenstadt ein Rückführungszentrum für Asylsuchende eröffnet, für die laut Dublin-Vereinbarung andere EU-Länder zuständig sind (die PAZ berichtet). Nun wurde bekannt, dass seit dem Start des Zentrums in sieben Wochen lediglich zwei Asylsucher nach Polen überstellt wurden. Laut brandenburgischem Innenministerium handelte es sich um Personen, die erstmalig in Polen registriert worden waren und für die Polen eine Rücknahmebereitschaft erklärt hatte. Leistungen für Asylbewerber im sogenannten Dublin-Zentrum sind nach Angaben von Brandenburgs Innenministerin Katrin Lange (SPD) auf das Nötigste reduziert. Ein weiteres „Dublin-Zentrum“ existiert bereits in Hamburg. Dort entschied ein Sozialgericht vor Kurzem, dass die Einschränkungen von Asylbewerberleistungen während des Aufenthalts im Zentrum nicht ohne Weiteres zulässig seien. H.M.

● MELDUNGEN

Klimaneutrale Dänen-Stadt

Sonderburg – Die dänische Grenzgemeinde Sonderburg (Sønderborg) mit rund 25.000 Einwohnern und 75.000 im dazugehörigen Umland will bis 2029 erste „klimaneutrale“ Stadt in Europa werden. Eine öffentlich-private Partnerschaft namens „Projekt Zero“ soll es möglich machen. Den Plan legte die Kommune schon 2020 vor, den Anstoß gab die lokale Wirtschaft, allen voran das Großunternehmen Danfoss. Der Weg ist eingebettet in ein dänisches Langziel bis 2050. Die beteiligten Politiker betonen, nur aus der Sicht des „Klimaschutzes“ hätte man das Projekt kaum zum Erfolg geführt – mehr Arbeitsplätze, wirtschaftliche Entwicklung und Kostensenkungen für die Gemeinde seien von Anfang an wichtige Argumente gewesen – nicht so sehr Vorschriften für die Bürger. Wärmerückgewinnung, Fernwärme, Solarpaneele auf Sozialwohnungen, Ausbau von Biomasseanlagen, mehr Regeltechnik – die Liste ist lang, und die Gemeinde ist zuversichtlich, das Ziel erreichen zu können. Nur beim Autoverkehr gebe es noch Nachbesserungsbedarf. SV

Aufbegehren gegen Xi

Peking – Derzeit mehren sich die Hinweise darauf, dass die aktuellen „Säuberungen“ im Staatsapparat und Militär der Volksrepublik China in erster Linie gegen Unterstützer des Staats- und Parteichefs Xi Jinping gerichtet sind. So ist ein anonymes Artikel im Internet erschienen, der von der Existenz einer „umfassenden technokratischen Bürokratie“ berichtet, welche auf die baldige Absetzung Xis hinarbeite, weil dessen „ruinöse“ Wirtschaftspolitik das Land an den Rand des Zusammenbruchs geführt habe. Ein weiteres Indiz für das deutliche Schwenden seiner Autorität ist der Vorwurf, Xi Jinping persönlich und seine Familienangehörigen würden sich unrechtmäßig bereichern. W.K.

Autonomie in Gefahr

Comrat – Nachdem die prorussische Gouverneurin der autonomen moldauischen Region Gagausien, Evghenia Gutul, vor einem Monat am Flughafen Chisinau festgenommen worden war, beklagen nun gagausische Politiker, dass Moldau die Autonomie der Region immer weiter aushebeln wolle. Vor Kurzem erklärte das moldauische Verfassungsgericht, Artikel 21 des Gesetzes über den besonderen Rechtsstatus Gagausiens, der die Ernennung des Staatsanwalts des autonomen Gebiets betrifft, für verfassungswidrig. Der Abgeordnete der gagausischen Volksversammlung, Sergej Tschimpoesch, beklagt, dass nach dem Wegfall des eigenen Zolls, der eigenen Zentralen Wahlkommission, des eigenen Staatsanwalts und der Verhaftung der Gouverneurin die Autonomie der Region quasi abgeschafft sei. Ein Sprecher berichtet davon, dass moldauische Ordnungskräfte die Gagausier umerziehen wollten. Sie würden in ihre Häuser einbrechen, ihnen die Telefone wegnehmen und außerdem für Anrufe nach Russland Geldstrafen verhängen. MRK

GROSSBRITANNIEN

Dicht vor dem Tor zur Macht

Die rechte Partei Reform UK lässt Labour und Tories zittern – Könnte Nigel Farage Premier werden?

VON CLAUDIA HANSEN

Das Zwei-Parteien-System aus Labour und Konservativen, das in Großbritannien seit einem Jahrhundert dominiert, scheint derzeit zu kollabieren. Das zeigen die dramatischen Zugewinne für die noch junge Reform-Partei bei den Kommunalwahlen in England und der Nachwahl für einen Unterhaussitz Anfang Mai. Wie ein Bulldozer hat Reform UK die unpopuläre Regierungspartei Labour und die oppositionellen Konservativen (Tories) beiseitegeschoben.

Die von Nigel Farage, dem Brexit-Vorkämpfer, gegründete Reform-Partei gewann bei den Kommunalwahlen aus dem Stand 677 Sitze in den 23 Stadträten und Bezirksvertretungen – mit Abstand die meisten Mandate. Reform wird nun wegen des Mehrheitswahlsystems in zehn Councils, also Stadträten beziehungsweise Bezirksparlamenten, teils mit sehr großer Mehrheit regieren. Auf den zweiten Platz kamen bei der Kommunalwahl die Liberaldemokraten (370 Sitze) und auf

dem dritten Platz landeten die stark gebeutelten Tories (319), die massenhaft Mandate verloren. Farage sprach schon vom „Tod der Tories“. Die Konservativen verloren sogar in so traditionellen Tory-Gebieten wie Kent eine dramatische Zahl von Mandaten.

Labours Katzenjammer

Auch Labour büßte ein und kam nur noch auf 98 Sitze, nicht viel mehr als die Grünen. Besonders bitter für die Partei von Premier Keir Starmer: die Niederlage im Wahlkreis Runcorn and Helsby im Nordwesten Englands. Dort hatte Labour 2024 noch mit mehr als 14.000 Stimmen den Wahlkreis gewonnen. Der Abgeordnete musste aber zurücktreten, weil er nach einer nächtlichen Kneipentour einen Passanten zusammengeschlagen hatte.

Bei der Nachwahl des Unterhaussitzes kam nun die Reform-Kandidatin Sarah Pochin, eine ehemalige Tory-Gemeinderätin, mit einem ganz knappen Vorsprung von sechs Stimmen vor Labour durchs Ziel. Seitdem herrscht Katzenjammer bei der Labourpartei. Verzweifelte Hinter-

bänker wollen jetzt die Kürzungen von Sozialleistungen rückgängig machen, die für viel Unmut gesorgt haben.

Farage, der stets grinsende Medienzampano von Reform UK, hat dieser Tage noch mehr zu lachen als sonst. Die Partei wächst rasant, angeblich hat sie schon mehr als 230.000 Mitglieder gewonnen. Der eloquente Menschenfänger Farage, der nach dem Brexit vor fünf Jahren, seinem Lebensthema, eigentlich als politisches Auslaufmodell galt, nimmt nun noch höhere Ziele ins Auge: Könnte er tatsächlich nächster Premierminister werden, als Nachfolger des bei den Briten inzwischen unpopulären Starmer?

Bei der Parlamentswahl im Juli 2024 gewann Reform gut vier Millionen Stimmen, aber bloß fünf Sitze – das Mehrheitswahlsystem ist eine extreme Hürde für kleinere Parteien. Doch inzwischen ist Reform UK keine kleine Partei mehr, wie die Kommunalwahlen in England zeigten. Dort kam Reform auf durchschnittlich etwa 30 Prozent der Stimmen. Laut neuesten Wählerumfragen führt sie landesweit vor Labour. Würde sie das Niveau bis

zur nächsten britischen Unterhauswahl im August 2029 halten, könnte die Partei von Farage tatsächlich einen Erdrutschsieg einfahren.

Noch vor ein paar Monaten gab es nur höfliches Gelächter, als der 61-Jährige bei einer Gala-Veranstaltung des konservativen Magazins „The Spectator“ mit einem Preis geehrt wurde und verkündete, bei der nächsten Wahl würde seine fünfköpfige Reformtruppe so stark zulegen, dass sie zu Hunderten in Westminster einfallen könne.

Gegner von Regenbogenfahnen

Inzwischen lacht niemand mehr über ihn. Der ehemalige Banker und Rohstoffhändler, der in den 1990ern in die Politik ging und mit der UKIP (United Kingdom Independence Party) und später der Brexit-Partei die anderen so lange vor sich hertrieb, bis er den EU-Austritt durchsetzte, ist einer der einflussreichsten Politiker des Landes. Nur in Westminster bleiben ihm die Türen lange verschlossen. Nun sitzt er kurz vor dem Tor zur Macht.

Farage beherrscht das Spiel mit Medien und Öffentlichkeit wie kein Zweiter. Er wettet gegen die „Diversitäts-Beauftragten“ und die Klimapolitik von Labour. In den von Reform beherrschten Städten sollen künftig keine Regenbogenfahnen mehr wehen, nur noch britische Flaggen. Die Partei gibt sich zuwanderungskritisch. Farage fordert einen wirksamen Stopp der illegalen Schlauchboot-Migranten. Premierminister Starmer hat das auch versprochen, doch die Zahlen der gefährlichen illegalen Überfahrten steigen wieder.

Das Etikett „Rechtsaußen“-Partei wäre für Reform indes nicht ganz passend. Der Geschäftsführer der Partei, der Ex-Unternehmer und Millionär Zia Yusuf, ist ein (moderater) Muslim. Farage hat sich mit dem US-Milliardär Elon Musk überworfen, weil Musk sich für den inhaftierten rechten Aktivisten Tommy Robinson einsetzte, während Farage diesen draußen halten will. Farage versucht, sich vom extremen Rand fernzuhalten und in die Mitte des Parteiensystems vorzudringen. Allerdings gibt es Risiken. Eines davon sind die wiederkehrenden innerparteilichen Spannungen und Spaltungen. Mit einem der fünf Reform-Abgeordneten in Westminster hat sich Farage schon verkracht und ihn aus der Partei geschmissen.



Viel Grund zur Freude: Nigel Farage zählt seinen Sieg bei den Kommunalwahlen und der Nachwahl zum Unterhaus an den Fingern ab

RUSSISCHE FÖDERATION

Ein deutscher Koch für Putin

Russland will im Ausland lebende Landsleute repatriieren – Russlanddeutsche sind aber kaum darunter

Mehr als 2600 Bürger der Russischen Föderation, die in westlichen Staaten lebten, sind seit 2024 in ihr Heimatland zurückgekehrt. Die Repatriierten sind im Rahmen des Präsidialerlasses „Über die humanitäre Unterstützung von Personen, welche die traditionellen geistigen und moralischen Werte Russlands teilen“ umgezogen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Bürger der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und Kanadas.

Doch nicht nur russischstämmige Personen haben das Angebot angenommen. Tatsächlich haben sich im Rahmen dieses freiwilligen Rückkehr-Programms sogar schon einige „Putin-Versteher“ ohne russische Wurzeln für eine Umsiedlung nach Russland gemeldet.

Die Abgeordnete der Staatsduma Maria Butina ist der Ansicht, dass es notwen-

dig sei, das Image Russlands als Anziehungspunkt für Menschen zu entwickeln, die „kreative Werte“ teilen. Wie das russische Staatsmedium „Parlamentskaja Gaset“ schrieb, sagte Staatspräsident Wladimir Putin vor einiger Zeit, dass Russland gerne Menschen aus dem Ausland aufnehmen würde, die seine Werte teilen, insbesondere junge und vielversprechende Menschen.

Der Fall Kevin Lik

Seit dem tragischen Schicksal der Familie Lik aus Montabaur, von wo aus eine russlanddeutsche Mutter mit ihrem 16-jährigen Sohn 2021 nach Russland zurückgekehrt war, sind unter den Repatrianten jedoch kaum noch Russlanddeutsche. 2022 wurde der in Deutschland geborene Sohn Kevin im Alter von 16 Jahren von

den Behörden in Russland festgenommen, weil er nach Deutschland zurückkehren wollte. Unter dem Vorwand, Spionage betrieben zu haben, verurteilte man ihn zu einer mehrjährigen Lagerhaft.

Lik war Putins jüngster Lagerhäftling und zugleich eine Geisel, die 2024 im Rahmen des Austauschs von russischen Kriminellen gegen westliche Geiseln freikam. Der Fall hatte in der Lokalpresse und in den russlanddeutschen Medien große Wellen geschlagen, doch in den deutschen Medien fand er kaum Erwähnung.

Dennoch setzt Russland jetzt seine Kampagne zur Gewinnung neuer Bürger im Westen mit Nachdruck fort. Im Zentrum stand dabei vor Kurzem der in Essen beheimatete russischstämmige Koch Maxim Schitnikow, der von Deutschland in das Dorf Dobrograd in der Region Wladi-

mir im Zentrum Russlands umgezogen ist. Der der deutschen Sprache mächtige Putin soll dem Koch sogar behilflich gewesen sein, die nötigen Papiere zu bekommen. Dazu nutzte Putin eine erweiterte Sitzung des Präsidiums des Staates. Nach Angaben des Deutschen hatte dieser Probleme mit den Dokumenten.

Schitnikow betonte, er wolle seine deutsche Staatsbürgerschaft aufgeben und einen russischen Pass erhalten. Putin fragte den Deutschen nach seiner Herkunft. Als dieser sagte, er stamme aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen, bemerkte der russische Präsident, dass dies ein schönes, großes Industriegebiet sei, worauf Schitnikow antwortete: nicht mehr. „Die deutsche Presse lügt, wenn sie Berichte in anderen Sprachen sendet“, behauptete Schitnikow. Bodo Bost

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Jubel auf der einen Seite, Jammer auf der anderen – so lässt sich die Situation der Campingbranche kurz zusammenfassen. Daniel Onggowinarso, der Geschäftsführer des Caravaning Industrie Verbands (CIVD) zeigt sich mit der Entwicklung des Marktes äußerst zufrieden, denn im April überschritt der Bestand der Reisemobile in Deutschland erstmals die Marke von einer Million zugelassener Fahrzeuge. Davon profitieren sowohl der Tourismus als auch die Wirtschaft. Die Urlaubsform Camping bringt gerade auch für ländliche und strukturschwache Regionen positive Effekte, indem sie erheblich zur regionalen Wertschöpfung beiträgt.

Laut dem Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr (dwif) betrug der touristische Gesamtumsatz im Jahr 2023 rund 19,5 Milliarden Euro, ein Plus von knapp acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. 6,4 Milliarden Euro verblieben in den Regionen und kamen lokalen Betrieben, Dienstleistern und Geschäften zugute. Viele Gemeinden haben sich auf das geänderte Reiseverhalten der Deutschen eingestellt und gezielt neue Stell- und Campingplätze eröffnet. Stellplätze lassen sich mit relativ geringen Investitionen schnell einrichten.

Im Jahr 2024 zogen deutsche Campingplätze mit 43 Millionen Übernachtungen eine historisch gute Bilanz. Da Campingurlauber meist aktiv sind, profitieren die Gemeinden von deren Besuchen in Museen, Veranstaltungen, Restaurants und Geschäften. Im Schnitt sind es rund 50 Euro, die Camper täglich pro Person ausgeben.

Caravaning erfreut sich wegen der größeren Flexibilität bei der Reiseplanung großer Beliebtheit. Die Langlebigkeit der Fahrzeuge – Reisemobile bleiben oft über Jahrzehnte im Bestand und werden über mehrere Haltergenerationen genutzt – überzeugt ebenso wie ihr Beitrag zur Nachhaltigkeit. Camper setzen verstärkt auf ein nachhaltiges Nutzungsangebot der Campingplatzbetreiber.

Veränderung seit 2024

Doch der seit dem Jahr 2015 anhaltende Campingboom – die Zahl der registrierten Fahrzeuge hat sich seitdem verdoppelt – zeigt seine Schattenseiten. In ganz Deutschland gibt es eine Pleitewelle im Wohnmobilhandel, von der auch Vermieter betroffen sind.

Klinke Caravaning im niedersächsischen Loxstedt stellt zum 30. Juni seinen Betrieb ein, Camper Base, Caravaning Schneider in Heidelberg, Caravaning Henschel in Aalen, Bayern-Camper GmbH in Wurmansquick, Auto & Frei-



Überangebot an Reisemobilen: Diesjährige Caravan Motor Touristik Messe CMT in Stuttgart

Bild: picture alliance/dpa

CAMPING/CARAVANING

Gewinner und Verlierer einer boomenden Branche

Rekordzahlen bei Neuzulassungen von Reisemobilen stehen einer Zunahme von Insolvenzen bei Herstellern und Vermietern gegenüber

zeit Nord GmbH aus Wesenberg sowie der Vermieter Freeway Camper aus München sind ebenfalls betroffen. Vor allem Start-ups wie Roadfans, Plug Van und Off konnten sich nicht am Markt halten, traditionelle Familienunternehmen können der schwierigen Marktlage besser trotzen.

Doch was sind die Gründe für die Insolvenzserie? Handelt es sich um die natürliche Fluktuation im Markt oder gibt es weitere Ursachen?

Experten sprechen davon, dass der Markt während des Booms zu schnell gewachsen sei. Vor allem während der Corona-Pandemie wollten alle auf den Zug aufspringen und gingen von zu positiven Nachfrageprognosen aus. In dieser Zeit hätten sie mehr Fahrzeuge verkaufen können, als die Hersteller liefern konnten. Befeuert durch billiges Geld versuchten die Anbieter seitdem, ihre Flotte zu vervielfachen. Doch im vergangenen Jahr

wendete sich das Blatt. Wegen der angespannten Wirtschaftslage reagieren Käufer zurückhaltend. Aufgrund gestörter Lieferketten auch nach der Pandemie und stark gestiegener Zinsen gerieten viele Unternehmen in Schieflage. Händler und Vermieter blieben auf ihren riesigen Fuhrparks sitzen, die nicht mehr refinanzierbar waren. Händler mussten das Dreifache für Raten zahlen bei gleichzeitigem Nachfragerückgang.

In der Folge geriet auch der renommierte Hersteller Knaus Tabbert unter Druck und musste in zwei Werken die Produktion aussetzen. Weil die Händler ihre Lagerbestände zunächst abverkaufen müssen, blieben für die Saison 2024/2025 Neubestellungen aus. Zum Rückgang der Nachfrage tragen außerdem gestiegene Preise für Neufahrzeuge bei, daher weichen viele – vor allem jüngere Interessenten – auf kompaktere Campingbusse aus.

Diese kosten heute mit bis zu 70.000 Euro so viel wie vor ein paar Jahren noch ein größeres Wohnmobil mit mehr Komfort. Für solche muss man derzeit meist mehr als 90.000 Euro berappen. Wer bis Herbst durchhält, kann jedoch mit guten Rabatten rechnen.

Von einer grundsätzlichen Krise will der CIVD jedoch nicht sprechen. Wie die Neuzulassungen zeigen, sei die Nachfrage weiterhin da. „Reisemobile und Caravans ermöglichen eine flexible, selbstbestimmte Art des Reisens, die Naturerlebnis, Individualität und Erholung auf einzigartige Weise miteinander verbindet“, so CIVD-Chef Onggowinarso.

Ob die Begeisterung allerdings langfristig anhalten wird, wenn der Betrieb auf Stell- und Campingplätzen ganzjährig immer weiter zunimmt, bleibt offen. Mit Freiheit und Romantik hat Campingurlaub nicht mehr viel zu tun.

FINANZMARKT

EU plant Todesstoß für das Bankgeheimnis

Neu kreierte Behörde soll als Vermögensschnüffler tätig werden und Geldherkünfte überprüfen

Während der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD einigte sich die gemeinsame Arbeitsgruppe Finanzen auf die Einführung eines „verfassungskonformen Vermögensermittlungsverfahrens“. Das in diesem Zusammenhang nötige Vermögensregister soll die staatlichen Organe in die Lage versetzen, einfach und schnell auf „verdächtige Vermögensgegenstände“ zuzugreifen. Außerdem will die schwarz-rote Koalition bei „Vermögen unklarer Herkunft“ eine „vollständige Beweislastumkehr“ zulassen, womit der legale Erwerb der Vermögenswerte nachgewiesen werden muss.

Unter welchem Dach das Vermögensregister angesiedelt sein wird, ist noch unklar. Es deutet aber vieles auf eine Anbindung an die geplante neue EU-Behörde namens Anti-Money Laundering and

Countering the Financing of Terrorism Authority (AMLA) hin, deren Dienstsitz in Frankfurt am Main liegt. Die AMLA besteht offiziell seit dem 26. Juni 2024 und wird nun stufenweise ihre Arbeit aufnehmen, wobei der Beginn des Normalbetriebes für den 1. Januar 2028 geplant ist.

Dass die Behörde nicht nur den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung führen soll, wie der Name AMLA suggeriert, ergibt sich aus ihren umfassenden Überwachungs- und Eingriffsmöglichkeiten gegenüber den Banken und damit praktisch jedem Bürger, der ein Konto unterhält. Außerdem wird die AMLA künftig mit den im Aufbau befindlichen nationalen Financial Intelligence Units (FIUs) kooperieren. Das sind quasi Finanzgeheimdienste, die Grundbücher und Bankguthaben durchforsten oder In-

formationen über Aktienbesitz einholen. Zudem können die FIUs genau wie die AMLA die erforderlichen Auskünfte bei Androhung von Strafen im Bereich von bis zu mehreren Millionen Euro erzwingen. Damit ist das Bankgeheimnis in der EU endgültig tot.

Einblick für beinahe jedermann

Doch damit nicht genug: Nach den Vorstellungen Brüssels soll es künftig möglich sein, dass neben den staatlichen Behörden und Finanzfahndern auch „Personen mit berechtigtem Interesse, wie Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschuleinrichtungen“ Zugriff auf das Vermögensregister erhalten.

Um den Widerstand gegen diese Vorhaben möglichst gering zu halten, teilte die EU-Kommission mit, es gehe nur um

Vermögen „oberhalb einer bestimmten Schwelle“, wobei diese jedoch noch nicht näher definiert wurde. Außerdem lässt sich die Schwelle natürlich jederzeit senken, wenn die EU oder Einzelstaaten dies für nötig halten – zum Beispiel zum Zwecke der Vermögensumverteilung oder der Erhebung neuer Abgaben. Darüber hinaus droht aber noch weitere Gefahr.

Grundsätzlich wäre es gleichermaßen denkbar, dass Regierungen die Daten der AMLA oder der FIUs zum eigenen Machterhalt nutzen. So verkündete das Bundesinnenministerium in der Vergangenheit wiederholt, man müsse die Finanzquellen von „Rechtsextremisten“ austrocknen. Insofern könnten die neue EU-Behörde und deren Partner auch für die Bekämpfung des politischen Gegners eingesetzt werden. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

EU bereitet Gegenzölle vor

Brüssel – Die EU bereitet Gegenzölle im Volumen von rund 95 Milliarden Euro für den Fall vor, dass Verhandlungen mit den USA über deren geplante Zölle scheitern. US-Präsident Trump hatte von ihm auf den Weg gebrachte Zölle gegen die EU für 90 Tage ausgesetzt, die EU ihrerseits Gegenzölle so lange auf Eis gelegt. Doch die EU will vorbereitet sein. Die Gemeinschaft nimmt daher vor allem Industrie- und Agrarprodukte ins Visier. Betroffen wären primär Autos, Süßkartoffeln und Whiskey. Der entscheidende Monat wird der Juli werden. Kommt es dann zu keiner Einigung, fallen alle in Annex I der Executive Order 14257 aufgeführten Länder in das neue US-Zollraster. Auch die bereits von der EU beschlossenen Gegenzölle treten dann in Kraft sowie die nun erarbeiteten neuen Maßnahmen der EU. „Die EU ist fest entschlossen, mit den USA zu Verhandlungsergebnissen zu kommen. Wir sind überzeugt, dass es gute Vereinbarungen zum Nutzen der Verbraucher und Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks geben kann“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. *S.V.*

USA kaufen Gold aus Afrika

Washington – Im Zuge der forcierten Aufstockung der US-amerikanischen Goldvorräte importieren die USA neuerdings zunehmend Gold aus Afrika, was dadurch erleichtert wird, dass auf das Edelmetall keine Einfuhrzölle anfallen. Seit Dezember 2024 wurden so mehr als 600 Tonnen Gold ins Land geholt. Ein erheblicher Teil davon stammt aus Südafrika, Ghana, dem Sudan, Mali, Burkina Faso, Tansania, Simbabwe und Guinea. So stiegen die Goldexporte Ghanas um mehr als 50 Prozent, was vor allem auf steigende Importe der USA zurückgeht. Allerdings warnt der Chef der Organisation für Polizeikooperation in der Afrikanischen Union (AFRIPOL), Jalel Chelba aus Algerien, vor einer Zunahme von illegalen Aktivitäten im Schatten des neuen Goldbooms auf dem Schwarzen Kontinent. Darüber hinaus könnten auch Militärdiktaturen und Terrororganisationen vom Abbau und Weiterverkauf des Goldes profitieren. *W.K.*

Geldabhebung wird überwacht

Madrid – In Spanien müssen Bargeldabhebungen von mehr als 3000 Euro jetzt mindestens 24 Stunden vorher auf elektronischem Wege bei der Steuerbehörde Agencia Tributaria angekündigt werden. Dabei ist der Zweck der Abhebung, die Identität des Antragstellers und der Empfänger des Geldes anzugeben. Bei Zuwiderhandlungen fallen Geldstrafen zwischen 600 und 150.000 Euro an – oder von bis zu zehn Prozent der abgehobenen Summe. Die Maßnahme soll der „Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorfinanzierung“ dienen. Zudem drohen Probleme beim Abheben kleinerer Geldbeträge über einen kürzeren Zeitraum hinweg, wenn diese sich auf mehr als 3000 Euro summieren. Die Banken sind angehalten, solche „verdächtigen Muster“ zu melden. *W.K.*

KOMMENTAR

Der Richterbund warnt spät

VON HERMANN MÜLLER

Der Rechtsstaat in Deutschland sei nicht „wetterfest“, die Justiz müsse besser vor Missbrauch durch autoritäre Kräfte geschützt werden, warnt der Deutsche Richterbund (siehe Meldung auf Seite 4). Die deutliche Warnung des größten Interessenverbands der deutschen Richter und Staatsanwälte vor einer Instrumentalisierung der Justiz durch die Politik kommt erstaunlich spät.

Bereits 2019 hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) festgestellt, dass hiesige Staatsanwaltschaften zur Ausstellung eines Europäischen Haftbefehls nicht befugt seien. Die Staatsanwaltschaften in Deutschland böten keine hinreichende Gewähr für ihre Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive, so die Begründung der EuGH-Richter. Anders als in anderen europäischen Ländern unterliegen deutsche Staatsanwaltschaften bis dato noch immer einer Weisungsbefugnis durch die Justizminister in Bund und Ländern.

Seit der EuGH vor nunmehr sechs Jahren zu seiner Einschätzung einer mangelhaften Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften gekommen ist, hatte die Abschaffung der Weisungsbefugnis der Politik gegenüber den Staatsanwaltschaften bislang offenbar keine Dringlichkeit. Union und SPD haben auch im kürzlich vereinbarten Koalitionsvertrag keine Aussagen zu einer Reform der ministeriellen Weisungsbefugnis getroffen. Deutsche Staatsanwälte werden damit vermutlich auch weiterhin aus Sicht des EuGH nicht die Voraussetzungen für Haftbefehle erfüllen, die in der gesamten EU anerkannt werden.

Auch die Forderung, das Bundesverfassungsgericht „wetterfest“ zu machen, ist nicht ganz neu – sie wurde bereits vergangenes Jahr vom ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten und Ex-Verfassungsrichter Peter Müller erhoben. Dass sich ausgerechnet Müller zu dieser Warnung berufen gefühlt hat, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Der Wechsel des langjährigen CDU-Mitglieds an das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2011 war nämlich von Kritik begleitet.

Durchaus fraglich ist nämlich, ob Müller auch ohne die Rückendeckung seiner Partei zum Verfassungsrichter berufen worden wäre. Für einen Richter des Bundesverfassungsgerichts war Müllers beruflicher Werdegang nämlich eher untypisch. Seine Berufserfahrungen als Richter beschränkten sich auf zwei Jahre als Amtsrichter und zwei Jahre an einem Landgericht. Vor seiner Zeit beim Verfassungsgericht war Müller in Fachkreisen auch nicht durch besondere wissenschaftliche Veröffentlichungen aufgefallen. Etwas Besonderes war dagegen Müllers Parteikarriere: vom Eintritt in die Junge Union 1971 über den Aufstieg ins Bundespräsidium der CDU bis hin zur Wahl zum Ministerpräsidenten des Saarlandes im Jahr 2005. An diesem Engagement in der Politik ist nichts auszusetzen. Aber sehen so die idealen Voraussetzungen aus, um als Verfassungsrichter der Politik notfalls auch mal Grenzen aufzuzeigen?

Kontrovers wurde auch der Rollenwechsel vom Politiker zum Verfassungsrichter im Fall von Stephan Harbarth diskutiert. Harbarth, ehemals stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und früheres Mitglied des CDU-Bundesvorstands, ist 2018 Richter am Bundesverfassungsgericht geworden, seit Juni 2020 ist er sogar Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Kritiker haben darauf hingewiesen, dass Harbarth im Bundestag über Gesetze abgestimmt hat, über die nach seiner Berufung als Verfassungsrichter dann in Karlsruhe verhandelt wurde: „Somit urteilt er nun in seiner Funktion als Richter auch über Gesetze, die er selbst mit auf den Weg gebracht hat“, so das Fachportal „beck-aktuell – Heute im Recht“.

Gewählt werden die 16 Richter des Bundesverfassungsgerichts jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat. Zur Richterwahl nötig ist eine Zweidrittelmehrheit. Der Bundestag steht in diesem Jahr vor der Aufgabe, drei neue Richter für das Bundesverfassungsgericht zu wählen. Dabei müssen die Unionsparteien mit einem Problem rechnen: Ohne die Linkspartei haben CDU/CSU, SPD und Grüne im neuen Bundestag nämlich keine Zweidrittelmehrheit mehr.



Verfasst vom Verfassungsschutz: Zweifelhafte AfD-Gutachten mit dünnen Belegen

Bild: imago/imagebroker

LEITARTIKEL

Demokratie auf der Kippe

ROBERT MÜHLBAUER

Seit der „Hochstufung“ der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz hat der Druck wieder zugenommen: Vor allem SPD- und Grünen-Politiker, aber auch einige CDU-Vertreter fordern vehement ein Verbot der Alternative für Deutschland (AfD), die in Umfragen gegenwärtig bei fast 25 Prozent liegt. Stellt der Bundestag den Antrag, müsste Karlsruhe entscheiden, ob die Partei verboten und aufgelöst werden würde. Doch was würde das bedeuten? Würde das die Demokratie retten? Der Verbotsbefürworter Marco Wanderwitz (CDU) nennt es eine „Atempause für die Demokratie“. Oder wäre es eher ein gravierender Eingriff in die Demokratie, der sie verstümmelt, wenn die gegenwärtig größte Oppositionspartei einfach verboten werden würde?

Das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist keine unabhängige juristische Stelle, die neutrale Urteile fällt. Der Verfassungsschutz ist eine dem Innenministerium unterstellte und weisungsgebundene Behörde. Buchstäblich an ihrem vorletzten Arbeitstag hat SPD-Innenministerin Nancy Faeser die Veröffentlichung der Hochstufung der AfD vom „Verdachtsfall“ auf „gesichert rechtsextrem“ angeordnet. Das 1108 Seiten di-

cke „Gutachten“, auf dem dieses Verdikt beruht, bleibt aber geheim; der Verfassungsschutz hält es unter Verschluss.

Damit werden der Öffentlichkeit und der beschuldigten Partei die vermeintlichen Beweise vorenthalten. Das ist für einen Rechtsstaat extrem fragwürdig. Der Freiburger Staatsrechtler Dietrich Murswiek schreibt ironisch, das Amt handele „gesichert demokratieschädigend“.

Wähler ihrer Stimme beraubt

Einige der „Beweise“ aus dem 1108-Seiten-Gutachten, weshalb die AfD verfassungsfreundlich sein soll, sind an Medien durchgesickert. Sie lesen sich wie an den Haaren herbeigezogen. Ein AfD-Bundestagsabgeordneter schrieb beispielsweise: „Verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch haben zum 100.000-fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt.“ Was soll an dieser Kritik der Migrationspolitik verfassungsfreundlich sein? Andere dokumentierte Äußerungen von AfDlern sind extrem polemisch, teils geschmacklos, manche klar radikal. Einiges liegt jenseits dessen, was der freiheitlich-demokratische Rahmen erlaubt.

Doch ob die AfD als Ganzes eine „aggressiv-kämpferische“ Haltung gegen das Grundgesetz einnimmt, ist unter Juristen umstritten. Der Chemnitzer Extremis-

musforscher Eckhard Jesse etwa verneint das in der „Welt“ vehement. Das Risiko – aus Sicht der Befürworter eines Verbotsverfahrens – ist groß, dass Karlsruhe den Antrag wegen juristisch zu dünner Belege zurückweist. Das wäre aus Sicht der „Mitte-Parteien“ der GAU.

In der Union zögern daher die maßgeblichen Politiker, dem Drängen der SPD nachzugeben. Generalsekretär Carsten Linnemann hat klargemacht, dass er gegen ein Verbotverfahren ist. Auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte, ein Verbotverfahren wäre „das falsche Signal“. Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) ist über das Vorgehen seiner Vorgängerin nicht glücklich und will das „Gutachten“ erst einmal ausführlich prüfen.

Viele Verbotsgegner in der Union argumentieren taktisch. Sie wollen der AfD keine „Martyrerrolle“ geben. Es könnte tatsächlich sein, dass die AfD bei den anstehenden Landtagswahlen 2026 noch mehr Stimmen erhält, weil viele Bürger den Versuch, die größte Oppositionspartei zu verbieten, als undemokratisch ansehen. Damit würden mehr als zehn Millionen Wähler ihrer Stimme beraubt. Linnemann & Co haben recht, dass es in der Hand der Regierung liegt, durch bessere Politik den Unmut der Wähler zu verringern, sodass die AfD nicht weiter wächst.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Büro: info@ostpreussen.de

PORTRÄT

Ein Leicht- als Gegengewicht

Den Abschied von Saskia Esken als SPD-Co-Vorsitzende dürften einige Genossen mit Erleichterung aufgenommen haben, denn auch in der Partei war sie nicht gerade beliebt. Jetzt haben die Nachrücker die Chance, die 16-Prozent-Partei wieder zur Volkspartei zu machen. Dazu braucht es neben dem neuen Führungsduo Lars Klingbeil und Bärbel Bas einen umtriebigen Wahlkampfmanager.

Nachdem sich Kevin Kühnert im Oktober wegen „gesundheitlicher Probleme“ als SPD-Generalsekretär zurückgezogen hat, organisierte Matthias Miersch kommissarisch den für die SPD katastrophal verlaufenen Wahlkampf im Februar. Miersch ist seit Anfang Mai 2025 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Aber wer wird Generalsekretär?

Antwort: Der 33-jährige Lübecker **Tim Klüssendorf** soll es werden. Im Juni soll er auf dem Bundesparteitag gewählt werden, bis dahin leitet er das Amt kommis-

sarisch. Es ist auch eine Art Belohnung für ihn, denn in Schleswig-Holstein, in dem bis auf zwei Wahlkreise alle an die CDU gingen, errang er mit 28 Prozent der Stimmen das einzige Direktmandat für die SPD. Das andere ging in Kiel an die Grüne Luise Amtsberg.

Zwei Faktoren dürften ausschlaggebend sein, dass Klüssendorf das Vertrauen der SPD-Spitze genießt: Als Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD, der sich zur Sanierung der Staatsfinanzen

für eine Vermögensabgabe ausgesprochen hat, soll er die Partei wieder für die Arbeiterschaft interessant machen. Und er hat Erfahrung als Wahlkampfmanager. Nach seinem Volks- und Betriebswirtschaftsstudium in Hamburg war er drei Jahre lang persönlicher Referent des Lübecker Bürgermeisters Jan Lindemann, dessen Wahlkampf er 2017 mit organisierte. Bereits vier Jahre zuvor wurde Klüssendorf in die Lübecker Bürgerschaft gewählt. Daneben saß der Fußballfan im Aufsichtsrat des VfB Lübeck.

Seit 2021 sitzt er im Bundestag und war Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss für Digitales. Obwohl er wegen seiner Jugend noch ein politisches Leichtgewicht ist, wird er schon als Gegengewicht zu Lars Klingbeil gehandelt, dessen Machtfülle als Vizekanzler, Finanzminister und SPD-Co-Chef vielen in der Partei unheimlich wird. Da könnte noch viel auf Klüssendorf zukommen. *H. Tews*



Augen zu und durch: Tim Klüssendorf wird SPD-Generalsekretär

Kein Platz für Revolutions-Folklore

Zum 50. Jahrestag der Stammheim-Prozesse widerlegt ein Dokudrama der ARD den Opfer-Mythos der RAF und ihrer Sympathisanten

VON ANNE MARTIN

Die Gefangenen rauchen Kette und dozieren in einem Polit-Kauderwelsch, das mit unfälligen Schimpfwörtern durchsetzt ist. Polizisten sind grundsätzlich „Bullenschweine“, der Justizbeamte, der ihnen als ständige Aufsicht zugeteilt wurde, ein „Arschloch“. Ihr Lebensraum: Zellen und Flur im siebten Stock der Justizvollzugsanstalt Stammheim bei Stuttgart.

Direkt nebenan, in einer eigens gebauten Mehrzweckhalle, wird ihnen vom Mai 1975 bis zum April 1977 der Prozess gemacht. Fast 1000 Zeugen und 80 Sachverständige wurden seinerzeit geladen, 15.000 Seiten mit Wortprotokollen angefertigt, 40.000 Beweismittel gesichert. 20 Millionen Mark Prozesskosten liefen auf. Alle drei Angeklagten – Ulrike Meinhof hatte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Zelle erhängt – werden zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt.

Von den ersten Kaufhausbränden 1968 bis zur Entführung der Lufthansa-Boeing „Landshut“ im Oktober 1977 hatte die Rote Armee Fraktion mitsamt ihrer Komplizen eine Bluts pur durch das Land gezogen. Was der Journalist und RAF-Experte Stefan Aust sowie Regisseur Niki Stein in ihrem Dokudrama „Stammheim – Zeit der Rache“ (19. Mai um 20.15 Uhr, Das Erste) zeigen, ist der intime Blick in ein geschlossenes System, das aus heutiger Sicht wahnhaft erscheint. Die eindrucksvolle Collage aus geheimen Kassibern, Interviews, Originalaufnahmen und Spielszenen entlarvt den Mythos um die vermeintlichen Freiheitskämpfer und Märtyrer gründlich.

Nein, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ulrike Meinhof waren keine Idealisten, die das Volk von Faschismus und Imperialismus, dem „Schweinesystem“, befreien wollten. In Stammheim saßen kaltblütige Kriminelle ein, die den Kontakt zur Realität schon lange verloren hatten. Und nein, sie waren keine Opfer eines repressiven Staates, auch wenn sie sich gerne so gerierten. Die



Gudrun Ensslin (Lilith Stangenberg) kurz vor der Ankunft in der JVA Stuttgart-Stammheim

Bild: SWR/Hendrik Heiden

Gefangenen, so zeigt es der akribisch recherchierte Film, verfügten in ihren Zellen über Radios, Fernseher, Bücher, Schreibmaschinen und durften sich beim sogenannten „Umschluss“ ausgiebig auf den Fluren treffen. Als Baader von seinem Anwalt auf den Folttervorwurf angesprochen wird, lehnt er sich lässig zurück und grinst mit Blick auf den Vollzugsbeamten: „Wir sehen das eher sportlich.“

Dieser Justizbeamte Horst Bubeck (Moritz Führmann), der später auch im Untersuchungsausschuss vernommen wird, übernimmt in dem Dokudrama eine Schlüsselrolle. Er erträgt die Beschimpfungen der Inhaftierten mit erstaunlichem Gleichmut, zeigt sogar Empathie. Als die widerstrebende Gudrun Ensslin während ihres Hungerstreiks zwangser-

nährt wird, meint Bubeck die „brennenden Wund- und Schabestellen in ihrem Schlund, ihrem Rachen, in meinem eigenen Hals zu spüren“. 45 Kilo wiegt die Pfarrerstochter zum Schluss, eine selbst ernannte Jeanne d'Arc, die sich von ihrem Geliebten Andreas Baader manipulieren lässt wie ein Revolutions-Groupie.

Ein Korb Erdbeeren für Raspe

Die Desperados, die sich für eine gerechtere Welt einsetzen wollen, erheben sich über ihre Bewacher und mobben ihre Mitgefängene Ulrike Meinhof nach allen Regeln der Kunst. Meinhof, einst mit dem „Konkret“-Chefredakteur und späteren PAZ-Kolumnisten Klaus-Rainer Röhl verheiratet und gern gesehener Gast in Hamburgs feinen Kreisen, ist der intellektuelle

Kopf der RAF, wird von ihr aber wegen ihres bourgeois Hintergrunds verachtet.

Vor allem Ensslin lässt keine Gelegenheit aus, die Kampfgefährtin zu verhöhnen: „Du scheinheilige Sau. Das Messer im Rücken der RAF bist du.“ Lilith Stangenberg spielt Ensslin mit verfilztem Haar, glimmender Zigarette, spröder Stimme und Lust an der Vernichtung. Als Meinhof eines Tages mit modischer roter Bluse erscheint, wird sie von ihren Kameraden niedergemacht. „Schöne Bluse, darin ein Aschenputtel“, ätzt Ensslin.

Meinhof verfällt später zusehends, tritt vor Gericht als gebrochene Frau auf. Am 9. Mai 1976 entzieht sie sich dem Prozess durch Selbstmord. Für ihre Zellengenossen und deren Sympathisanten war dies der Vorwand für einen bis heute an-

dauernden Opferkult, den Aust („Der Baader Meinhof Komplex“) eindrucksvoll widerlegt. Im Film lässt er aus Meinhofs Texten zitieren: „Auch uns töten wir, wenn es nottut.“

Mitgefühl ist den Stars der „Baader-Meinhof-Bande“ fremd. Das betrifft ihre Opfer wie den Anfang September 1977 entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer als auch ihre Angehörigen. Als Jan-Carl Raspe im Gefängnis von seiner Mutter besucht wird, versuchen Baader und Ensslin ihn von einem Treffen abzuhalten. Raspe geht trotzdem, kehrt mit einem Korb Erdbeeren zurück, aus dem sich Baader als erster bedient.

Als Baaders Mutter eines Tages mit dessen zehnjähriger Tochter in der Anstalt erscheint, ist der geradezu entsetzt und flüchtet aus dem Besucherraum. Ensslin gibt ihren 1967 geborenen Sohn Felix an Pflegeeltern ab, die Meinhof-Zwillinge Regine und Bettina werden von RAF-Sympathisanten nach Sizilien verschleppt, dort vom Journalisten Aust aufgespürt und zu ihrem Vater nach Hamburg zurückgeführt.

Das Ende wird wie in einem Showdown nacherzählt: Die am 13. Oktober 1977 von arabischen Terroristen entführte Lufthansa-Boeing „Landshut“ wird nach einem fünftägigen Irrflug auf dem Flughafen Mogadischu von der GSG 9 befreit. Das geplante Freipressen der Stammheim-Häftlinge ist damit gescheitert. Noch in derselben Nacht nehmen sich die Terroristen in ihren Zellen das Leben – Ensslin wird erhängt aufgefunden, Raspe und Baader haben sich erschossen, nur Irmgard Möller überlebt schwer verletzt. Die Leiche von Schleyer wird am Tag darauf im Kofferraum eines Autos bei Müllhausen im Elsass gefunden.

34 Opfer forderte das Morden, darunter auch Fahrer, Personenschützer, Polizeibeamte, völlig Unbeteiligte. Von ihnen und ihren heute erwachsenen Kindern erzählt die dem Film nachfolgende Dokumentation „Im Schatten der Mörder – Die unbekanntenen Opfer der RAF“ um 21.45 Uhr.

PORZELLANKUNST

Ein Service für Friedrich den Großen

Porzellan für Könige, Papst und Zarin – Vor 250 Jahren starb Johann Joachim Kaendler

Johann Joachim Kaendler trat 1731 seinen Dienst als Modelleur an der Königlichen Porzellanmanufaktur Meissen an. Der bedeutendste Formmeister der Manufaktur schuf Porzellan für alle Lebenslagen: Figuren für große Hoftafeln, Serviceformen, Altargarnituren, Uhrgehäuse und vieles mehr. Kaendler blieb bis zum Lebensende in der Porzellanmanufaktur tätig. Er starb am 17. Mai 1775. Viele seiner Geschirre und Figuren werden bis heute in der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meissen hergestellt.

Kaendler kam 1706 in Sachsen zur Welt. Er absolvierte eine Bildhauerlehre und war anschließend Geselle beim Dresdner Hofbildhauer Johann Benjamin Thomae. Mit seinem Meister arbeitete er am plastischen Schmuck des Zwingers und schnitzte Holzornamente für das Grüne Gewölbe. Damit erregte er die Aufmerksamkeit des Kurfürsten von Sachsen, Augusts des Starken, der ihn wegen der hohen Qualität seiner Arbeiten 1730 zum

Hofbildhauer ernannte und ihn ein Jahr später nach Meißen schickte.

In der Porzellansammlung des Dresdner Zwingers und in der Dauerausstellung des Meissen Porzellan-Museums ist Kaendlers vielseitiges Schaffen prächtig vertreten. August der Starke beauftragte ihn, einen Zoo lebensgroßer Porzellantiere zu liefern. Er formte sie zunächst auf der Grundlage von Naturstudien in Ton ab. Für seine „Affenkapelle“, deren Mitglieder nach der höfischen Damen- und Herrenmode des Rokoko gekleidet sind, nutzte Kaendler hingegen druckgraphische Vorlagen. Eine der ersten Affenkappen erwarb Madame de Pompadour, die Mätresse König Ludwigs XV.

Viele bis heute berühmte Porzellane Kaendlers stehen mit bekannten Persönlichkeiten in Verbindung. Im Auftrag von Heinrich Graf von Brühl, Sachsens Premierminister und Direktor der Porzellanmanufaktur Meissen, entwarf er das mehr als 2200 Teile umfassende „Schwanenservice“, benannt nach dem auf vielen Teilen sichtbaren Reliefdekor eines Schwanenpaares. Im Siebenjährigen Krieg besetzten preußische Truppen Sachsen. Friedrich der Große hielt sich einige Monate in Mei-

ßen auf und bestellte das „Japanische Service“, für dessen Gestaltung er Kaendler detaillierte Anweisungen erteilte. Das Angebot, in preußische Dienste überzuwechseln, lehnte Kaendler aber ab.

Die aus 40 Figurenensemble bestehende „Große russische Bestellung“ ging auf Zarin Katharina II. zurück. Ihre einzige Vorgabe war, dass sich die Gestaltungen auf die antike Mythologie beziehen. Mit der verband Kaendler das Herrscherlob der Kaiserin. Die „Große Hofbestellung“ für Papst Clemens XIV. wiederum umfasst zwölf Apostelfiguren, die Kaendler in Anlehnung an die barocken Marmorskulpturen der Lateranbasilika schuf.

Den spektakulärsten Auftrag erteilt ihm August II. Kaendler sollte ihn auf einem mit Sockel neun Meter hohen Reiterdenkmal aus Porzellan verewigen. Aber mit dem Tod des Kurfürsten 1763 war auch das Projekt gestorben. An die großen Pläne erinnert das kleine Kabinetstück des Reiterdenkmals. Veit-Mario Thiede



Komponist aus Kaendlers „Affenkapelle“

● MELDUNGEN

Signale aus dem Kaiserreich

Potsdam – Um „Signale der Macht. Nauen, Kamina, Windhoek“ geht es vom 16. Mai bis 2. November im Brandenburg Museum, Schloßstraße 12 in Potsdam. Vorgestellt wird der Ausbau eines globalen Kommunikationsnetzes im Kaiserreich. 1914 erhielt Windhoek in Südwestafrika Signale von der weltweit ältesten noch aktiven Großfunkstation in Nauen. www.gesellschaft-kultur-geschichte.de *tws*

Lorbeeren für „Tamerlano“

Göttingen – Unter dem Motto „Lorbeeren“ finden vom 16. bis 25. Mai die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen statt. Im Zentrum steht die Festspieloper „Tamerlano“. [Internet: www.haendel-festspiele.de](http://www.haendel-festspiele.de) *tws*

BENESCH-DEKRETE

„Endlösung der deutschen Frage“

Als Benesch-Dekrete werden 143 „Dekrete des Präsidenten der Republik“ bezeichnet, die 1940 bis 1945 erst von der tschechoslowakischen Exilregierung in London und dann von der Nachkriegsregierung erlassen wurden. Sie wurden am 28. März 1946 von der provisorischen tschechoslowakischen Nationalversammlung gebilligt. Benannt sind sie nach dem damaligen (Exil-)Präsidenten der Tschechoslowakei Eduard Benesch. Für die Vertreibung und Enteignung der deutschen und ungarischen Minderheit war das Dekret Nr. 5 vom 19. Mai 1945 entscheidend.

Bereits im Oktober 1943 hatte Benesch in einer Rundfunkrede verkündet: „Den Deutschen wird mitleidlos und vervielfacht all das heimgesucht werden, was sie in unseren Ländern seit 1938 begangen haben.“ Die Benesch-Dekrete behandelten deutsche und ungarische Bürger als kollektiv schuldig an den Verbrechen des NS-Systems und setzten deren Entrechtung und Vertreibung durch. Infolgedessen verloren fast alle Deutschen und Ungarn ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft und ihren Besitz.

Benesch, der aus der Gegend von Pilsen stammte, war 1935 zum Präsidenten der Tschechoslowakei gewählt worden. Nach dem Münchner Abkommen 1938 war er zurückgetreten und später nach Frankreich geflüchtet. Dort gründete er 1939 das „Tschechoslowakische Nationalkomitee“. Nach dem Fall Frankreichs zog das Komitee nach London um, wo es zur tschechoslowakischen Exilregierung wurde, die von allen alliierten Staaten anerkannt wurde. Benesch erklärte, dass er von seinem Amt 1938 unter Zwang zurückgetreten sei, folglich sei er immer noch Präsident.

Im April 1945 traf Benesch im damals schon von den Sowjets eroberten ostslowakischen Kaschau ein. Die erste Regierung der Nationalen Front verkündete zwei Tage später in Moskau das Kaschauer Regierungsprogramm mit den Benesch-Dekreten. Die einst zur Tschechoslowakei gehörenden Karpatengebiete der Ostslowakei hatte er zuvor per Dekret bereits dem sowjetischen Diktator Josef Stalin geschenkt. Die dortigen zwölf deutschen Dörfer blieben jedoch wegen des ukrainischen Partisanenkampfes von einer Vertreibung verschont. In den Monaten nach Kriegsende kam es von Mai bis August 1945 zu „wilden“ Vertreibungen. Am 28. Oktober 1945 rief Benesch zur „Endlösung der deutschen Frage“ auf. Bewusst wählte er das Vokabular Adolf Hitlers in der Judenfrage.

Nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz von 1946 folgte die „geordnete“ Vertreibung. Der letzte Deportationszug verließ am 29. Oktober 1946 bei Karlsbad Böhmen. Insgesamt wurden fast 2,2 Millionen Deutsche vertrieben. Die Bundesregierung schätzte 1958 die Zahl der deutschen Vertreibungsoffer in Böhmen und Mähren auf etwa 270.000.

Die Benesch-Dekrete gelten bis heute. Im tschechischen Präsidentschaftswahlkampf 2013 sagte der konservative Kandidat Karl Schwarzenberg: „Die Vertreibung war eine schwere Verletzung der Menschenrechte. An heutigen Maßstäben gemessen, würde sich die Regierung, einschließlich Präsident Benesch, wahrscheinlich in Den Haag befinden.“ Mit solchen Worten wurde der Fürst kein Präsident mehr. *Bodo Bost*



Beim Stammheim-Prozess wurde aus dem Vollen geschöpft: Als Gerichtssaal wurde ein extra für den Prozess auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stuttgart errichtetes fensterloses Mehrzweckgebäude genutzt
Bild: dpa Picture-Alliance

ROTE ARMEE FRAKTION

Der Prozess gegen die Spitze der „ersten Generation“

Vor einem halben Jahrhundert begann in Stammheim der Strafprozess gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die bundesdeutsche Justiz macht neuerdings verstärkt durch bedenkliche Vorgehensweisen und Urteile auf sich aufmerksam. Allerdings gab es auch schon in der Vergangenheit Fälle beziehungsweise Prozesse, die auf Kritik stießen. Hierzu zählt nicht zuletzt das Mammut-Verfahren gegen die Anführer der ersten Generation der linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, das vor einem halben Jahrhundert, am 21. Mai 1975, begann. Die Angeklagten mussten sich wegen vierfachen Mordes und 54 Mordversuchen im Rahmen von sechs Sprengstoffanschlägen und weiterer Delikte verantworten.

Dabei wurde ihre Situation durch etliche, mit Blick auf das Verfahren erlassene neue Sondergesetze erschwert. So gab es nun die Möglichkeit, einen Prozess auch in Abwesenheit der Angeklagten durchzuführen, wenn diese ihre Verhandlungsunfähigkeit selbst herbeigeführt hatten. Das galt für die vier RAF-Mitglieder, die 145 Tage im Hungerstreik standen, um gegen ihre verschärften Haftbedingungen zu protestieren. An den Folgen dieses Streiks starb der fünfte Angeklagte, Holger Meins, noch vor Prozessbeginn im Gefängnis.

Ein eigenes Terrorismusstrafrecht

Allerdings stellten vom Gericht selbst beauftragte Gutachter fest, dass die körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen der restlichen Angeklagten auch aus der langen, durch Isolation geprägten Untersuchungshaft seit Juni 1972 resultierten. Deshalb empfahlen sie, die Haftbedingungen zu lockern und die tägliche Verhandlungszeit auf drei Stunden zu begrenzen. Das lehnte das Gericht aber ab.

Des Weiteren wurde die Zahl der Wahlverteidiger auf drei beschränkt, und jeder Anwalt durfte nur noch einen Angeklagten vertreten. Außerdem konnten die Richter nun Verteidiger von der Verhandlung ausschließen. Davon betroffen waren die drei Anwälte Baaders, weil diese die Taten ihres Mandanten angeblich gebilligt hatten. Gegen ihren erklärten Willen erhielten die RAF-Mitglieder jeweils zwei Pflichtverteidiger zugeteilt. Das Anti-Terror-Gesetz vom 18. August 1976 legalisierte zudem die Überwachung des Schriftverkehrs zwischen den Angeklagten und deren Rechtsbeiständen.

Doch damit nicht genug. Am 17. März 1977 mussten die baden-württembergischen Minister für Justiz und für Inneres, Traugott Bender und Karl Schiess (beide CDU), öffentlich eingestehen, dass die Behörden vertrauliche Gespräche zwischen den vier RAF-Mitgliedern und ihren Anwälten in rechtswidriger Weise abgehört hatten. Die Genehmigung hierzu war vom Chef des Bundeskanzleramtes, Manfred Schüller (SPD), gekommen. Das wurde mit einem „übergesetzlichen Notstand“ begründet.

In Reaktion hierauf beantragten sowohl die Wahl- als auch die Pflichtverteidiger eine Einstellung des Verfahrens wegen gravierender Verstöße gegen elementare Rechtsgrundsätze. Der Prozess ging aber ungeachtet dessen weiter.

Deswegen boykottierten alle Wahlverteidiger und Ensslins Pflichtverteidiger Manfred Künzel die Verhandlungen. Ensslins Vertrauensanwalt Otto Schily erklärte dazu: „Was hier stattfindet ..., das kann man nicht anders benennen als die systematische Zerstörung aller rechtsstaatlichen Garantien ... Die Verteidigung kann es unter keinen Umständen verantworten, ... auch nur eine Minute länger in dem Verfahren mitzuwirken, um hier noch vielleicht als eine Art Alibi aufzutreten, dass es noch so etwas gebe wie eine Verteidigung.“

Ebenso kritisierten die Anwälte die öffentliche Vorverurteilung der Angeklagten, die gezielt auf den Stammheim-Prozess zugeschnittenen restriktiven Gesetzesänderungen sowie allerlei rechtswidrige „Beweisvereitelungsmethoden“, für die insbesondere der Vorsitzende Richter Theodor Prinzing verantwortlich zeichne. Und tatsächlich musste

dieser am 147. Verhandlungstag durch Eberhard Foth ersetzt werden, weil er seine Befangenheit nicht länger verbergen konnte.

Gigantische Ausmaße

Am Ende des Prozesses hielten die Pflichtverteidiger, die nie persönlich mit den Angeklagten gesprochen hatten, die Plädoyers, die teilweise nur drei Minuten dauerten. Währenddessen blieben die Vertrauensanwälte der RAF-Mitglieder dem Verfahren weiterhin aus Protest fern. Naheliegenderweise legten Letztere sofort Revision ein, als das Gericht Baader, Ensslin und Raspe am 28. April 1977 zu jeweils lebenslanger Haft verurteilte.

Meinhof war zu diesem Zeitpunkt schon fast ein Jahr tot. Die Wärter hatten sie am 8. Mai 1976 erhängt aufgefunden. Die anschließende Spurensicherung erfolgte ohne ihre Anwälte. Da auch die übrigen drei RAF-Mitglieder in der sogenannten Todesnacht von Stammheim vom 17. zum 18. Oktober 1977 unter bis heute nicht vollständig geklärten Umständen starben – offiziell handelte es sich wiederum um Suizid –, wurde das Urteil gegen Baader, Ensslin und Raspe am Ende weder überprüft noch rechtskräftig.

Der Stammheim-Prozess gehört zu den aufwendigsten und längsten Verfahren in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er dauerte 192 Tage. Die Anklageschrift umfasste 354 Seiten, das Konvolut der übrigen Prozessakten 50.000 Seiten. 997 Zeugen und 80 Sachverständigen wurden angehört.

Die im Umfeld des Verfahrens erlassenen Gesetze führten zur Begründung des deutschen Terrorismusstrafrechtes, dessen Anwendung sogleich durch Übergriffe der Behörden gekennzeichnet war, die eines Rechtsstaates unwürdig sind. Das gilt nun analog für die problematischen Untersuchungshaftbedingungen, denen heute mutmaßliche Rechtsterroristen wie die Mitglieder der Reichsbürger-Gruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß ausgesetzt sind.

Der problematische Verlauf des Stammheim-Prozesses war ganz zweifellos dafür mitverantwortlich, dass sich die RAF und deren Unterstützer in der linken Szene weiter radikalisierten, worauf der Staat seinerseits mit zusätzlichen Repressionen wie dem Kontaktsperre-gesetz vom 2. Oktober 1977 reagierte, das es seither ermöglicht, Gespräche zwischen Inhaftierten und ihren Anwälten zu unterbinden.

Politiker im Umfeld des Prozesses



Traugott Bender übernahm nach der Todesnacht von Stammheim die politische Verantwortung und trat als baden-württembergischer Justizminister zurück.



Karl Schiess war ab 1972 Baden-Württembergs Innenminister. In diesem Amt wurde er 1978 durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Späth abgelöst.



Manfred Schüller war Helmut Schmidts erster Chef des Bundeskanzleramtes. 1981 wechselte er in den Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

SPD I

Der Bogen war weit gespannt

Vor 150 Jahren schlossen sich Lassalleaner und Eisenacher zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Margere 16,4 Prozent – das ist der Vertretungsanspruch der Partei August Bebel, Wilhelm Liebknechts, Willy Brandts und Helmut Schmidts im Jahr 2025 – im Jubiläumsjahr der vor 150 Jahren gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), die sich seit 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nennt. Schlechter stand die Partei zuletzt 1883 da, nur wenige Jahre nach ihrer Gründung. Der langsame Niedergang der ältesten noch bestehenden politischen Partei Deutschlands, die auch eine der ältesten in ganz Europa ist, darf angesichts der langen Tradition durchaus bedauert werden, auch wenn es für einen Nachruf verfrüht ist, denn der Machtanspruch, den die Partei für sich in der neuen Regierung reklamiert hat, ist höher als ihr Wahlergebnisse hergeben.

Vor eineinhalb Jahrhunderten, auf dem vom 22. bis zum 27. Mai 1875 in Gotha stattfindenden Vereinigungscongress des 1863 in Leipzig maßgeblich von Ferdinand Lassalle gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) mit der 1869 auf wesentliche Initiative Bebel und Liebknechts in Eisenach gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) zur SAP beschworen die Parteitagredner die politische Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitervertretungen. „Wir sind zusammengekommen, um die Einheit der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zu vollenden, das Hauptziel all unseres bisherigen Strebens“, so Bebel bei dem Treffen der 74 Delegierten des ADAV und der 56 der SDAP.

Ideal der Einheit der Arbeiterklasse

Es galt, bei dem Thüringer Treffen eine Kompromisslinie zwischen den gemäßigten Lassalleanern und den eher revolutionären Eisenachern zu finden. Kein leichtes Unterfangen, denn während Lassalleaner beispielsweise die Einbindung der Arbeiter in das Wirtschaftssystem im Wege produktiver Genossenschaften mit Staatskrediten forderten, lehnten die Marxisten den Kapitalismus in Gänze ab. Doch die Delegierten der beiden Parteien mit zusammen rund 25.000 Parteimitgliedern waren sich durchaus der histori-

schen Stunde bewusst. „Die bloße Kunde von der Aufnahme von Vereinigungsverhandlungen hatte das sozialistische Berlin elektrisiert. Es herrschte in der Versammlung ein Enthusiasmus, der alles fortriß“, berichtet etwa Eduard Bernstein, der den Parteitag gemeinsam mit seinen Parteifreunden Bebel und Liebknecht vorbereitet hatte. In der Tat verfolgte man bei den Konservativen im Reich das Sozialistentreffen sehr genau, und das mit einigem Unmut. „Was die Sozialisten fordern, läuft auf die Zerstörung unserer sozialen Ordnung hinaus“, kommentierte etwa die „Kölnische Zeitung“.

Bei den Debatten zum künftigen Programm hielten sich Extremisten wie Bebel zurück, um die Vereinigung der Kräfte nicht zu gefährden. „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und

Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben, und sie, wenn ich kann, beseitigen“, bekannte sich Bebel 1903 hingegen offen zum Marxismus. Doch er war nicht der einzige, der sich zur Zurückhaltung gezwungen sah. Die Sozialdemokraten mit Führungsanspruch neigen zu autoritärem Auftreten. Das hatte in der ADAV bereits Johann von Schweitzer und Carl Thölcke die Führungspositionen gekostet zugunsten von Wilhelm Hasenclever, der weitaus geschmeidiger widerstrebende Positionen zusammenführen konnte. Letzteren wählte der Gothaer Parteitag mit Wilhelm Hartmann von der SDAP zu gleichberechtigten SAP-Vorsitzenden.

Das in Gotha beschlossene Programm ist auch heute noch interessant. An einige Forderungen von 1875 hat die SPD auch

wieder die Axt angelegt. So hat die junge Partei unter Punkt I ihres Programms die Befreiung der Arbeit durch Beseitigung von Privateigentum an Produktionsmitteln sowie deren Überführung in gesellschaftliches Eigentum gefordert. Das wäre der heutigen gesättigten SPD zu viel der Kapitalismuskritik.

Der zweite und letzte Punkt des Programms enthält 14 Forderungen, sechs betreffen die „Grundlage des Staates“ und acht die „heutige Gesellschaft“. Dort wird nicht nur das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert, sondern sogar eine Wahlpflicht ab dem 20. Geburtstag. Doch nicht nur über die Zusammensetzung der politischen Führung soll die Bevölkerung abstimmen, sondern beispielsweise auch über Krieg und Frieden. Grundsätzlich ist eine „di-

rechte Gesetzgebung durch das Volk“ vorgesehen. So viel direkte Demokratie wird heute nicht mehr von der SPD gefordert. Die Partei ist inzwischen in der repräsentativen bundesrepublikanischen sogenannten indirekten Demokratie angekommen und weiß, dass viele ihrer Vorhaben in der Bevölkerung keine mehrheitliche Zustimmung finden, eine direkte Volksherrschaft insofern also gar nicht in ihrem Interesse wäre.

Gothaer Programm

„Allgemeine Wehrhaftigkeit“ wurde ebenso gefordert wie „Volkwehr an Stelle der stehenden Heere“, eine Abwandlung der klassischen liberalen Forderung „Bürgerwehr an Stelle des stehenden Heeres des Königs“.

Die 1875er SAP strebte zudem danach, alle Gesetze abzuschaffen, die das freie Forschen und Denken sowie die freie Meinungsäußerung beschränken. Davon hält die SPD heute nichts mehr, ist ihr die wirkmächtige Meinungsmache im Internet seitens politischer Gegner doch suspekt.

Weitere Forderungen bezüglich Arbeitsrechte und Sozialschutz hat der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck in seiner 1883 beginnenden Sozialgesetzgebung aufgegriffen, um die SAP in den Augen der Wähler unnötig zu machen und ihr damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zu Bismarcks Zuckerbrot und Peitsche gehörten neben seiner Maßstäbe setzenden Sozialgesetzgebung auch seine ab 1878 geltenden Sozialistengesetze. Letztere hatten nicht den gewünschten Effekt. Repression schreckte Wahlkämpfer und Wähler nicht ab. Im Gegenteil, die sozialistischen Theoretiker hatten Aufschwung und besaßen Einfluss in der Presse. Zwar hatte die Partei 1881 Stimmenverluste hinzunehmen, „aber sie hatte auch ihre zähe Lebenskraft bewiesen“, wie Bismarck-Biograph Ernst Engelberg formuliert. Die „Reichsfeinde“ waren vitaler, als von der Reichsregierung erhofft. Bismarck versuchte, die Partei politisch zu überwinden. Gelingen ist ihm das nicht. Bis heute lebt die SPD. Nur die SPD selbst entscheidet im demokratischen Prozess darüber, ob ihr die Wähler von der Fahne gehen, weil diese sie für obsolet halten.



Gründungsstätte der deutschen Sozialdemokratie: Versammlungssaal der damaligen Gaststätte Tivoli

Bild: pa/Caro

SPD II

Der verschlungene Weg von Gotha nach Berlin

Im Lauf ihrer 150-jährigen Geschichte gab sich der Zusammenschluss aus ADAV und SDAP insgesamt sieben Parteiprogramme

In das erste Parteiprogramm der SPD, die damals noch Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) hieß, waren noch starke revolutionäre Forderungen eingebaut, auch wenn die Programmatik für August Bebel, Karl Marx und Friedrich Engels viel zu bürgerlich und staatstragend war, anstatt revolutionär zu sein. Marx verfasste in der Folgezeit Randglossen, mit denen er das Gothaer Programm zerlegte.

1890 änderte sich die Situation grundlegend mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes. Im darauffolgenden Jahr veranstaltete die SAP unter der Leitung von August Bebel in Erfurt ihren ersten Parteitag nach dem Gothaer Vereinigungsparteitag von 1875 (siehe oben). Dort wurde das Gothaer durch das Erfurter Programm ersetzt. Dessen marxistische Positionen hatten vor allem Karl Kautsky und Eduard Bernstein erarbeitet.

Nach der Novemberrevolution und der Gründung der Weimarer Republik gab sich die mittlerweile staatstragende SPD 1921 das Görlitzer Programm, eine von Bernstein erarbeitete programmatische Revision, um sich von den links von ihr stehenden Abspaltungen beziehungsweise Neugründungen Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) abzugrenzen.

Mit dem Heidelberger Programm von 1925 geriet erstmals das Ziel einer „europäischen Wirtschaftseinheit“ in den „Vereinigten Staaten von Europa“ in die Grundsatzpapiere der Partei.

Nach dem Zweiten Weltkrieg musste sich die SPD in den Bundestagswahlen von 1949, 1953 und 1957 den bürgerlichen Parteien deutlich geschlagen geben. Der Christdemokrat Konrad Adenauer domi-

nierte, und die alten sozialistischen Zielvorgaben zogen angesichts des verheerenden nationalsozialistischen Experiments Adolf Hitlers, des real existierenden Sozialismus in der SBZ und des beginnenden Wirtschaftswunders in den Westzonen kaum noch. Die SPD verabschiedete sich deshalb 1959 auf einem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg programmatisch von Karl Marx und bekannte sich zur Sozialen Marktwirtschaft und zum Privateigentum an Produktionsmitteln.

Galt im Gothaer Programm Religion noch als Privatsache, strebte sie nun die Zusammenarbeit mit den Kirchen an. Bundeswehr und NATO wurden bejaht. Parteivorsitzender Erich Ollenhauer, der noch der sozialistischen Planwirtschaft anhing, die Sozialistische Internationale auch als Funktionär vertrat und eine Wiedervereinigung im Sinne Kurt Schu-

machers außerhalb der militärischen Blöcke der NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands vorzog, musste schließlich 1963 dem jungen Berliner Bürgermeister Willy Brandt die Parteiführung überlassen. Der verkörperte die Erneuerung der Partei besser.

Das Godesberger Programm bestimmte bis zum Mauerfall 1989 die Parteiarbeit. Im darauffolgenden Dezember wurde es durch das postmaterialistische Berliner Programm abgelöst, das die ökologische Komponente in die Grundsätze eingeführt hat.

Seit 2007 gilt für die SPD das Hamburger Programm, das vor allem von Andrea Nahles, Wolfgang Thierse und Hubertus Heil erarbeitet worden ist. Der demokratische Sozialismus ist wieder en vogue geworden, der Kampf gegen entfesselte Finanzmärkte in einer globalisierten Welt

eröffnet. In Deutschland wohnhafte Ausländer sollen, auch wenn sie keine EU-Bürger sind, deutsche Kommunalparlamente mitwählen dürfen. Der ebenfalls eingeforderte Mindestlohn ist inzwischen eingeführt, die angestrebte europäische Armee hingegen noch nicht.

Ein künftiges Programm dürfte sich auf die Themen Migration, „Geschlechtergerechtigkeit“, energetischer Umbau der Wirtschaft und „Klimaschutz“ sowie den Kampf gegen Rechtsextremismus stärker fokussieren. Überraschend wäre ein stärkeres Bekenntnis zur kulturellen Identität und inneren Sicherheit als Kampfansage an die AfD. Wohl erhalten bleiben wird der SPD das Ringen um die Programmatik zwischen Fundis und Realos, Revolutionären und Reformern, Sozialisten und Realpolitikern, linkem und rechtem Flügel. B.K.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 24. April landete eine aus Kairo kommende Maschine auf dem Flughafen Hannover. An Bord befanden sich laut Bundesinnenministerium „141 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, überwiegend aus dem Sudan“. Diese sind jedoch keine Asylanten, sondern „Umsiedler“ im Rahmen eines Resettlement-Programms, das zwischen der Bundesregierung und dem Hilfswerk des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vereinbart wurde. Für das Resettlement kommen Flüchtlinge in Frage, welche in ihrem Erstaufnahmeland keine Bleibeperspektive haben, aber auch nicht in ihr Heimatland zurückkehren können sowie mehr Schutz als üblich benötigen. Hierzu zählen beispielsweise Frauen und Mädchen, Kinder, Überlebende von Gewalt oder Folter sowie Personen mit gravierenden medizinischen Problemen.

Die Geschichte des Programms begann im Jahr 1995, als im Rahmen der UN erstmals über eine systematische aktive Umsiedlungspolitik diskutiert wurde. Die EU-Kommission wiederum schlug dann 2009 ein gemeinsames europäisches Resettlement-Programm vor, das im März 2012 verabschiedet wurde. Als die Migrationsströme 2015 anschwellen, verpflichteten sich die EU-Mitgliedstaaten zur Aufnahme von 50.000 besonders schutzbedürftigen Personen bis 2020. Dem folgte 2019 eine Initiative des UNHCR zur Gewinnung weiterer Aufnahmestaaten, wobei es damals bereits 29 davon gab. An erster Stelle standen dabei die USA, Kanada und Großbritannien. Um die Dringlichkeit seines Programms zu betonen, setzte das UNHCR in der Folgezeit die Zahl der potentiellen Umsiedlungskandidaten immer höher an. Anfangs war noch von 1,4 Millionen Menschen die Rede, zuletzt hieß es dann, zehn Prozent der 29 Millionen Flüchtlinge unter der Obhut des UNHCR müssten eine neue Heimat finden.

Aus anfangs 300 wurden 6560

Deutschland ist seit Dezember 2011 an dem Resettlement-Programm beteiligt, für das hierzulande der Paragraph 23 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet die juristische Grundlage bildet. In dessen Absatz 4 vom Juli 2015 steht: „Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat kann im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt.“ Diese bietet die Möglichkeit zur dauerhaften Niederlassung.



Zahl steigt seit Jahren stark an: Kongolesische Asylsucher vor ihrem vom UNHCR organisierten Abflug

Bild: UNHCR/Sishuo Zhu

ASYLPOLITIK

Was hinter dem „Resettlement“-Programm der UN steckt

Es fing mit wenigen Betreuten an, umfasst nun aber schon Tausende Personen jährlich. Deutschland ist wohl bald das zweitgrößte Aufnahmeland für die angeblich besonders schutzbedürftigen Asylsucher

Ende 2011 beschlossen die Innenminister der Bundesländer, kontinuierlich vom UNHCR ausgewählte Flüchtlinge aufzunehmen, wobei zunächst von 300 Personen pro Jahr bis 2014 die Rede war. Die ersten 195 davon trafen im September 2012 aus dem tunesischen Flüchtlingslager Choucha ein. Im Herbst 2013 setzten die Minister die Zahl der jährlichen Aufnahmen auf 500 herauf, bevor diese dann 2018 schlagartig auf 5100 hochschnellte.

Um die nötigen Kapazitäten zu schaffen, wurde im Mai 2019 vom Bundesinnenministerium und dem BAMF das „zivilgesellschaftliche“ Projekt „Neustart im Team (NesT)“ gestartet. In dessen Rahmen sollen sich deutsche „Mentorinnen und Mentoren“ verpflichten, „den Flüchtlingen Wohnraum zur Verfügung zu stellen (Zahlung von Kaltmieten oder Einräumen eines Wohnrechts)“ und „diese darüber hinaus praktisch zu unterstützen“. Zuletzt lag das gegenüber dem UNHCR

zugesicherte Kontingent bei 6540 Personen für das Jahr 2024 und 6560 für 2025, womit die Bundesrepublik mehr Resettlement-Kandidaten aufzunehmen verspricht als jeder andere EU-Staat.

Hierdurch ist sie weltweit gesehen jetzt das drittgrößte Zielland nach den USA und Kanada, wobei die Trump-Regierung das US-Programm nun gestoppt hat. Ähnliches kündigen die CDU/CSU und die SPD in ihrem Koalitionsvertrag an, aber das UNHCR zeigte sich ausgesprochen optimistisch, dass das Resettlement unvermindert weiterläuft, sobald die neue Regierung in Berlin steht.

Die Korruption grassiert

Letztlich werden zu den bislang hierzulande Angesiedelten aus den Herkunftsländern Afghanistan, Ägypten, Burundi, China, Eritrea, Indonesien, Irak, Iran, Jordanien, Demokratische Republik Kongo, Libanon, Libyen, Pakistan, Somalia, Sri Lanka, Sudan beziehungs-

weise Südsudan, Syrien und Tunesien also wohl noch etliche mehr kommen.

Angesichts der zumeist hochproblematrischen Herkunftsländer besteht der theoretische Vorteil des Resettlements darin, dass das UNHCR die Kandidaten nicht einfach an die Zielländer durchreicht, sondern wegen der begrenzten Aufnahmekapazitäten eine konsequente Auswahl im Hinblick darauf verspricht, wer tatsächlich bedürftig ist und zugleich auch reale Chancen auf Integration besitzt. Das hatte der BAMF-Präsident Hans-Eckhard Sommer im Blick, als er im März vorschlug, das aktuelle Asylsystem durch humanitäre Aufnahmen „in beachtlicher Höhe“ zu ersetzen. Allerdings gibt es beim UNHCR jede Menge Korruption.

So berichtete der Deutschlandfunk über systematische kriminelle Machenschaften von Mitarbeitern des UN-Flüchtlingshilfswerkes in Ostafrika. Wer hier auf die Resettlement-Listen kom-

men will, zahlt oft Schmiergelder in Höhe von 3000 bis 7000 US-Dollar, woraus sich logischerweise ergibt, dass er in Wahrheit wohl kaum ein Anrecht auf einen der begehrten Plätze für Bedürftige hat. Wie professionell die Täter dabei vorgehen, schilderte der Whistleblower „Edward“ den Reportern des Senders: Während der „Klient“ auf seine Umsiedlung warte, werde unter anderem ein passendes Dossier über ihn erstellt: „Wir erfinden Krankheiten ... Genitalverletzungen infolge einer Vergewaltigung. Für ein gefälschtes Attest bekommt ein Arzt ... 150 Euro.“

Insofern ist es höchst ungewiss, wer da am 24. April auf dem Flughafen Hannover eintraf, um nun in Deutschland einen privilegierten Flüchtlingsstatus zu genießen und am Ende für immer hier zu bleiben. Sind es tatsächlich besonders Schutzbedürftige oder Menschen, die anderen die Chance auf ein Entkommen aus schlimmer Not geraubt haben?

ENTVÖLKERUNG

Dörfer, die nur noch in der Erinnerung existieren

Mindestens 40.000 Geisterdörfer übersäen die Bundesrepublik – Die Gründe für ihre Räumung sind mannigfach

Obwohl die Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik immer mehr zunimmt, existieren zahllose von den Menschen verlassene Geisterdörfer. Manche sind schon vor sehr langer Zeit aufgegeben worden wie die bäuerliche Siedlung Nennwitz im Wermsdorfer Forst unweit der sächsischen Stadt Oschatz, welche bereits im 14. Jahrhundert verfiel, weswegen heute nur noch die Fundamente einiger Häuser und der Kirche zu sehen sind. Solche „Wüstungen“ aus der Epoche der Pest und der spätmittelalterlichen Agrarkrise findet man überall in Deutschland – Experten schätzen ihre Zahl auf mindestens 40.000.

Andere Geisterdörfer entstanden hingegen erst in neuerer Zeit, wobei die Bewohner hier in aller Regel zum Weggang gezwungen worden waren. Das trifft insbesondere auf Ortschaften zu, welche in der Nähe von Truppenübungsplätzen lagen. Nach 1933 entvölkerte die Wehrmacht ganze Landstriche rund um Rechlin, Grafenwöhr, Hammelburg, Königsbrück, Altmark, Münsingen und andere Dörfer, um auf dem freigewordenen Terrain Mensch und Material kriegstüchtig zu machen. In die Fußstapfen des Militärs des Dritten Reiches traten dann ab 1945 die westalliierten Besatzungsmächte und die Rote Armee. Alle 120 Familien in dem

Eifelort Wollseifen mussten im August 1946 binnen drei Wochen ihre Heimat für immer verlassen, weil die Briten dort einen Truppenübungsplatz einrichten wollten. Anschließend nutzten sie die leeren Häuser als Zielscheibe.

Eine Entschädigung erhielten die Wollseifener dafür erst zehn Jahre später. Dann benötigte auch die Bundeswehr große Schießplätze. Das bedeutete das Ende von Ortschaften wie Lopau in der Lüneburger Heide, wo seit 40 Jahren niemand mehr lebt. 1969 traf es zudem auch das Dorf Oberbolheim in der Einflugschneise des Fliegerhorstes Nörvenich in Nordrhein-Westfalen, das wegen der perma-

nenten Absturzgefahr weichen musste. Etliche weitere Geisterdörfer mit ehemals insgesamt 23.000 Einwohnern finden sich an der früheren innerdeutschen Grenze. Ihre Zahl liegt bei rund einhundert – dazu gehören unter anderem Billmuthausen, Erlebach und Leitenhausen im Landkreis Hildburghausen, Bardowiek, Lankow und Lenschow im Landkreis Nordwestmecklenburg, Kaulsroth, Liebau und Korberoth im Kreis Sonneberg sowie Ebersberg, Hammerleithen und Markusgrün im Vogtlandkreis.

Die Räumung erfolgte hier stufenweise ab Juni 1952, weil die Lage der Ortschaften die verschärfte Überwachung der Grenze

durch das DDR-Regime erschwerte. Ebenso sorgten auch große Infrastrukturprojekte für das Ende von Dörfern. Der Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle wurde der seit mindestens 1497 bestehenden Ortschaft Kursdorf zum Verhängnis: 2017 zog der letzte Bewohner fort. Die Streusiedlung Franzheim im Erdinger Moos fiel wiederum der Errichtung des neuen Münchener Flughafens zum Opfer. Hier existiert lediglich noch ein einziges Anwesen. Und Alt-Fall im oberbayerischen Isarwinkel kann heute nur mit einer Taucherausrüstung „betreten“ werden, denn das Dorf liegt seit 1959 auf dem Grund des Sylvensteinstausees. W.K.



SENSBURG

„Man muss brennen, um sich einzusetzen“

Geschichte und Zukunft – Die LO lud zu ihrer diesjährigen Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen ein

VON UWE HAHNKAMP

Eine Vielzahl unterschiedlicher Gefühle weckte die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) bei den Teilnehmern ihrer diesjährigen Arbeitstagung für die deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, die am 26. und 27. April in Sensburg stattfand. Trauer und Mitgefühl beim Thema „Deutsche Kinder im Nachkriegspolen“, Wehmut beim Film über Ostpreußen sowie Nachdenklichkeit und Enthusiasmus bei der Diskussion um zukünftige Strategien und Strukturen der Deutschen Minderheit in Ostpreußen.

Am Nachmittag nach der Jahresversammlung des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) konnte der Sprecher der LO, Stephan Grigat, die Vertreter der Vereine des Verbands und der nicht im Verband eingebundenen Gesellschaften der Deutschen Minderheit in Allenstein und Neidenburg begrüßen. Das von Peter Wenzel von der LO in Hamburg, Ulf Püstow vom Vorstand der LO und dem Vertreter der LO in Allenstein, Damian Wierzchowski, organisierte Programm startete mit dem traurigen Thema der Folgen eines Kriegs für Kinder

Kinder nach dem Krieg

Teresa Willenborg stellte in einem Referat ihr Buch „Kinder im Schatten des Krieges, Heimerziehung in Polen nach 1945“ vor. Ein Thema, das gerade den älteren Teilnehmern sehr nahe ging, welche die Zeit selbst erlebt oder die Folgen bei Familie und Freunden gekannt haben. Denn trotz aller psychologischer Schutzmechanismen bleiben Spuren zurück. In fünfjähriger Arbeit – auch in der Zeit von Corona – durchforstete Willenborg die Archive von 27 staatlichen, evangelischen und methodistischen Ein-



Gruppenbild auf der Treppe zum Sitzungssaal: Die Teilnehmer der diesjährigen Arbeitstagung

Bild: U.H.

richtungen nach Unterlagen zu etwa – so die offiziellen Angaben des Roten Kreuzes – 57.000 deutschen Kindern. Das war nicht einfach, zumal die Kinder in der Gesellschaft häufig quasi „unsichtbar“ waren.

„Es gab einen radikalen Bruch mit der Pädagogik der Vorkriegszeit“, so Willenborg über das Vorgehen der Waisenhäuser, „wegen knapper Ressourcen bewerteten Kommissionen, wer polnisch ist oder wird. Es ging auch – je nach Einrichtung – um Assimilierung oder eine Vorbereitung auf das sozialistische Leben.“ Die Verwendung als Arbeitskraft und oft auch die Verantwortung für jüngere Ge-

57.000

deutsche Kinder waren nach dem Zweiten Weltkrieg in der Gesellschaft häufig quasi „unsichtbar“.

schwister machten aus den Kindern nicht selten kleine Erwachsene. Sie haben überlebt, doch um welchen Preis? Manchmal auch den der Identität, wie Willenborg in Interviews mit den Betroffenen herausfand. Zwölf Berichte davon

enthält ihr Buch, drei stellte sie ihren Zuhörern vor.

Unter der Haut ging diesen vor allem der Bericht von Alfred Czesla, den viele von ihnen persönlich kennen, hat er doch einige der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen mitbegründet. Schade nur, dass er aus gesundheitlichen Gründen der Einladung zur Tagung nicht folgen und selbst für sich sprechen konnte. Außerdem war er für einen Vortrag über die Anfänge und die Entwicklung der Gesellschaften eingepflanzt.

Versöhnlicher wurde es am Abend mit einem Film über das historische Ostpreußen, vor allem das Samland, und am

nächsten Tag mit dem Film zum 30. Jubiläum der Neidenburger Gesellschaft der deutschen Minderheit.

Geschichten vom Anfang und der Zukunft

Der späte Nachmittag und der Sonntagvormittag standen hingegen im Zeichen lebhafter Diskussionen um die zukünftige Struktur und Strategie der Deutschen Minderheit in Ostpreußen. Die bereits auf der Jahresversammlung des VdGEM von Wieslaw Kuchmeister aus Osterode angestoßenen Gespräche griffen ein Thema auf, das wegen der Überalterung der Vereine und Vorstände sowie sinkender Mitgliederzahlen schon länger schwelt. Die Stichworte Ehrenamt, Jugend, neue Medien, geographische Entfernungen oder Vereine als Rechtspersonen zeigen die Komplexität der Frage auf, von konkreten Problemen wie Mieten, Heizkosten oder immer komplizierteren Antragsformularen ganz zu schweigen. Eine Frage, die mehrfach im Raum stand, war dabei eine mögliche Fusion mancher Vereine.

Aus der Versammlung heraus fand sich eine sechsköpfige Arbeitsgruppe zusammen, die das Votum der Anwesenden erhielt und ein Konzept erstellen soll, das insbesondere auch strukturelle Probleme angeht. Durch den intensiven Austausch blieb kaum Zeit für die Bekanntgabe der in diesem Jahr anstehenden Projekte der LO. Insbesondere Grigat sah das aber nicht so eng: „Wenn man sich für ein Thema engagiert oder engagieren will, muss man dafür brennen.“ Und dieses Brennen sei in der Diskussion deutlich zu spüren gewesen, so der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Schlusspfiß für die Tagung, Anpfiß für die Arbeit der Arbeitsgruppe, Startsignal für eine bessere Zukunft.

KÖNIGSBERG

40 Jahre orthodoxe Kirche im nördlichen Ostpreußen

Anlässlich des Jubiläums hielt Kyrill I., das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, einen Festgottesdienst ab

Ende April fand in Königsberg eine Feier zum 40-jährigen Bestehen der Orthodoxie im westlichsten Teil der Russischen Föderation statt. Die Feierlichkeiten begannen mit einer Göttlichen Liturgie in der Christ-Erlöser-Kathedrale, zu der zahlreiche Gemeindeglieder und Vertreter des Klerus der Königsberger Metropole kamen. Anschließend wurde in der Nähe der Kathedrale eine thematische Fotoausstellung eröffnet, die den historischen Weg der Orthodoxie in der Region zeigte. Besonderes Augenmerk wurde auf die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) bei der Wiederbelebung des religiösen Bewusstseins im Königsberger Gebiet gelegt.

Gouverneur Alexej Besproswannych dankte der ROK für ihren Einfluss auf das kulturelle und moralische Leben in der Region. Er lobte die Arbeit des Klerus und betonte die besondere Bedeutung der Unterstützung der Teilnehmer an der militärischen Sonderoperation, wie der Krieg gegen die Ukraine in Russland genannt wird.

Der derzeitige Patriarch Kyrill I. von Moskau und ganz Russland war vor seiner Berufung zum Patriarchen 2009 Bischof

von Smolensk und Administrator der orthodoxen Diözese Königsberg, wo es allerdings seit der russischen Eroberung 1945 gar keine orthodoxe Kirchengemeinde gab. Erst 1985 wurde die Juditter Kirche nach dem heiligen Nikolaus von Myra orthodox-

geweiht. Zum 40. Jubiläum der Eröffnung der ersten orthodoxen Gemeinde im Königsberger Gebiet gratulierte Kyrill den Geistlichen und Laien der Region. „Im fernsten Jahr 1985 durften die von geistlichem Durst geplagten Königsberger endlich eine

orthodoxe Gemeinde eröffnen, und in der Folge wurde das alte, baufällige Gebäude der Kirche in Juditten zu einem prächtigen Tempel zu Ehren des Heiligen Nikolaus von Myra.“ Erstaunlich dabei war, dass Kyrill den Ort Juditten auf Deutsch wiedergab. Die Kirche von Juditten gilt als „Mutter der Kirchen von Königsberg“, da sie als ältester Kirchenbau der Region gilt. Die im 13. Jahrhundert erbaute Kirche war zunächst eine katholische Ordenskirche, dann eine lutherische Pfarrkirche und ist jetzt eine orthodoxe Klosterkirche.

Der Patriarch, der nach wie vor an der Spitze des Königsberger Metropolitanats steht, erinnerte daran, „mit welchem Enthusiasmus die Gläubigen an der Restaurierung dieser Kirche arbeiteten und mit welcher Ehrfurcht sie ihre Einweihung erwarteten“.

Kirche als patriotische Kraft gefragt

Seit 1985 sind in der Region Königsberg zwei orthodoxe Diözesen sowie mehr als 200 Kirchen und Kapellen neu eröffnet worden, drei Klöster, ein orthodoxes Gymnasium und Kindergärten wurden gegrün-

det. Das Hauptereignis zum Jahrestag war neben der feierlichen Liturgie in der Christ-Erlöser-Kathedrale der Beitrag religiöser Organisationen zur Aufrechterhaltung des patriotischen Geistes. Metropolitan Seraphim von Pillau und Rauschen nahm vom Regionsoberhaupt Besproswannych die Auszeichnung „Orden für Verdienste um das Königsberger Gebiet“ entgegen. Der Gouverneur dankte den Geistlichen für ihre „aktive Beteiligung an der Unterstützung des Militärs und betonte die Notwendigkeit, orthodoxe Traditionen zu bewahren, um neue Generationen von Russen zu erziehen“. Auf das Aufbauwerk des orthodoxen Elisabethenordens, der auf die Zarinsschwester, die orthodoxe Heilige und Großfürstin Elisabeth von Hessen-Darmstadt (1864–1918) zurückgeht, in der Region, wurde nicht eingegangen. Diesem orthodoxen Frauenorden, der heute auch an vorderster Heimat-Front bei den Kriegsanstrengungen beteiligt ist, ist es eigentlich zu verdanken, dass das Christentum nach 40 Jahren Kirchenverbot in dieser Region wieder Fuß fassen konnte.

Bodo Bost



Gilt als „Mutter der Kirchen von Königsberg“: Juditter Kirche

Bild: Shutterstock

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Schmidt, Elsbeth, geb. Lange, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bruns, Erna, geb. Wieberneit, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Klein, Charles N., aus Lyck, am 20. Mai

Rogge, Else, geb. Kannenberg, aus Treuburg, am 16. Mai

Scharf, Käte, geb. Habacker, aus Stempelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Schulz, Franz, aus Altdamm, Kreis Wehlau, am 22. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai

Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai

Jellonnek, Margarete, geb. Sobolewski, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai

Madle, Ursula, geb. Zuehlsdorff, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Mai

Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Christiansen, Doris, geb. Matschulat, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 16. Mai

Wienand, Anneliese, geb. Grundmann, aus Mohrunen, am 20. Mai

Zniniewicz, Renate, geb. Schwarz, aus Kuppen, Kreis Mohrunen, am 17. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Höcker, Kurt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Mai

Lassek, Hubert, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 19. Mai

Neumann, Hildegard, geb. Melza, aus Langheide, Kreis Lyck, am 21. Mai

Riedel, Helga, geb. Klein, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 17. Mai

Sailer, Erna, geb. Ring, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Mai

Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai

Schuppenies, Helmut, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 18. Mai

Wendel, Christa, geb. Genuschkat, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. Szybalski, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 17. Mai

Meyer, Hans, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 22. Mai

Patz, Gertrud, geb. Siegmuns, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai

Ramm, Gerda, geb. Aukthun, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 18. Mai

Rogowski, Helmut, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Zeil, Hildegard, geb. Dahlmann, aus Neidenburg Schloßgut, am 21. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Christoleit, Gerda, geb. Wenzel, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 22. Mai

Kosmowski, Hans-Georg, aus Alenbourg, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Maerz, Frieda, geb. Schröter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. Mai

Rekowski, Frieda, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai

Sawicki, Hildegard, geb. Sdorra, aus Sorden, Kreis Lyck, am 20. Mai

Tubenthal, Barbara, geb. Kirsten, aus Treuburg, am 18. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baumgarten, Waltraud, geb. Kulschewski, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Mai

Blankenstein, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai

Burghardt, Siegfried, geb. Iwanek, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

Funk, Ingelore, geb. Preuß, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Mai

Kitzki, Ruth, geb. Lamowski, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 16. Mai

Krüger, Agnes, geb. Niekuski, gesch. Bansleben, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Lueth, Christel, geb. Rydzewski, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. Mai

Nüchtern, Waltraud, geb. Schmidtke, aus Silberbach, Kreis Mohrunen, am 22. Mai

Olias, Wilhelm, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Mai

Schleg, Anni, geb. Kowalewski, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. Mai

Skowron, Georg, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. Mai

Trinker, Elfriede, geb. Settmann, aus Ribnitz, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 16. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Berwein, Willi, aus Ortelsburg, am 21. Mai

Buttgereit, Harry, aus Seedrancken, Kreis Treuburg, am 18. Mai

Daumann, Heinz, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 16. Mai

Deiwick, Erich, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 16. Mai

Erdmann, Edeltraut, geb. Gollub, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 18. Mai

Esser, Ingeborg, geb. Petrowitz, aus Lyck, am 21. Mai

Janz, Manfred, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 17. Mai

Krause, Inge, geb. Dzikowski, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 20. Mai

Pohl, Brigitte, geb. Weber, aus Lyck, am 20. Mai

Pomarolli, Brigitte, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, am 17. Mai

Reichentrog, Ilse, geb. Brosius, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 18. Mai

Schwalm, Reinhold, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 21. Mai

Slopianka, Frank, aus Lyck, am 21. Mai

Wischniewski, Kurt, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 17. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Broja, Erika, geb. Derwel, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 17. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo



Cahnbley, Renate, geb. Wulf, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Mai

Dietzek, Günter, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 18. Mai

Dörper, Waltraud, geb. Rogowski, aus Sentken, Kreis Lyck, am 17. Mai

Flick, Dora, geb. Assmann, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 16. Mai

Hasenbank, Elfriede, geb. Golub, aus Lyck, am 22. Mai

Herschbach, Rita, geb. Weber, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 20. Mai

Hiebendahl, Charlotte, geb. Gosling, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 18. Mai

Hoffmeister, Werner, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 18. Mai

Krispin, Kurt, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 21. Mai

Lapschies, Horst, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 18. Mai

Will, Ernst, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Czycholl, Rosemarie, aus Wilenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai

Gotthard, Gertrud, geb. Lange, aus Gutenfeld, Siedlung, Kreis Samland, am 18. Mai

Huwe, Hartmut, aus Treuburg, am 18. Mai

Jung, Ingrid, geb. Bendig, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 17. Mai

Oberpichler-Schouten, Helen, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 20. Mai

Rehbein, Waltraud, geb. Lach, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 20. Mai

Roschu, Herta, geb. Günther, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 21. Mai

Schmikat, Renate, geb. König, aus Wehlau, am 22. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Molks, Dietmar, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Masuhr, Gundula, geb. Graap, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 18. Mai

Matthes, Elke, geb. Naumann, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 19. Mai

Moers, Dr. Edelgard, geb. Sarbok, aus Wolfengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai

Oesterle, Reinhold, aus Rheinbach, am 20. Mai



Forum Baltikum – Dittchenbühne

Dienstag, 27. Mai: Tagesausflug der „Dittchenbühne“ zum dänischen Flüchtlingsmuseum in Oksbøl. Mitreisende sind herzlich willkommen. Das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ führt eine Tagesfahrt im modernen Reisebus ins dänische Oksbøl an der Westküste Jütlands durch. Dort wurde in der Endphase des Zweiten Weltkriegs von Deutschland und dann in den Jahren bis 1949 von Dänemark ein Lager für Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches betrieben.

Insgesamt 250.000 Deutsche lebten damals als Flüchtlinge in Dänemark – bis zu 36.000 davon in dem stacheldrahtbewehrten Barackenlager Oksbøl. In ihm entstand eine eigene Verwaltung mit Bürgermeister, Lagerpolizei, Schulen und einem kleinen Theater. Unter den dort Lebenden war auch der ostpreußische Schriftsteller Walter Scheffler (16. September 1880 – 17. April 1964), der dort die „Gesänge hinterm Stacheldraht“ schrieb.

Erst 1947/1948 konnte die dänische Regierung erreichen, dass die vier Alliierten in ihren Zonen bestimmte Kontingente der Flüchtlinge aufnahmen. Im Februar 1949 verabschiedete der Koldinger Bürgermeister die letzten Heimatvertriebenen auf dem dortigen Bahnhof.

In Oksbøl befindet sich heute das Ziel der Tagesreise des „Forums Baltikum – Dittchenbühne“: das Museum „Flugt – Refugee Museum of Denmark“, Dänemarks neues internationales Museum für Flüchtlingsgeschichte. Es wurde im Juni 2022 eröffnet. Auf seiner Internetseite, <https://flugtmuseum.dk/de/>, heißt es: „Das Museum soll die – für viele – unbekanntere Geschichte des größten Flüchtlingsstroms erzählen, den Dänemark je erlebt hat – zugleich aber auch die Geschichte der vielen Flüchtlinge, die während der Nachkriegszeit zu uns ins Land gekommen sind.“ Im Museum „Flugt“ sollen aus Zahlen Menschen werden. Und: In ihm „sollen die universellen Problematiken, Gefühle und vielen Nuancen dargestellt werden, die mit dem Leben auf der Flucht verbunden sind – gestern wie heute.“

Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forums Baltikum – Dittchenbühne“, unter Telefon (04121) 89710 der unter E-Mail: buer@mittchenbuehne.de.

Viele weitere Termine des „Forums Baltikum – Dittchenbühne“ sind unter Internet: www.dittchenbuehne.de einsehbar, zum Beispiel:

Freitag, 20. Juni, 19 Uhr, Forum Baltikum-Dittchenbühne e.V., Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn: Premiere des Stücks „Johannisfeuer“, ein Schauspiel von Hermann Sudermann, Regie: Raimar Neufeldt. Weitere Vorführungen des Stücks finden am 22. Juni, 16 Uhr, 29. Juni, 16 Uhr, 6. Juli, 16 Uhr, 28. September, 16 Uhr und zum vorerst letzten Mal am 5. Oktober, 16 Uhr statt.



Dänisches Flüchtlingsmuseum Oksbøl

Bild: Forum Baltikum

Zusendungen für die Ausgabe 22/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 22/2025 (Erstverkaufstag 30. Mai) bis spätestens **Dienstag, den 20. Mai**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rins@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376 E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Preußische Tafelrunde
Pforzheim – Mittwoch, 21. Mai, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim: 153. traditionsreiche Preußische Tafelrunde. Anmeldungen und weitere Informationen über die E-Mail: Preussische-Tafelrunde@web.de.



Hessen
Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Dokumentationszentrum
Wetzlar – Dienstag, 20. Mai, 11 Uhr, Senioren-Residenz Casino Wetzlar, Kalsmuntstraße 68: Neues vom Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Berlin, Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer. *Kuno Kutz*

Kurische Nehrung
Wiesbaden – Sonnabend, 17. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Die Kurische Nehrung im Wandel der Jahreszeiten – eine filmische Wanderung. Die Kurische Nehrung gehört zu den sonderbarsten Schöpfungen der Natur. Der Film zeigt die einzigartige Landschaft im Wechsel zwischen Frühling und Winter, untermalt mit stimmiger Musik. Bis zur Filmvorführung ist genü-

gend Zeit für Gespräche bei kostenfreiem Kaffee und Kuchen. Bringen Sie bitte auch Freunde und Gäste zu beiden Veranstaltungen mit.

Essen à la carte
Wiesbaden – Donnerstag, 22. Mai, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 16. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Neue BdV-Kulturreferentin
Wiesbaden – Seit dem 1. April ist Ann-Kathrin Hartenbach neue Kulturreferentin des Landesverbands Hessen im Bund der Vertriebenen (BdV). In dieser Funktion verantwortet sie die Konzeption, Planung und Umsetzung kultureller Projekte zur Sichtbarmachung der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler in Hessen.

Hartenbach bringt umfangreiche Erfahrungen aus der Kulturarbeit, dem Journalismus und dem Projektmanagement mit. Nach ihrem Studium der Kunstgeschichte und Projektmanagement, ihrer Selbstständigkeit und ihrer Tätigkeit als Innovationsmanagerin beim Evangelischen Dekanat Wiesbaden übernimmt sie nun die Kulturarbeit auf Landesebene – mit einem klaren Fokus auf Bildung, Teilhabe und Erinnerungskultur.

„Ich freue mich sehr auf die Aufgabe, die vielfältigen Perspektiven der Vertriebenen und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in den gesellschaftlichen Dialog zu bringen“, so Hartenbach, und weiter: „Gerade in einer Zeit, in der Fragen von Herkunft, Identität und Zusammenhalt wieder verstärkt diskutiert werden, braucht es Räume, in denen Geschichte erfahrbar wird und Zukunft gemeinsam gedacht werden kann.“

Der BdV Hessen heißt Ann-Kathrin Hartenbach herzlich willkommen und freut sich auf eine engagierte, kreative und inspirierende Zusammenarbeit.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.

Franz-Werfel-Menschenrechtspreis
Frankfurt – Am 1. Juni wird in der Frankfurter Paulskirche ein Zeichen gesetzt: Dr. Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew und internationale Symbolfigur für Standhaftigkeit und Menschenrechte, erhält den renommierten Franz-Werfel-Menschenrechtspreis des Zentrums gegen Vertreibungen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein.

Die Preisverleihung würdigt Klitschkos Einsatz für Demokratie, Freiheit und die Würde des Menschen in Zeiten großer Not. Als Bürgermeister einer vom Krieg schwer getroffenen Stadt zeigt er beispielhaft, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen und für die Rechte der Menschen einzutreten.

Der BdV Hessen wird bei der Preisverleihung vor Ort vertreten sein und unterstützt die Auszeichnung von Klitschko aus Überzeugung. Die feierliche Veranstaltung wird musikalisch durch das Streicherensemble Brunner begleitet. Empfangen wird Klitschko durch Redner wie den Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius und den Oberbürgermeister von Frankfurt am Main Mike Josef.

Zentrum gegen Vertreibung

BdV-Podcast „Culture To Go“
Wiesbaden – Der BdV-Podcast „Culture To Go“ startet mit einer spannenden ersten Folge ins Jahr. Im Mittelpunkt der Episode stehen zentrale Fragen nach Heimat, Integration und dem zukunftsorientierten Handeln des BdV Hessen, in Zusammenarbeit mit der

hessischen Landesregierung. Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl vom Februar 2025 werden zudem Wünsche, Anregungen und Programme der Landespolitik für Heimatvertriebene, Spätaussiedler und den BdV thematisiert.

Für dieses Jahr sind sechs weitere Folgen geplant. Ende Mai bis Anfang Juni soll in der nächsten Ausgabe ein Blick hinter die Konzeption der neuen Dauerausstellung „Flucht und Vertreibung“ im Freilichtmuseum Hessenpark gegeben werden. Den Monat darauf wird die Geschichte des Lernorts Maisbornweg in Gießen Thema sein.

BdV Hessen

Bilddatenbank des BdV
Wiesbaden – Der BdV Hessen bietet um Unterstützung zur Bereitstellung von relevanten Bild- und Videomaterialien.

Seit mehreren Wochen sammelt das Referat für Öffentlichkeitsarbeit des BdV Hessen allerlei Bilder von Erinnerungsorten, Veranstaltungen, Familiengeschichten und Ausstellungen, um Landsmannschaften, Partnerorganisationen und Interessierten die Grundlage zur zeitgemäßen und visuell ansprechenden Mitgliederwerbung zu ermöglichen. Mit Blick auf die Gestaltung von Werbemitteln und ansprechenden Designs, bitten wir um Hilfe und Bereitstellung von Bildern. Nehmen Sie dafür gerne Kontakt zu uns auf und senden Sie uns Ihre Lieblingsfotos, oder Videos zu.

Kontakt für Rückfragen: Fabian Hilzinger, Referent für Presse & Öffentlichkeitsarbeit, Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V., E-Mail: f.hilzinger@bdv-hessen.de.

Europawochen in Hessen
Wiesbaden – Die europäische Idee feiert Geburtstag. Bis zum 31. Mai finden die bundesweiten Europawochen unter dem Motto #wirfeierneuropa statt. Anlässlich des 75. Jubiläums der Schuman-Erklä-

Kulturzentrum Ostpreußen



Vom 17. Mai bis zum 13. Juli, „Flucht der Pferde. 80 Jahre Evakuierung Trakehnens. Das Kulturzentrum Ostpreußen eröffnet am Sonnabend, 17. Mai, 14 Uhr, die Ausstellung mit einer Einführung der Kuratorin der Ausstellung Martina Kerl, Autorin und Filmemacherin. Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene spricht als Schirmherrin der Ausstellung ein Grußwort, nach der Begrüßung durch Gunter Dehnert, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Um eine Anmeldung wird gebeten unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Trakehner Pferde sind deutschlandweit, ja weltweit bekannt. Man assoziiert mit ihnen eine edle Pferderasse, die heutzutage im internationalen Reitsport

eine prominente Rolle einnimmt. Den wenigsten Menschen allerdings ist die dramatische Geschichte bekannt, die sich im Kriegswinter 1944/45 für Menschen und Tiere abspielte, als Preußens Hauptlandesgestüt evakuiert werden musste.

Kulturzentrum Ostpreußen
 Schloßstraße 9, 91792 Ellingen
 Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10-12 und 13-17 Uhr



rung, wird europaweit die Bedeutung von Frieden, Zusammenhalt und europäischer Integration hervorgehoben. Selfie-Challenges und Europabusse sollen auch in der breiten Bevölkerung auf die Arbeit der EU aufmerksam machen.

Das Deutsch-Europäische Bildungswerk in Hessen e.V. (DEBWH), eine Unterorganisation des BdV Hessen und Mitglied im Europanetzwerk Hessen, beteiligt sich mit grenzüberschreitenden Seminaren und fördert Begegnungen. Für das DEBWH ist der Dialog über gesellschaftliche und verdingungspolitische Fragen und die europäische Verständigung elementarer Bestandteil der Aufgaben. Die Auseinandersetzung mit Themen wie Flucht, Vertreibung und Integration, die im Fokus des BdV stehen, sind auch zentrale Anliegen der europäischen Erinne-

rungskultur und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. *BdV Hessen*



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Operettenmelodien
Dresden – Dienstag, 20. Mai, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Fröhliche Operettenmelodien aus der Heimat. *Edith Welnitz*

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Tag der Heimat

Zwickau - Mittwoch, 21. Mai, 15 bis 17 Uhr, Hölderlinstraße 1: Tag der Heimat.

Bartenstein

Kreisvertreter: Elard von Gottberg, Dorfstraße 10, 39291 Ziepel, E-Mail: Elard.gottberg@gottberg-logistik.de

Heimattreffen

Steimbke - Freitag, 5. September, bis Sonnabend, 6. September, Hotel zur Post, Stöckers Straße 4, Telefon (05026) 357, E-Mail: info@hotelzurpost-steimbke.de

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, E-Mail: james-herbert.lundszen@t-online.de

Drei-Kreise-Treffen

Weimar - Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Jugend- und Kul-

turzentrum mon ami, Goetheplatz 11, 99423 Weimar: gemeinsames Treffen der Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V., der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V. und der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

Das Programm ist abwechslungsreich und wird von einer Mittagspause in der Zeit von 11.30 bis 13 Uhr unterbrochen. Zum Mittagessen werden nach derzeitiger Planung zwei Gerichte angeboten, am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen.

Die Organisatoren freuen sich auf viele Landsleute und Gäste. Eine rege Beteiligung trägt dazu bei, dass derartige Veranstaltungen eine Zukunft haben.

James-Herbert Lundszen

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de

35-jähriges Bestehen

Heydekrug - Sonnabend, 31. Mai, 12 Uhr, Traksedziai, Tradiciju Straße 4: Feier zum 35-jährigen Bestehen des Vereins Heide.

lichkeiten finden in dem roten Gebäude am Kreisverkehr vor Heydekrug statt, in dem im letzten Jahr auch die Weihnachtsfeier stattfand.

Frühlingstreffen

Düsseldorf - Sonnabend, 14. Juni, 15 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, 4. Etage, Raum 412, Ostpreußen, Bismarckstraße 90: Frühlingstreffen der Memellandgruppe.

Bibliotheksjubiläum

Memel - Zum 75-jährigen Bibliotheksjubiläum überreichte Uwe Jurgsties, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V., ein exklusives Geschenk, und zwar eine historische Postkarte zur Erfassung der Resi-



Erhält Postkarte von Uwe Jurgsties (AdM): Jurga Bardauskienė

denz von Hermann Gerlach. Dies ist das älteste bekannte Bild dieses Gebäudes. Die Postkarte wurde vor 1905 herausgegeben und ist die Einzige, die Hermann und Marie Gerlachs Kutsche am Eingang zeigt.

„Wir sind unseren langjährigen Partnern - AdM Society, mit denen wir seit 14 Jahren in Freundschaft und Zusammenarbeit verbunden sind, aufrichtig dankbar!“, so die Leiterin der Abteilung für Lokalgeschichte und Digitalisierung der Öffentlichen Bibliothek Ieva Simonaitytė, Jurga Bardauskienė.

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stenweilerstraße 35, 66564 Otweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, GSt.: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Regionaltreffen und MV

Hamm-Westtinnen - Sonntag, 25. Mai, 10 Uhr, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim Schützenverein West-



Zeigt die Kutsche der Gerlachs: überreichte Postkarte Bild: AdM

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include words like 'Bann, Verfehmung', 'Rauchfang, Schornstein', 'Gesellschaftsanzug', 'Zeitmesser', 'zerlegen, zertrennen', 'Stadt in Süditalien', 'bargeldloser Zahlungsverkehr', 'belauschen, überhören', 'sizilianischer Vulkan', 'ein Balte', 'dürftig, karg', 'böse, schlimm', 'Gefäß mit Henkel', 'letztliche Hauptstadt', 'österr. Abteil. an der Donau', 'Musik: Tongeschlecht', 'Korankapitel', 'Laubbaum, Buchengewächs', 'Wassermarder', 'dezent, feinfühlig', 'Stift zum Kennzeichnen', 'Handarbeitstechnik', 'Bestand, tatsächlicher Vorrat', 'europäischer Staat', 'eine Zahl', 'südamerikanischer Tee', 'Ausgabe, Auskunft', 'Versehen, Fehler', 'Handarbeitstechnik', 'engl. Adelstitel: Graf', 'kleiner Sprung (ugs.)', 'Fluss zum Rhein', 'lieber, wahrscheinlicher', 'geordnete Flucht', 'franz. Komponist (Maurice)', 'Halbinsel Vorderasiens', 'römischer Kaiser', 'Segelbefehl', 'dt. Schauspieler: ... Elsner', 'Kfz-Zeichen Olpe', 'Papstname', 'Feuerkröte', 'Auto mit klappbarem Verdeck', 'Abschnitt der Woche', 'span. Maler (Francisco de)', 'unterirdischer Raum', 'Akten-sammlung', 'Vorwölbung oder Vertiefung', 'griechischer Liebesgott', 'Ballade von Bürger', 'Wurf-, Sportgerät', 'unverfälscht', 'Signalfarbe', 'das Ich (lateinisch)', 'Krach machen', 'eng-lische Prinzessin', 'Nachlassempfänger', 'Zugmaschine (Kurzwort)', 'hinterer Teil des Fußes, Hacke', 'Lufttrübung', 'ein Tasteninstrument spielen', 'Beste, Siegerin', 'Herrscherstuhl', 'Reiseweg', 'Tätigkeit; Wirkungsweise', 'greiser griech. Sagenkönig', 'Kfz-Zeichen Hansestadt Rostock', 'munter, lebhaft', 'Dreimannkapelle', 'Greisin', 'Nacht-mahr', 'Hab-, Raff-sucht', 'historische Provinz Irlands', 'Dresch-abfälle', 'Ort, Platz', 'Freude; Sinnlichkeit, Verlangen', 'deutsch-franz. Maler (Max)', 'Feld-ertrag', 'Braut', 'Kuh-antilope', 'metallhaltiges Mineral', 'ausführen, verrichten', 'Übrig-gebliebenes', 'Fremd-wortteil: fern', 'elektr. geladene Teilchen', 'poetisch: Adler', 'über-menschliches Wesen', 'mexikanischer Brantwein', 'von geringer Länge', 'rissig, uneben', 'Abwasser-leitung; Deich-schleuse', 'koffein-haltiges Kalt-getränk', 'äußerste Armut', 'elektronische Anlage, Computer'.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

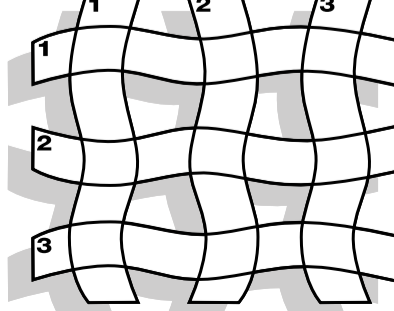
A crossword puzzle grid with letters in the cells instead of questions. The letters are: AOT, AAGG, ACOR, AEGL, AELLR, EFRU, AGIMO, ABLMU, EMS, EGLLR, FIS, EEEGL, ACM, ABER, MOR.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Land, Landschaft (poet.).

A crossword puzzle grid with words in the corners and a central word. The words are: 1. TUER, 2. HAND, 3. SAHNE, 4. LAMM, 5. ALPEN, 6. BIO, 7. SKI, TON, HOLZ, OEL, LOS, DUFT, MENGE, SPITZE.

Magisch



Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm. 1 Wohnraum auf dem Schiff 2 Gewürz, Gelbwurzel 3 kleines Endstück (Zigarre)

ANZEIGE

Obituary notice for Günter Schoen. Text: Keine Tränen, keine Klagen bringen Dich zu uns zurück, mit Dir so lang gelebt zu haben, war für uns das größte Glück. Günter Schoen * 27.6.1927 Groß-Warkallen † 15.4.2025 Ratingen. In großer Trauer und tiefer Dankbarkeit haben wir Abschied genommen und werden Dich nie vergessen, so wie Du Deine Heimat stets im Herzen getragen hast. Familie Schoen und Familie Alshut. Gemeinsam haben wir Deine geliebte Heimat Masuren (Paßdorf am Mauersee, Kreis Angerburg) vielfach besucht. Die Trauerfeier fand mit anschließender Beisetzung am 24.04.2025 in Ratingen statt.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buch- und Versand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Ostpreußenreise 2026

Pr. Eylau - Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Heimatkreisgemeinschaften

Den Auftakt macht dabei der Besuch von Thorn an der Weichsel mit seiner weitgehend erhaltenen mittelalterlichen Altstadt, die insgesamt Teil des UNESCO-Welterbes ist.

Danach geht es weiter zum Besuch der Marienburg, dem einstigen Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens und damit das Zentrum des mächtigen mittelalterlichen Ordensstaates. Ihre Größe und die Raffinesse ihrer Architektur beeindruckt bis heute alle Besucher der mächtigen Burganlage.

Bei Elbing steht die Erkundung des Drausensees bei einer Schiffsfahrt auf dem Programm, der zu dieser Reisezeit sicher von blühenden Seerosen und Mummeln bedeckt sein wird. Weiter geht es an den Oberländischen Kanal. Nachdem bei früheren Reisen der Kanal mit dem Schiff befahren wurde, wird nun ein Maschinenhaus, die ingenieurtechnische Meisterleistung der Anlage, kennengelernt.

In dem Hotel „Taberbrücker Kiefern“ ist die Übernachtung vorgesehen.

Beim Besuch der Ermländischen Hauptstadt Allenstein ist neben der Stadtführung ein weiterer Höhepunkt ein Besuch der „Stiftung Borussia“. Die Stiftung ist 1990 gleich nach der Wende entstanden, als es endlich für polnische Intellektuelle, Literaten, Kulturhistoriker möglich war, über die multikulturelle Vergangenheit der Region, die vorher in der Republik Polen hartnäckig als „wiedergewonnene Gebiete“ dargestellt wurde, zu sprechen. Die Gesellschaft engagiert sich für den Dialog zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland und hat zu den Themen der „Grenzländer“ mehrere Bücher herausgegeben. In Europa wurde sie mit zahlreichen Preisen für ihre Tätigkeit ausgezeichnet. Die Stiftung hat ein in Allenstein einmaliges historisches jüdisches Ritualgebäude zum Sitz - Bet Tahara.

Für die kommenden beiden Nächte ist eine besondere Unterkunft vorgesehen: das Gut und Gestüt Gallingen. Das erste Schloss an dieser Stelle wurde schon im Jahre 1589 für Freiherrn Botho zu Eulenburg erbaut. Über die Jahrhunderte wurde die Anlage mehrfach umgestaltet und erweitert. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gehörte das Majorat Gallingen zu einem der größten Landgüter der Region. Das jahrzehntlang vernachlässigte Schloss wurde 1996 als Ruine zusammen mit dem Vorwerk von den heutigen Besitzern gekauft und über Jahre mit großem Aufwand restauriert.

Von hier aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im südlichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Bei der letzten Reise war dies ein sehr schöner Tag. Danach geht es weiter nach Osten, nach Masuren, in das „Land der großen Seen und dunklen Wälder“. Hier werden die Reisetilnehmer besonders den äußersten Süden Ostpreußens mit Johannisburg und der Johannisburger Heide erkunden.

Eine Schiffsfahrt auf den miteinander verbundenen Seen bei Rudzanny/Ruciane Nida und eine Staken-Bootfahrt auf dem wohl malerischsten Flüsschen Masurens, der Kruttinna, stehen auf dem Programm.

Zünftig wird es beim Besuch eines masurischen Pferdehofes mit deftigem Abendessen, Folkloremusik, und sicher wird es auch einen Wodka dazu geben.

Schon wieder Richtung Heimat geht die Reise zur Frischen Nehrung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder.

Ein Höhepunkt am Ende der Reise wird der Besuch von Danzig sein. Die mehr als 1000-jährige Hansestadt hat viel zu bieten. Die nach großen Zerstörungen prächtig restaurierte Altstadt beeindruckt mit erhabenen Patrizierhäusern, hübschen kleinen Gassen mit Boutiquen und Cafés. Alles wird überragt von der mächtigen Marienkirche, einem der größten Backstein-Sakralbauten Europas. Sie sehen den Artushof, den früheren Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute mit dem Neptunbrunnen davor, die Frauengasse mit den für Danzig typischen Beischlägen, die heute meist kleine Schmuckläden oder urige Kneipen beherbergen, und an der Mottlau das große Krantor, eines der mächtigsten Hebewerke des Mittelalters. Anschließend bleibt noch genügend Zeit für eigene Unternehmungen. In der Danziger Altstadt gibt es neben historisch Wertvollem und Sehenswertem auch ein quirliges Nachtleben mit kleinen Bars, urigen Kneipen und trendigen Musikclubs zu entdecken.

Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Übernachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommerschen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst feststehen. Gerne werden detaillierte Reisebeschreibungen an alle Interessenten zugeschickt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@landkreis-verden.de.



Sensburg

Kreisvertreter kommissarisch: Falk Möllenhoff, Vahrer Straße 97, 28309 Bremen, Telefon (0421) 452841, E-Mail: f.moellenhoff@web.de. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Stinthenstwasserung

Remscheid – Sonnabend, 17. Mai, 11 Uhr, Teich an der Sperrmauer der Eschbachtalsperre: traditionelle Stinthenstwasserung, hierzu lädt die Kreisgemeinschaft Sensburg ein.

Die Kreisgemeinschaft freut sich, in diesem Jahr den Stinthenst wieder in sein angestammtes Element bringen zu können. Dafür hat die Stadt Remscheid einen kleinen Teich zu Füßen der Staumauer der Eschbachtalsperre zur Verfügung gestellt. Man gelangt dorthin über die Intzestraße. In Höhe der Mebusmühle befinden sich Parkplätze entlang der Intzestraße, von dort aus führen ausgeschilderte Wanderwege (etwa 350 Meter, der südöstliche auch für Rollatoren geeig-

net) durch eine Unterführung unter der Autobahn zur Staumauer. Zwischen der Unterführung und der Staumauer der Talsperre befinden sich der Teich und auch eine Festwiese für die Feier. Vom Bahnhof Remscheid fährt die Buslinie 672, Richtung Wermelskirchen, Haltestelle Talsperre/Mebusmühle).

Die musikalische Begleitung erfolgt durch den Remscheider Männerchor Germania. Die Kreisgemeinschaft freut sich auf eine rege Beteiligung. *Falk Möllenhoff*



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Uwe Jörg-Schmick, Niederwallstraße 13, 10117 Berlin, Telefon (0171) 7196434, E-Mail: ujs@mail.de, **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: koljanwanja@gmx.de

Drei-Kreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 bis 16 Uhr, Einlass 8.30 Uhr, Kulturzentrum mon ami, 99423 Weimar, Goetheplatz 11: Drei-Kreise-Treffen. Es ist eine Anmeldung erforderlich bei Barbara Fischer, E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de, Telefon (030) 6041054, Mobil (0170) 2925434, Internet: tilsit-stadtundland.de/weimar.

Ausgerichtet wird das „Drei-Kreise-Treffen“ von der Stadtgemeinschaft Tilsit in Zusammenarbeit mit den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung.

Geplant ist ein vielseitiges ostpreußisches Programm, das Raum für Besinnung und Begegnung lässt: Nach einem geistlichen Wort folgen Grußworte und eine Festrede. Anschließend erwartet die Gäste ein heiteres musikalisches Rahmenprogramm, unter anderem mit den beliebten „Ostpreußen-Brüdern“, das zum Mitsingen, Erinnern und Schmunzeln einlädt.

Während der Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr stehen Gerichte zur Auswahl, am Nachmittag werden Kaffee und Kuchen angeboten. Die gastronomische Versorgung erfolgt auf Selbstzahlerbasis. Anschließend folgt ein gemütlicher Ausklang im Saalcafé.

Der Eintritt ist frei, um eine freiwillige Spende wird gebeten. Es gibt einen barrierefreien Zugang, ein Aufzug ist vorhanden.

Die Teilnahme ist aufgrund der begrenzten Platzzahl nur für geladene und angemeldete Gäste möglich. Bitte anmelden bei Barbara Fischer, E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de oder Telefon (030) 6041054. *Uwe Jörg Schmick*



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wrister Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Drei-Kreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum mon ami,

Goetheplatz 1: Drei-Kreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten.

Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden auf Selbstzahlerbasis Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen.

Eine Anmeldung ist erforderlich, Barbara Fischer, E-Mail: weimar@tilsit-stadtundland.de, Telefon (030) 6041054, Mobil (0170) 2925434, Internet: tilsit-stadtundland.de/weimar. *Dieter Neukamm*



BdV-Bundesgeschäftsstelle

Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, Telefon (0228) 81007-0, Hauptstadtvertretung: Stresemannstraße 94, 10963 Berlin

Gedanken zum Gedenken

Bonn – Am 8. Mai 1945 endete mit der Kapitulation der Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Zum 80. Jahrestag erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

„Der 8. Mai 1945 war der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus – aber für viele kein Tag der Freiheit.“

Das Kriegsende markiert das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Das verbrecherische Regime, das mit Krieg, Terror und vor allem mit dem Holocaust unermessliches Leid über Europa gebracht hatte, wurde besiegt. In dieser Befreiung vom Nationalsozialismus wurzeln unser heutiges demokratisches Deutschland und das vereinte Europa.

Doch nicht für alle Menschen brachte dieser Tag auch die Freiheit. Rund 15 Millionen Deutsche

waren auf der Flucht oder wurden gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben – häufig unter dem Vorwand zukünftiger Konfliktvermeidung, tatsächlich aber aus Rache oder politischem Kalkül. Frauen wurden Opfer massenhafter sexualisierter Gewalt, viele Zivilisten zur Zwangsarbeit deportiert. Weit mehr als zwei Millionen Deutsche fanden durch Flucht und Vertreibung den Tod oder blieben bis heute vermisst.

Gleichzeitig gerieten viele Völker, darunter auch die Deutschen in der SBZ und DDR sowie die in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen, in den Einflussbereich der stalinistischen Sowjetdiktatur.

Der 8. Mai ist und bleibt ein wichtiger Tag des Gedenkens. Aber er darf nicht einseitig verstanden werden. Erinnerung braucht Wahrhaftigkeit und vor allem keine Schlussstrich-Debatten. Dazu gehört auch das Gedenken an die Opfer von Flucht, Vertreibung und kommunistischer Repression. Nur so entsteht eine vollständige, gerechte Erinnerungskultur.“

BdV-Bundesgeschäftsstelle



UdVA-Bundesgeschäftsstelle

Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon: (030) 22070-461, Internet: www.udva.cdu.de

Egon Primas zum 8. Mai

Berlin – Am 8. Mai auch an das Schicksal der Vertriebenen und Opfer kommunistischer Unrechtsregime erinnern. Zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges erklärt der Vorsitzende der Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU und CSU (UdVA), Egon Primas:

„Mit dem 8. Mai 1945 endete nicht nur ein furchtbarer Krieg, sondern auch eine Diktatur, die Deutschland ins moralische und politische Verderben geführt hat. Viele Millionen Opfer, vor allem Jüdinnen und Juden in der Shoah, mahnen uns, dass aus unserer Geschichte dauerhafte Verantwortung erwächst – für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde.“

Aber der 8. Mai war nicht für alle ein Tag der Befreiung. Für Millionen Deutsche bedeutete das Kriegsende den gewaltsamen Verlust ihrer Heimat, von Hab und Gut sowie von Sicherheit und Würde. Flucht, Vertreibung, Deportation, Massengewalt – das war die Realität für viele Zivilisten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den damaligen Sowjetrepubliken.

Als sich der Eisene Vorhang senkte, trennte er nicht nur Nationen voneinander, sondern auch Familien und Freunde – und schnitt Millionen Menschen den Weg in die Heimat ab. Daher bleibt es wichtig, daran zu erinnern, dass diktatorische Regime auch nach dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus fortbestanden – und dass besonders die Menschen in der SBZ und DDR, die heimatverbliebenen Deutschen und auch die innerhalb der Sowjetunion deportierten Russlanddeutschen darunter zu leiden hatten. Wer am 8. Mai „Befreiung“ sagt, muss auch von den Jahrzehnten bis zur politischen Wendezeit sprechen.

Als Union der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der CDU und CSU treten wir daher dafür ein, dass das Gedenken am 8. Mai auch das Leid der Vertriebenen, der Opfer kommunistischer Gewalt und der deutschen Minderheiten mit einbezieht. Eine ehrliche Erinnerungskultur kennt keine Auslassungen. Nur so wird aus Erinnerung Verantwortung – für alle.“ *PM UdVA*

PAZ wirkt!



Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen

Sonntag, 18. Mai, 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei: **Internationaler Museumstag im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und Brauereimuseum.**

Dienstag, 20. Mai, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **„Frei und gleich an Rechten“ – Menschenrechte in der Aufklärung und heute. Vortrag** mit dem Kant-Kurator Dr. Tim Kunze in der Reihe „Museum Erleben“. Die Rede von Menschenrechten ist heute politisch allgegenwärtig. Aber wie sind sie entstanden? Wie lassen sie sich philosophisch verstehen? Der Vortrag diskutiert zunächst den Entstehungskontext in der Aufklärungszeit und zeigt, wie sich der Diskurs in den letzten 200 Jahren weiterentwickelt hat. Halten die traditionellen Begründungsmodelle stand? Müssen die Menschenrechte in einer globalisierten Welt tatsächlich neu formuliert werden? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmel-

dung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 21. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt 7,- Euro: **1945, Lesung mit Volker Heise.** 1945, ein Jahr zwischen Katastrophe und Neuanfang. Die Deutschen schicken ein letztes Aufgebot an jungen und alten Männern in die Schlacht, die Alliierten rücken näher, Zivilisten sind auf der Flucht oder suchen im Trümmerfeld des Krieges Schutz. Im Mai ist der Krieg zu Ende, die Menschen kriechen aus den Ruinen, vor sich eine ungewisse Zukunft. Der Alltag geht weiter, aber die Welt ist eine andere. Heise legt eine atemberaubend erzählte Chronik vor, die das ganze Jahr 1945 umspannt, von Silvester bis Silvester. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, aber auch unveröffentlichtes Archivmaterial, darunter Augenzeugenberichte, erlauben eine einzigartige Perspektive. Stimmen, Beobachtungen und Geschichten werden zu einer großen Erzählung verwoben, die unterschiedlichsten Schicksale unmittelbar mitein-

ander verknüpft. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 22. Mai, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Origami Workshop, Kinderclub mit Iwona Krüger.** Die Kunst des Origami-Faltens hat eine lange Tradition vor allem in Japan und Korea. Auch bildende Künstlerinnen und Künstler drücken ihre Kreativität noch heute in der Origami-Kunst aus. Es gibt viele verschiedene Techniken und Stile des Faltens, von denen einige an diesem Nachmittag präsentiert werden. Der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

NATURPHÄNOMENE

Wild-wundersames Ostpreußen

Extreme Wetterlagen mit Schnee im Sommer, tobende Orkane, Heuschreckenplagen und „Wunderzeichen am Himmel“ sind typisch

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Eroberung des Preußen-Landes wurde aus Ostpreußen immer wieder über bemerkenswerte Naturphänomene berichtet. So herrschte im Winter 1322/23 grimmige Kälte. Ähnliche Verhältnisse gab es nachweislich in den Jahren 1709 und 1740, als die Ostsee jeweils bis Mai mit Eis bedeckt war und die Wachtposten in Königsberg reihenweise erfroren, sowie 1770/71, 1794/95, 1889/90, 1911/12 und 1928/29. Die niedrigste Temperatur registrierte man allerdings Anfang 1849. Damals fiel das Quecksilber bis auf minus 43,75 Grad Celsius. Manche Winter brachten zudem ungeheure Schneemassen, wie die von 1899/1900 und 1907/08. Damals musste die Stadt Königsberg satte 235.806 Mark für die Bäumung von 176.000 Kubikmetern der „weißen Pracht“ aufwenden.

Und dann waren da auch noch zwei überaus kalte Sommer: 1832 traten Nachfröste im Juli auf und 1871 schneite es Anfang Juni, was die Ernteerträge beide Male erheblich schmälerte. Das war kein Klimawandel – das war Ostpreußen pur.

Extreme Wetterlagen im Wechsel

Demgegenüber nahmen in anderen Jahren Hitze und Dürre überhand. 1427 fiel von Ostern bis in den August hinein kein einziger Tropfen Regen, während am 13. August 1868 in Ostpreußen eine Höchsttemperatur von 44,75 Grad Celsius im Schatten gemessen wurde. Sehr heiß geriet auch der Sommer 1912, weswegen es in den Königsberger Schulen 25-mal Hitzeferien gab. Manchmal führte die ungewöhnlich früh einsetzende Wärme sogar dazu, dass die Obstbäume zweimal blühten und Früchte trugen. Das passierte unter anderem in den Jahren 1506 und 1834. Und 1642 trafen die ersten Störche überraschenderweise schon Ende Januar ein. Weniger erfreulich waren hingegen



Stürme in Ostpreußen können schnell an Intensität zulegen und mutieren dann zum gefährlichen Orkan mit Windstärke 12: So wie hier an der Nordmole von Pillau, wo im Jahr 1915 aufgepeitschte Fluten den Signalturm unterspülten *Bild: akg-images/arkivi*

die Heuschreckenschwärme, welche die Region um Königsberg 1711 heimsuchten.

Diese tierische Invasion verstörte die Menschen ebenso wie das Auftauchen von „Wunderzeichen am Himmel“, bei denen es sich in aller Regel um Kometen, Polarlichter oder Sonnenfinsternisse handelte. Über „schröckliche“ Lichter am nächtlichen Firmament wurde beispielsweise 1572 und 1585 berichtet. Dazu kamen die „Cometstrahlen“ von 1577, 1680 und 1910, wobei in den letzteren beiden Fällen der Komet C/1680 V1 beziehungsweise der Halleysche Komet gesichtet wurden. Bemerkenswerte Sonnenfinsternisse traten wiederum in den Jahren 1706, 1766 und 1912 auf. Und für den 17. Mai

1706 melden die Chroniken, dass um elf Uhr vormittags fast völlige Dunkelheit geherrscht habe.

Flut im Königsberger Dom

Darüber hinaus wurde Ostpreußen von etlichen schweren Stürmen heimgesucht. Der schlimmste Orkan tobte am 17. Januar 1818 und verursachte einen Sachschaden von rund zehn Millionen Talern. Ihm fielen unter anderen 131 Kirchen und 37.000 andere Gebäude sowie 5736 Rinder, Pferde und Schafe zum Opfer. Gleichfalls dramatisch waren die Stürme, welche zunächst aus Südwest wehten und große Wassermengen in den Bottnischen und Finnischen Meerbusen drückten, wo-

durch reichlich Nordseewasser in die Ostsee nachlief, bevor der Wind dann plötzlich um 180 Grad drehte. Genau das löste einen „Badewanneneffekt“ aus, der zu kritischen Hochwasserlagen an der ostpreußischen Küste führte. Solche traten mehrfach zwischen 1304 und 1311 sowie 1497 und 1510 auf, wodurch der Schifffahrtsweg nach Königsberg zuerst versandete und hernach durch die Bildung des Pillauer Tiefs wieder frei wurde.

Beim nächsten großen sturmbedingten Hochwasser im Jahr 1620 stand der Fußboden des Königsberger Doms unter Wasser. Ähnliche Flut-Ereignisse spielten sich 1701, 1702, 1718, 1801, 1825, 1829, 1894, 1899 und 1914 ab.

Dazu kamen dann noch die Erdbeben! Ostpreußen zählt eigentlich nicht zu den geologisch aktiven Zonen unseres Planeten. Allerdings existieren hier dennoch strukturgeologische Nahtstellen infolge der Hebung des baltischen Raumes. Eine davon ist die Teisseyre-Tornquist-Zone im Übergangsbereich zwischen dem Baltischen Schild und dem östlichen Mitteleuropa, welche vom Unterlauf der Donau bis nach Skandinavien verläuft und auch Ostpreußen tangiert. Deswegen gab es dort in den letzten 700 Jahren sieben präzise bezeugte Erdbeben von teilweise beachtlicher Stärke.

Erhöhte Erdbebengefahr

Das erste ereignete sich am 8. August 1303 und wurde im „Chronicum Terrae Prussiae“ des Peter von Dusburg beschrieben, wobei der Ordensmann von drei schweren Erdstößen zur dritten Tagesstunde berichtete. Im Nachtrag zu diesem Geschichtswerk ist von einem weiteren Beben am 1. August 1328 die Rede, durch das unter anderem die vom Deutschen Orden errichtete Burg Christmemel einstürzte. Die nächsten Erdbeben fanden am 23. Oktober 1904, 1. Juni 1905 und am 30. Dezember 1908 statt. Beim letzten Mal konnten verschiedene Erdbebenwarten in Europa die Stärke der Erdstöße direkt über dem Bebenherd in Ostpreußen berechnen: Die Epizentralintensität lag hier bei 3,5 auf einer Skala, die bis zwölf reicht.

Danach herrschte fast einhundert Jahre lang trügerische Ruhe, bis es dann am 21. September 2004 um 13.05 und danach um 15.32 Uhr zu zwei weiteren Erdbeben kam, deren Epizentren jeweils in 40 Kilometern Entfernung von Königsberg lagen. Dabei erfolgten wiederum genaue Messungen. Diese ergaben, dass die Epizentralintensität nun immerhin 5,8 beziehungsweise 6,2 betragen hatte. Insofern birgt der geplante, aber 2018 vorerst gestoppte Bau eines Kernkraftwerkes im Königsberger Gebiet erhebliche Risiken.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Oberschlesisches Pantheon bleibt Deutschen weiter verwehrt

Schlesischer Erzbischof scheint historische Amputation der Region tradieren zu wollen

Das „Oberschlesische Pantheon“ in Kattowitz bleibt vorerst ohne Ehrung auch deutscher Persönlichkeiten. Das entschied dieser Tage der Programmrat des Pantheons. Der Dachverband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und die Bewegung für die Autonomie (Ober-)Schlesiens (RAŚ) legten separat Widerspruch ein.

Seit 2013 forcierte der Kattowitzer Erzbischof Wiktor Skworc seine Idee, ein Gedenkort für bedeutende Oberschlesier zu schaffen. Allerdings ging es dem im ober-schlesischen Bielschowitz [Bielszowice], einem Stadtteil Ruda [Ruda Śląska], geborenen Geistlichen von Anfang an nur um seine polnisch optierenden Landsleute. 2020 wurde sein Plan mit Geldern der Woiwodschaft Schlesien, des Warschauer Kultusministeriums sowie der Erzdiözese Kattowitz und Stadt Kattowitz umgesetzt.

Auf einer Fläche von mehr als 2000 Quadratmetern entstand eine Ausstellung, die ober-schlesischen Geistlichen, Gelehrten, Künstlern und Philanthropen sowie polnischen Aufständischen gewidmet ist. „Menschen, dank denen Oberschlesien immer moderner wurde“, heißt es auf der Internetseite des Pantheons. Als Sitz wurden die Katakomben der Kat-

towitzer Christkönigskathedrale gewählt. „Das Oberschlesische Pantheon ist eine Institution, die zugleich ein Denkmal der Rückkehr Oberschlesiens in den polnischen Staat ist, der nach 600 Jahren tschechischer, österreichischer und deutscher Herrschaft aus der Taufe gehoben wurde. Das Oberschlesische Pantheon wird die Geschichte Oberschlesiens anhand von Biographien von außergewöhnlichen Menschen darstellen. Denn eben sie – und nicht Kohle oder Stahl – sind der größte Schatz dieses Land“, heißt es.

Der VdG wandte sich bereits 2020 in einem Brief an den Kattowitzer Erzbischof und spricht von einer „Verzerrung der multikulturellen Geschichte der Region“. Zugleich schlug der VdG deutsche Oberschlesier vor, die einer Ehrung würdig wären. Ende April folgte nun seitens des Programmrates des Pantheons eine Ablehnung dieser Eingabe zu Persönlichkeiten, die laut VdG „dringend aufgenommen wären“. Darunter unter anderem der katholische Pfarrer und Reichstagsabgeordnete sowie Gegenspieler Adalbert (Wojciech) Korfantys, Karl Ulitzka, der Dichter Joseph von Eichendorff oder der Neurologe Ludwig Guttmann. Auch der Politiker Michael Graf von Matuschka,



Oberschlesisches Pantheon in den Katakomben der Kattowitzer Christkönigskathedrale zeigt amputierte Geschichte *Bild: Wagner*

der wegen seiner Beteiligung am Widerstand gegen Hitler hingerichtet wurde, oder Senator Eduard Pant, der sich gegen die Vereinnahmung der deutschen Minderheit durch den Nationalsozialismus einsetzte, der Nobelpreisträger Konrad Bloch aus Neisse [Nysa] geschweige denn Johann Kroll, Gründer der deutschen Minderheit in Gogolin [Gogolin], wurden ausgeschlossen. Die Begründung der Ins-

titution für die Ablehnung der deutschen Oberschlesier lautet, dass die genannten Persönlichkeiten nicht im relevanten Zeitraum (1918–2022) gewirkt und sich nicht explizit für das „Polentum Oberschlesiens“ eingesetzt hätten. Besonders letzteres kritisiert der VdG und fordert eine Änderung des Statuts oder eine Umbenennung des Oberschlesischen Pantheons. So, wie seine Ausstellung jetzt

konzipiert sei, entspräche sie nicht den modernen Konzepten der Erinnerungskultur.

Die RAŚ protestiert ebenfalls gegen das Pantheon in seiner jetzigen Form. RAŚ-Chef Henryk Myrcik sieht die Begründung des Programmrates als absurd an: „Es ist so, als würde man jemandem ein Bein amputieren und behaupten, dass er so besser laufen wird.“ Die Autonomisten fordern eine Programmmodifizierung. Sie weisen darauf hin, dass die Anwendung eines nationalen Auswahlkriteriums Persönlichkeiten mit unbestrittenen und universellen Verdiensten ausschließe und damit „in eklatantem Widerspruch zum Anspruch steht, die Region in ihrer ganzen kulturell-sozialen Vielfalt darzustellen“. In seiner derzeitigen Form sei das Oberschlesische Pantheon ein „Instrument einer anachronistischen und repressiven Geschichtspolitik, die die Vielfalt der Region nicht anerkennen und das Bild ihrer komplexen Vergangenheit verzerrt.“

Auffällig bleibt indes, dass deutsche Minderheit und RAŚ ihre Konkurrenz scheinbar nicht überwinden können und nicht mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit treten.

Chris W. Wagner

VERFASSUNG

Rügen inspirierte Bismarck

Putbusser Diktate des preußischen Ministerpräsidenten entstanden im Gartenhaus des Fürsten zu Putbus

VON TORSTEN SEEGERT

Eigentlich sollte Otto von Bismarck nach den Verhandlungen, die sich an den Deutschen Krieg, den zweiten Einigungskrieg, anschlossen, eine Auszeit an der Rivera nehmen, um sich zu erholen. Doch Bismarck entschied anders: Er begab sich am 26. September 1866 zu seinem Vetter nach Karlsburg in Pommern, wohin ihm seine Frau Johanna mit den Kindern zum Ferienbeginn folgte.

Da Johanna jedoch ihren Mann in einem beklagenswerten Zustand vorfand, beschloss man, am 6. Oktober nach Putbus auf die Insel Rügen zu fahren. Doch auch hier wurde die erste Nacht durch einen schweren Magenkrampf zur Qual. Außerdem waren das Quartier, an dem die Chaussee von Stralsund nach Mönchgut vorbeiführte, sowie das Rasseln der Kutschen und Fuhrwerke kaum zu ertragen.

So kam es, dass Fürst Wilhelm zu Putbus, der vom Aufenthalt Bismarcks erfahren hatte, ihm das noch heute existierende Gartenhaus als Quartier anbot, da eine Aufnahme im erst zu Weihnachten abgebrannten Schloss nicht möglich war. Johanna bemerkte dazu in Briefwechseln: „Wenn wir gesund wären, könnte es ein paradiesisches Dasein geben, ganz wie wir es uns geträumt.“

Erholung auf Rügen

Allmählich gelang es aber dem „klugen, guten und gemüthlichen Doktorchen“ Bismarck wieder seiner Genesung zuzuführen, sodass Spaziergänge im Putbusser Park und Ausfahrten in die Waldungen von Prora und Granitz möglich wurden. Wie schon fünf Jahre zuvor in Reinfeld diktierte Bismarck seiner Frau auch bald Briefe an die Minister und Räte.

Eines der Themen, die Bismarck bewegten: Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, der gerade im Werden war.



Das 1829 errichtete Gartenhaus des Fürsten zu Putbus: Heute ein gerne besuchtes Rosencafé mit interessanter Geschichte

Es mangelte dazu nicht an Vorschlägen zur Ausgestaltung, doch Bismarck waren diese beispielsweise zu „bundestäglich“ oder „einheitsstaatlich“. Er wollte einen Staatenbund, der eigentlich ein Bundesstaat war, und dessen Vertretung durch den Preußenkönig erfolgte.

Dazu sollte ein von allen Staaten beschickter Bundesrat neben der zu wählenden Volksvertretung Beschlüsse fassen, während diese der Genehmigung des Bundespräsidiums (Preußenkönigs) bedurften. Wir erkennen bereits die im November 1866 in Putbus durchdachte

Struktur, die bis heute ihre Wirkung auf Deutschland hat – niedergeschrieben in den „Putbusser Diktaten“.

Der Fürst Wilhelm zu Putbus, der sich der staatspolitischen Bedeutung des Inhaltes der „Putbusser Diktate“ Bismarcks bewusst war, ließ denn auch 1898 mit einer Gedenktafel am Gartenhaus des mehrwöchigen Aufenthaltes des späteren Reichskanzlers gedenken. Auf ihr konnten Gäste lesen:

„Hier in diesem Hause weilte als mein Gast vom 6. Oktober bis zum 1. Dezember 1866 Graf Bismarck, der spätere Reichs-

kanzler und Gründer des Deutschen Reiches.“

Auch heute wird im und am Gartenhaus dieses Aufenthaltes gedacht. Ein weiterer Zeitzeuge, der Bismarckstein, steht nur unweit des Hauses und erinnert an den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Die zu DDR-Zeiten abgeschliffene Inschrift ist dank Spenden wiederhergestellt worden.

Bismarck weilte mehrfach in Putbus. Bekannt sind als Aufenthalte die Jahre 1838, 1854 und 1866. An diese wird auch im Bismarck-Museum Aumühle erinnert.

LEHRGANG

Lebendige Volkskunst

Stets beliebt ist das traditionelle Bandweben

Der Frühjahrskurs für die alte Handarbeitskunst des Bandwebens war mit 14 Personen praktisch übertoll. Er fand gleich nach Ostern vom 22. bis zum 25. April wieder in Kiel im „Haus der Heimat“ in der Wilhelminenstraße statt. Die Kursleiterin Gundel Hergenhan hatte die Vorbereitungen so getroffen, um den Anfängern und Fortgeschritten gerecht zu werden. Alle Damen waren mit großer Begeisterung bei der Sache. Auch das Kette-Schären stand wieder auf dem Programm, denn ohne eine vernünftige Kette

gibt es kein schönes Band. Genauso gehört auch die richtige Auswahl an Garnen und Garnfarben dazu, vor allem, wenn man sich an Bandmuster wagt, von denen Gundel Hergenhan eine Riesenauswahl durch ihre Musterbücher „Rund um die Ostsee“ hat.

Alle Teilnehmer planen, auch zum Herbstkurs zu kommen. Der Termin für diesen wurde gemeinsam mit der Kursleiterin festgelegt, und zwar vom 13. bis 17. Oktober von 10 bis 16 Uhr wieder im „Haus der Heimat“ in Kiel. G. Hergenhan



Wichtig beim Weben: Das Schären der Kette

Bild: Hergenhan

IN MEMORIAM

Ihre Feder ruht

Brigitte Kleczewski tot – Wir bewahren ihr Wissen

Seit Bestehen der *Pommerschen Zeitung* in der *Preussischen Allgemeinen* war Brigitte Kleczewski mit Beiträgen aus ihrer Heimat Pommern dabei und hat somit als Zeitzeugin ihr Wissen mit uns Lesern geteilt. Sie brachte uns ihre Heimat nahe, mit Schilderungen, die so lebendig waren, dass man sich oft gerne ins Auto gesetzt und gleich selbst dorthin gefahren wäre.

Wir wandelten mit ihr auf den Spuren ihrer eigenen Vergangenheit und der Familie in Hökendorf bei Stettin, wo sie am 11. Oktober 1930 geboren wurde, gelegen in der wunderschönen und oft beschriebenen Buchheide. Sie schilderte die Besonderheiten der Landschaft genauso wie Begebenheiten und die Historie, die ihre Heimat prägten. Auch erfuhren wir vom Schicksal ihrer Familie im Zweiten Weltkrieg mit all seinen Entbehrungen und letztendlich vom Verlassen der Heimat. Prägend war auch der kriegsbedingte Schulwechsel, als sie von der Kaiserin-Auguste-Viktoria-Schule in Stettin nach Stargard wechselte und später nach Sellin auf Rügen.

Im Westen Deutschlands war ihre erste Station Preetz in Schleswig-Holstein, wo sie ihr Abitur machte. Hier lernte sie auch ihren späteren Ehemann Helmut kennen. Mit ihm unternahm sie zahlrei-



Mit 92 Jahren: Brigitte Kleczewski

che Fahrten durch ganz Pommern, an denen wir durch ihre Berichte teilhaben durften. Brigitte Kleczewski geborene Manzke war als Lehrerin tätig und schrieb unermüdlich bis zuletzt für verschiedene Pommern-Publikationen und für Braunschweiger Zeitungen. Sie hat erkannt, dass die Weitergabe ihres Wissens der Garant dafür ist, dass Pommern stets aktuell im Bewusstsein der Menschen bleibt.

Am 31. Dezember 2024 verstarb sie in ihrem Wohnort Braunschweig – doch wir bewahren ihr Wissen. Brigitte Stramm

MELDUNGEN

Orgelkonzert, Wahl und „Vor 80 Jahren“

Stettin – Der Ausbau der Stettiner S-Bahn in Richtung Pölitz verzögert sich. Nach aktueller Planung ist die Fertigstellung der Bahntrasse 406 (Stettin-Pölitz) zum Jahreswechsel 2025/2026 geplant. Die Wiederaufnahme des Bahnbetriebs soll erst im zweiten Halbjahr 2026 erfolgen. TS

Greifswald – Mit dem Boddenpokal starteten die Greifswalder am 10. und 11. Mai in die neue Saison. Das Segelwochenende ist für den Segel-Nachwuchs von Bedeutung. Die Nachwuchssportler können sich in vier Jugend-Bootsklassen für die Deutsche Meisterschaft qualifizieren. TS

Pasewalk – Die pommerschen Kinderfeuerwehren treffen sich am 17. Mai zu einem Sport- und Erlebnistag mit Denk- und Bewegungsaufgaben an der Grundschule in der Oststadt. Die Veranstaltung wird von der Kreisjugendfeuerwehr von Vorpommern-Greifswald organisiert und begleitet. TS

Köslin – Am 5. Juli, dem 100. Geburtstag von Lothar Baruch (1925–2019), soll des jüdischen Kösliners in seiner Heimatstadt gedacht werden. Baruch kam 1938 mit einem Kindertransport nach England. Dort wurde er als Leslie Brent ein bedeutender Immunologe und Zoologe. TS

Demmin – Für die ehemalige Kreisstadt, in der es vor 80 Jahren zu einem Massensuizid kam, war der 8. Mai eine Reflexion unserer Tage: Ein „Aktionsbündnis 8. Mai“ verhinderte einen geplanten Marsch der Partei „Neue Heimat“ (zuvor NPD) durch die Stadt an die Peene. TS

Stolp – Am 14. Mai fand in der Stolper Kreuzkirche (sie wurde am 28. April 1859 eingeweiht) ein Orgelkonzert mit Wladyslaw Szymański statt. Gespielt wurden Werke des Breslauer Organisten E. Köhler, J. S. Bachs und D. Buxtehudes. Das Konzert ist Teil einer Veranstaltungsreihe der Evangelisch-Augsburgischen Kirche. TS

Greifswald – Bei der Landratswahl in Vorpommern-Rügen hat der parteilose Landrat Stefan Kerth mit 49,2 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt. Er geht am 25. Mai in die Stichwahl gegen den mit 27,5 Prozent deutlich schwächeren Carlos D. Rodrigues (AfD). In Vorpommern-Greifswald gewann Landrat Michael Sack (CDU) mit 39,4 Prozent nur knapp vor Inken Arndt (AfD). Auch hier kommt es in 14 Tagen zur Stichwahl. TS



Stefan Kerth: Er bekam die meisten Wählerstimmen Bild: Seegert

Vor 80 Jahren – Stettin, 8. Mai, Opferzahlen: 125.000 Pommern fielen im Zweiten Weltkrieg, 40.000 kamen bei Luftangriffen oder in den letzten Kriegsmonaten 1945 ums Leben. Etwa 300.000 starben auf der Flucht, bei der Vertreibung, Verschleppung oder durch willkürliche Gewalt. TS

„Zurücklehnen, Abwarten, Auflaufenlassen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Deutschlands Ende ist programmiert. Dennoch wird es einem Land den Vortritt lassen: Armenien“

Carsten Zöllner, Berlin
zum Thema: Armenien bangt um seine Existenz (Nr. 16)



Ausgabe Nr. 18

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

REINE PROPAGANDASHOW

ZU: DIE NEUEN LEIDEN DER KONSERVATIVEN (NR. 18)

Noch transparenter kann man doch dem Wahlvieh gar nicht verdeutlichen, was man von ihm hält. Es ist nichts weiter als eine gewaltige Propagandashow. Zurücklehnen, Abwarten, Auflaufenlassen und keine unnötige Energie mehr in ein System verschwenden, das nicht mehr zu retten ist, weil es gar keiner mehr retten will.

Die da oben können nicht mehr so weitermachen. Und die da unten wollen mit denen da oben nicht mehr weitermachen. Das nennt man eine revolutionäre Stimmung. Wie so etwas endet, zeigt die Geschichte. Zusammenbruch, Anarchie, gesetzlose Übergangsphase, Schaffung neuer Strukturen, Durchdrücken der Notstandsgesetze mit Gewalt. Wer ist dazu noch fähig? Die Generation Z kämpft nicht. Die älteren Deutschen sind krank und fett. Wer stellt nahezu überall das Wachpersonal, beherrscht die Drogen- und Clubszene? Das ist die verdrängte Realität im besten Deutschland aller Zeiten. Salem Aleikum und Rotfront, Genossen, zum 1. Mai. *Gregor Scharf, Leipzig*

KEINE SCHÖNE AUSSICHTEN

ZU: DIE NEUEN LEIDEN DER KONSERVATIVEN (NR. 18)

Die Bedenken der Kritiker beruhen ja nicht auf Einbildung, sondern auf harten Fakten. Die Ampel hat in allen Bereichen schlicht versagt. Warum jetzt ausgerechnet mit diesen Leuten, die es offensichtlich nicht können, ein Neuanfang möglich sein soll, ist schwer nachzuvollziehen.

Warum in einem der wichtigsten Ministerien, dem Finanzministerium, mit Lars Klingbeil ein Absolvent der Sozialwissenschaften sitzen muss, ist mysteriös. Fakt ist: Es gibt sie noch, die bürgerliche Mehrheit in Deutschland. Ohne Not hat Friedrich Merz diese Mehrheit verspielt. Ob deshalb jemand, der so konflikt-scheu ist wie Herr Merz, der Richtige ist, um die schweren Verwerfungen in der Ge-

sellschaft und der Wirtschaft anzugehen, wage ich zu bezweifeln.

Im Moment sieht es so aus, als ob der Ausbau des Sozialismus im vereinten Deutschland ungebremst weitergeht. Immer mehr Staat, immer mehr Bevormundung, immer weniger Demokratie.

Keine schöne Aussichten. Deshalb sind die kritischen Stimmen mehr als berechtigt. *Peter Wendt, Hamburg*

DEUTSCHE SCHULD(EN)

ZU: DIMENSIONEN EINES HISTORISCHEN VERLUSTS (NR. 18)

Ich stimme nicht zu, dass sozusagen von Anfang an ein Verzicht auf die deutschen Ostgebiete impliziert war. Im Londoner Schuldenabkommen (LSchA) vom 27. Februar 1953 hatte die Bundesrepublik Deutschland ihren Alleinvertretungsanspruch für Gesamtdeutschland (also für alle Gebiete einschließlich der deutschen Ostgebiete) geltend gemacht und entsprechende Vereinbarungen getroffen.

So gingen die Parteien des LSchA durchaus davon aus, dass die Bundesrepublik die Verbindlichkeiten Deutschlands, das heißt des gesamten Deutschen Reiches, schulde. Es wurde nicht eine Schuld- oder gar bloße Haftungsübernahme für die Verbindlichkeiten eines untergegangenen Schuldners vereinbart, da die Bundesrepublik auch ausdrücklich nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches aufgetreten war, sondern sich als identisch mit dem Deutschen Reich erklärt hatte. Aber vielleicht hat sich das Anerkennen einer Alleinvertretung der Bundesrepublik für ganz Deutschland durch die Vertragspartner des LSchA auch nur auf die Schulden bezogen.

Wilhelm Kreuer, Unkel

NIE WIEDER NACH LITAUEN

ZU: DIE OSTPREUSSISCHE TRAGÖDIE (NR. 17)

Vielen Dank für Ihren Beitrag! Ich selbst bin 2009 nicht von Memel und Nidden

aus nach Ostpreußen eingereist, so gern wie ich es gewollt hätte, weil die Russen für ein Visum 100 Euro verlangten, wie ein Zwangsumtausch der früheren DDR.

Schlimm genug, dass ich mit zehn Kilogramm Übergewicht nach Litauen einreisen durfte, aber zurück alle Malblocks und Arbeiten dort lassen musste.

Nie wieder wollte ich diese Gegend noch mal bereisen. *Gudrun Piel, Witten*

GESINNUNGSPROZESSE

ZU: ES GEHT UM ALLES (NR. 17)

Der Sinn des Pragraphen 130 des Strafgesetzbuchs (StGB) soll in erster Linie das Allgemeininteresse an einem friedlichen Zusammenleben und vor allem den öffentlichen Frieden als bestimmendes Rechtsgut im Staat schützen. Diese Argumentation wird auch heute bei dem Versuch, die öffentliche Zensur immer weiter auszudehnen, benutzt, denn Äußerungen im Rahmen der Meinungsfreiheit könnten Volksverhetzung sein, wenn sie die Grenzen der Akzeptanz überschreiten.

Dabei ist völlig unbestimmt, was „Hass und Hetze“ und „Volksverhetzung“ sind. Kollektiv ein Volk zu verhetzen ist einzelnen Bürgern faktisch unmöglich, da sich nicht jeder Verhetzte von dem Hetzer angesprochen fühlt. Das wird deutlich bei der Hetze zum Krieg.

Hier erkennt bereits jeder Jurastudent schon vor dem ersten Staatsexamen, dass eigentlich die falsche Gesinnung Ziel der Bestrafung ist und die sogenannte Verhetzung nur als Vehikel herhalten muss. Eine Gesinnung aber unterfällt grundsätzlich keiner strafrechtlichen Norm. Das wird aus den von der früheren Innenministerin Nancy Faeser initiierten Strafverfahren gegen den Herausgeber von „Compact“, Jürgen Elsässer, und der großen Schar der Rollatorrevoluzzer, der Reichsbürger, ganz deutlich.

Elsässer benennt die Fehlentwicklungen der letzten Jahre mit klaren Worten, wobei Faeser seine Gesinnung deutlich zu erkennen glaubt, aber genau wie der Glaube ist eine Gesinnung noch nicht strafbar.

Fakten lassen sich aber nur schwer politisieren, weil sie stimmen.

Bei den Reichsbürgern ging bisher nicht einmal eine Scheibe zu Bruch, sodass deutlich wird, dass auch dieser Fall wohl ausschließlich der Profilneurose der ehemaligen Innenministerin geschuldet und ausschließlich ein Gesinnungsprozess sein dürfte. Dass nun der Gesetzgeber mit einer weiteren neuen Bestimmung der Politikerbeleidigung (§ 188 StGB) nachgebessert hat, zeigt nur den Grad der Enttarnung des geistigen Zustands unserer Volksvertreter.

Leider schlägt diese dann direkt auf die neuere Rechtsprechung durch und führt zu abstrusen Verwerfungen innerhalb richterlicher Rechtsauffassungen, die sich in den jüngsten Urteilen weltweit widerspiegeln. Ein Wirtschaftsminister, der nicht weiß, was eine Insolvenz ist, gleicht nun mal eher einem Dummkopf als einem fachlich versierten Kenner. Wer angesichts unserer jüngeren Vergangenheit die Kriegstrommel schlägt, ist ein deutlicher Kriegshetzer. Wenn nun auch noch die Lüge unter Strafe gestellt werden sollte, hätte die neue Regierung ihr Amt gar nicht erst antreten dürfen.

Die Hoffnung, dass der gesegnete deutsche Tiefschlaf nach den letzten Wahlversprechen der sich gerne als demokratisch bezeichnenden Parteien beendet sein könnte, lässt die letzten hier noch ausharrenden Konservativen an eine positive Zukunft glauben. Dazu wäre eine Korrektur aller einschränkenden gesetzlichen Normen unabdingbar.

Rudolf Neumann, Torsås/Schweden

WARTEN AUF EIN WUNDER

ZU: DAS BANGE WARTEN AUF DIE AUFERSTEHUNG DEUTSCHER POLITIK (NR. 16)

Auferstehung? Dazu bedarf es auch eines Begräbnisses. Die Vorbereitungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. Ob dann ein Wunder geschieht, wird sich zeigen. Aber „Wunder gibt es immer wieder“.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ANZEIGE

Halbmond über Deutschland Ist unsere Heimat auf dem Weg ins Kalifat?

■ Die Muslimbruderschaft gilt als Keimzelle des modernen Islamismus. Ihre Strategie ist noch nicht die offene Konfrontation – sondern die schleichende, systematische Unterwanderung westlicher Gesellschaften. In *Eroberung* decken die Autoren Collin McMahon und Irfan Peci auf, wie sich islamistische Netzwerke tief in Politik, Medien, Kirchen, NGOs und Bildungseinrichtungen eingeschlichen haben – oft unter dem Deckmantel von Toleranz und Integration – aber mit dem klaren Ziel, aus Deutschland einen islamischen Staat zu machen.

Was niemand sagen will – aber jeder wissen sollte

Unglaubliches geschieht in Deutschland. Doch darüber zu sprechen, ist tabu:

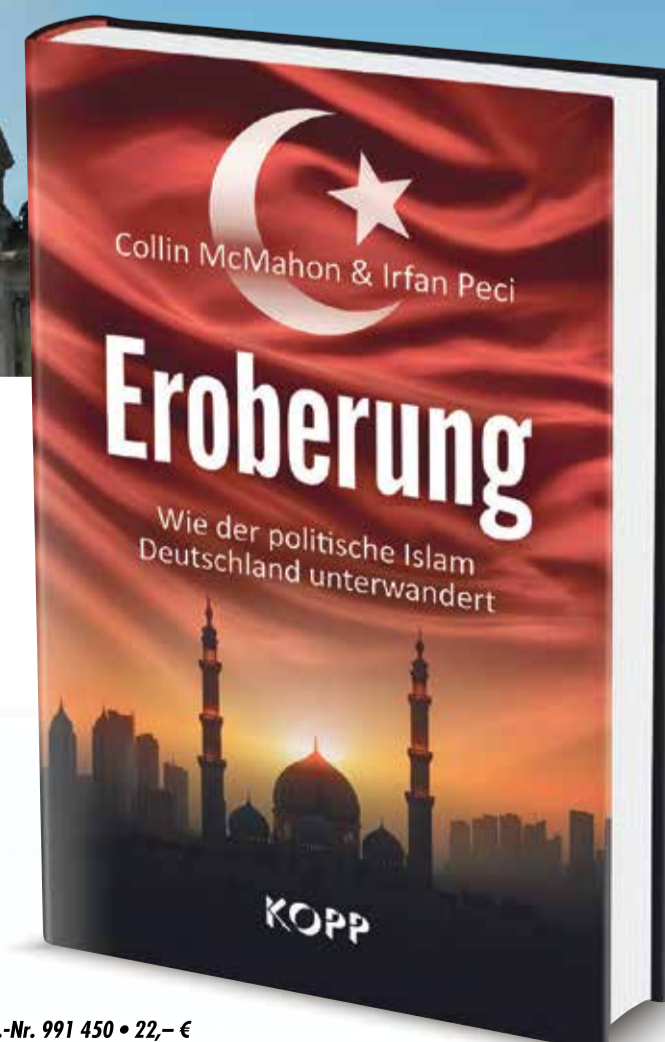
- Warum gilt die Freimann-Moschee in München als inoffizielles Hauptquartier der Muslimbruderschaft in Europa – und was passiert dort wirklich?
- Welche Rolle spielten die Nazis, die CIA und die US-Regierung beim historischen Aufstieg des politischen Islams?
- Wie tief reicht die ideologische und personelle Verflechtung zwischen Islamisten und deutschen Parteien, insbesondere bei SPD, Grünen und Linken?
- Welche Mechanismen nutzen Islamisten, um Journalisten, NGOs und Aktivisten für ihre Agenda einzuspannen?

- Welche Personen, Netzwerke und Institutionen unterstützen die Eroberungspläne des politischen Islams – und warum ist das bösartiger, als viele glauben?

Warum unterwerfen sich die Deutschen widerstandslos dem Islam?

Collin McMahon und Irfan Peci legen ein erschütterndes Protokoll der Selbsttäuschung und Ignoranz vor – und sie nennen Ross und Reiter. Ein Buch, das jeder gelesen haben sollte. Denn die schleichende Islamisierung ist kein Zufall, sondern folgt einem geheimen Plan.

Dieses recherchestarke Buch ist unbequem. Unmissverständlich. Und längst überfällig.



Collin McMahon & Irfan Peci: *Eroberung* • gebunden • 252 Seiten • Best.-Nr. 991 450 • 22,- €

LANDESJUBILÄUM

Krone, Kreuz und Kaufmannszunft

Eine preußische Provinz von 1815 bis 1946 – Vor 1250 Jahren wurde Westfalen erstmals urkundlich erwähnt

VON STEPHANIE SIECKMANN

In diesem Jahr wird im Bundesland Nordrhein-Westfalen ein ganz besonderes Jubiläum gefeiert. Der nordöstliche Landesteil Westfalen feiert seine erstmalige Erwähnung vor 1250 Jahren. Die historische Erstbenennung der Region ist eng verknüpft mit Karl dem Großen und seinem Feldzug gegen die Sachsen, den er führte, um die Christianisierung durchzuführen. Kirchen, Klöster und Konfessionskriege haben Westfalen ihren Stempel aufgedrückt. Die Region, um die es dabei geht, wird heute in der Regel als Ostwestfalen bezeichnet. Zentrum der Feierlichkeiten zur ersten Erwähnung von Westfalen vor 1250 Jahren ist Paderborn.

Die erste Erwähnung von „Westfalia“ stammt aus der Zeit der Sachsenkriege. In den fränkischen Reichsannalen wird im Jahr 775 erwähnt, dass König Karl der Große gegen die Sachsen zog und in „Westfalia“ eingefallen ist. Damit gemeint war das westliche Grenzgebiet der heidnischen Sachsen.

Karl ging es nicht nur darum, sein Reich zu erweitern. Er trieb die Christianisierung in Europa voran. Als Herrscher mit christlicher Mission fand er in den heidnischen Sachsen einen besonders herausfordernden Gegner. Er besetzte das feindliche Grenzgebiet, eroberte die sächsische Eresburg (Gebiet Hochsauerland), zerstörte mit Irminsul das Heiligtum der Sachsen (Kreis Höxter) und schaffte mit dem Bau der Karlsburg bei Paderborn Fakten. Von hier aus führte der Frankenkönig die neue geistliche Ordnung im sächsischen Grenzgebiet ein.

Herford wurde Hansestadt

Bereits 777 hielt Karl den ersten Reichstag ab – in Paderborn. Hier gründete er eine Pfalz, baute eine Kirche, errichtete ein Bistum, setzte einen Bischof ein und traf sich Jahre später mit Papst Leo III. Als Vorposten im Eroberungsgebiet wurde Paderborn zum strategisch wichtigen Standort für den späteren Kaiser.



Natur und Industrie geben sich in Westfalen die Hand: Die Deutschen Edelstahlwerke an der Ruhr bei Witten Bild: imago/Zoomar

Was Karl der Große mit Schwert und Taufbecken begann – die Unterwerfung der Sachsen, die Christianisierung und Eingliederung des westlichen Sachsenlandes – sollte die gesamte Region prägen. Dazu gehören Paderborn, Detmold, Herford, Soest, Minden und Münster. Es entstand ein Gebiet mit zahlreichen Kirchen, Klöstern und Stiften, die auch heute zum großen Teil noch erhalten sind.

Lange Zeit war der Raum Westfalen von der Landwirtschaft geprägt. Ende des Hochmittelalters sicherte die Tuchproduktion den wirtschaftlichen Erfolg. Wolle und Leinen sowie deren Verarbeitung rückten in den Mittelpunkt. Vom 13. Jahrhundert an wurden Woll- und Leinestoffe gewebt und gefärbt. Mit den feinen Tuchen aus Bielefeld, Münster, Hamm, Soest und anderen Städten wurde Handel getrieben.

Die Tuchmacher hatten mit ihrer Zunft das Sagen in den Ratsversammlungen. Sogar der Anschluss an die wichtige Handelsvereinigung der Hanse wurde erwirkt. Herford, bedeutendes Zentrum mit 14 Zünften, wurde Hansestadt. Soest wurde zum wichtigen Handels- und Umschlagplatz. Über die Weser wurden die Waren nach Bremen transportiert. Von dort wurde das begehrte westfälische Tuch nach England und Skandinavien verschifft. Der wirtschaftliche Erfolg brachte den Aufstieg und damit auch die Bildung und das Bürgertum in den bislang eher ländlich geprägten Raum Westfalen.

Der Einfluss der Tuchmacher und der Kaufleute überdauerte die Jahrhunderte. Die Kirche blieb derweil in Westfalen stets einflussreich. Luthers Thesenanschlag im Jahr 1517 sorgte in den Folgejahren in Westfalen für Spaltung. Münster

blieb katholisch, Herford schloss sich dem neuen Glauben der Reformation an.

Westfälischer Friede

Im weiteren Verlauf des Jahrhunderts verstärkten sich die Spannungen zwischen katholischen Bischöfen und reformatorischen Stadträten. Der Streit der Konfessionen gipfelte in einer kriegerischen Auseinandersetzung – dem Dreißigjährigen Krieg. Westfalen war, wie zu Zeiten von Karl dem Großen, Teil des Kriegsgebiets und wurde entsprechend stark in Mitleidenschaft gezogen. Sowohl wirtschaftlich wie auch gesellschaftlich.

Mit dem Westfälischen Frieden, der im Jahr 1648 in den Städten Münster und Osnabrück ausgehandelt wurde, gelang es, die konfessionellen Streitigkeiten beizulegen. Hatte Karl der Große bei seinem Feldzug die Sachsen unterworfen und die

Christianisierung zwangsweise durchgesetzt, besiegelte der Westfälische Friede den Dreißigjährigen Krieg mit einer diplomatischen Entscheidung – die beiden christlichen Konfessionen durften fortan nebeneinander existieren.

Im 19. Jahrhundert hielt schließlich die Industrialisierung Einzug in Westfalen. Das Ruhrgebiet übernahm die Aufgabe als wirtschaftlicher Motor von Westfalen. Der Aufstieg zur Industrieregion bot armen westfälischen Bauernsöhnen die Möglichkeit, im Bergbau und bei der Stahlverarbeitung Geld zu verdienen. Mit dem neuen wirtschaftlichen Zentrum veränderte sich auch die Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung wurde zum Gesicht eines Teils von Westfalen. Doch auch dieses Gesicht hat sich inzwischen bereits wieder gewandelt.

Westfalen ist bis heute eine Region mit tiefer Verankerung in der Vergangenheit, die stets im Wandel begriffen ist. Kreuz und Krone, Kutte und Kaufmann haben hier ihre Spuren hinterlassen. Aber sie haben auch bewiesen, dass fester Glaube, Überzeugung und Beharrlichkeit zum Ziel führen. Damit haben sie die Region, die Städte und die Mentalität der Menschen geprägt.

Die Feierlichkeiten zum 1250. Jubiläum „Westfalen“ tragen den vielen verschiedenen Facetten der Region Westfalen Rechnung. Insgesamt stehen 300 Veranstaltungen und Angebote auf der Agenda, die teils an einem Standort zu finden sind, teilweise aber auch als Kultur-Tour auf Reise gehen (siehe unten).

Die Ausstellung „775-Westfalen“ im LWL-Museum in der Kaiserpfalz in Paderborn stellt dabei ein zentrales Projekt im Rahmen der Feierlichkeiten dar. Ein Überblick über die bedeutenden historischen Aspekte der letzten 1250 Jahre in Westfalen vermittelt Einsichten und zeigt Anknüpfungspunkte zu anderen Projekten auf. Projekte eines Kulturprogramms, das bunt ist, auf Kunst, Kultur, Musik, Literatur und Kabarett setzt. Und bei dem Paderborn im Zentrum steht. Schließlich hat hier alles begonnen.

JUBILÄUMSPROGRAMM

Eine Region in Feierlaune

Paderborner Kaiserpfalz eröffnet Mitte Mai das offizielle Programm „1250 Jahre Westfalen“ – Weitere Veranstaltungen folgen

Der verstorbene Satiriker und Polemiker Wiglaf Droste, selbst gebürtiger Ostwestfale aus Herford, hat die Westfalen wie folgt charakterisiert: Sie seien eher melancholische, sentimentale Wesen mit katholischer Prägung. Im Gegensatz zu den Rheinländern neigten sie nicht zur „Zwangslustigkeit“, hätten aber durchaus einen Hang zur Komik. Seit 1946 sind sie mit den Rheinländern zwangsverheiratet und werden zurzeit vom Westfalen Hendrik Wüst regiert, der als Ministerpräsident vielleicht ob seiner profillosen Glätte von den beiden Stämmen seines „Reiches“ gleichermaßen akzeptiert wird.

Als Sauerländer ist auch der profil-schärfere, jüngst zum Bundeskanzler gewählte Friedrich Merz ein Westfale, genauso wie die Bewohner der Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Detmold (außer Lippe). Die Region hat rund acht Millionen Einwohner und eine stolze, 1250-jährige Geschichte. Dieses Jubiläum feiern die Westfalen in diesem Jahr mit einer Vielzahl von Ausstellungen und Veranstaltungen aus den Bereichen Kultur, Literatur, Film, Theater und auch mit

Podcasts, denn die Region lebt ja längst nicht mehr hinter dem Mond.

Im Januar ging es schon los mit Bühnenshows, Musik und Lesungen. Ein Höhepunkt ist sicher die Ausstellung im LWL-Museum in der Paderborner Kaiserpfalz. Auf rund 1000 Quadratmetern wird

die westfälische Geschichte seit der ersten Erwähnung Westfalens in einem Bericht von 775 nach Christus erzählt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier will am 16. Mai zur Eröffnung kommen. Er ist zugleich Schirmherr des Jubiläumsprogramms, das von der LWL-Kulturstif-

tung zusammen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ausgerichtet wird.

Rund ums Jubiläum gibt es 44 verschiedene Kulturprojekte zu entdecken, mit denen man dem Westfälischen auf den Zahn fühlen will. So geht es zum Beispiel im Westfälischen Museum für religiöse Kultur in Telgte um Religiöses in der mit „Unglaublich. Begegnungen mit dem Heiligen“ betitelten Schau (bis 31. August). Das Sauerland-Museum in Arnsberg stellt „Demokratische Kulturen im Sauerland 1925-1975-2025“ dar (ab 10. Oktober). Das Jüdische Museum Westfalen in Dorsten präsentiert mit „Rafft euch empor!“ jüdische Aktivistinnen aus Westfalen in der ersten Frauenbewegung (12. Oktober bis 12. April 2026).

Im Bereich der Literatur geht es auf Burg Hülshoff in Havixbeck um die „Judenbuche and beyond“. Die Lesungen finden bis in den August hinein statt. „Die Judenbuche – Ein Sittengemälde aus dem gebirgichten Westfalen“ ist eine Erzählung von Annette von Droste-Hülshoff, die erstmals 1842 im Cotta'schen Morgen-

blatt für gebildete Leser erschien. Da aber auch Dortmund im Osten des Ruhrgebiets als seine einwohnerstärkste Stadt zu Westfalen gehört, spielen auch Kultur und Literatur in der Arbeitswelt eine große Rolle.

Im Bereich Musik gibt es vom 27. bis 29. Juni im Kloster Dalheim bei Lichtenau im Kreis Paderborn das Freiluftfestival „Sommernachtslieder“ unter anderem mit den Sängern Heinz Rudolf Kunze und Annett Louisan. Und in Höxter, Schmallenberg und Enger sind im August und September mehrere Aufführungen einer „Widukind“-Oper zu erleben.

Westfalen hat eine Geschichte, die sich nicht nur in ländlichen Regionen wie dem Sieger- und Sauerland abspielte, sondern auch in größeren Städten wie eben Dortmund, der früheren Bierhauptstadt Europas, Bochum, Bielefeld, Münster, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Paderborn, Bottrop, Recklinghausen, Siegen und Gütersloh. Ansgar Lange



Das Paderborner Museum in der Kaiserpfalz mit den Pfalzanlagen des 8. und 11. Jahrhunderts zeigt ab dem 16. Mai die Ausstellung „775 – Westfalen“ Bild: LWL/Anne Karl

Alle Termine und Eintrittskarten unter: www.lwl-kulturstiftung.de

● FÜR SIE GELESEN

Eine Uhr mit Geheimnissen

Ein gut situierter Mittfünfziger, Witwer und Privatier, ersteigert eine ramponierte französische Louis-Quinze-Uhr, was ihn, den Ich-Erzähler Dr. Zinnbeck, in Begeisterung versetzt. Die Fantasie des Geschichtsliebhabers und Hobbyautors kommt auf Touren, als er beim Restaurieren des seltenen Stücks an verborgener Stelle einen Zettel mit der Notiz einer historischen Person findet: Bertrand Barère veranlasste im Januar 1793 als Abgeordneter des Nationalkonvents im Prozess gegen König Ludwig XVI. die Abstimmung für die Hinrichtung des Königs. Aus der Uhr kommt noch eine Brosche aus dem 17. Jahrhundert aus königlichem Besitz zum Vorschein.

So beginnt der Roman „Zinnbecks Leidenschaften“ von Thomas Persdorf. Geboren 1941 in Leipzig, ist der Autor auf der Höhe der Zeit und dürfte mit seiner einfallsreichen Erzählung auch bei jungen Lesern Anklang finden. In Zinnbecks Privatleben geht es turbulent zu. Durch seine wesentlich jüngere, sinnfrohe und naive Freundin Marlies gerät er in Konflikt mit dem Clanmilieu. Marlies ist eine aufmerksame ZuhörerIn seiner frei erfundenen Geschichten über Barère. Auch eine attraktive Mitarbeiterin eines Auktionshauses interessiert sich für Zinnbeck und seine Antiquitäten.

Das Beste an diesem Schmöker sind die faktenreichen Geschichten über die Jahre nach der Französischen Revolution. *D. Jestrzemski*



Thomas Persdorf: „Zinnbecks Leidenschaften“, Shaker Media, Düren 2024, broschiert, 398 Seiten, 26,90 Euro

Spannung mit Schwächen

Pia Korittki ist eine erfolgreiche Kommissarin im Norden Schleswig-Holsteins. In ihrem Beruf hat sie vieles Belastendes erlebt. So freut sie sich auf den Urlaub mit ihrem Freund Marten und Sohn Felix in einem alten Bauernhaus an der Ostsee. Ausgerechnet da ereignet sich ein Mord in der Nachbarschaft, und Korittki wird gebeten, einzuspringen. Ein Architekt wurde mit eingeschlagenem Kopf am Strand gefunden. Der Fall entpuppt sich wegen der vielen in Frage kommenden Täter als kompliziert. Die Kommissarin und ihre Kollegen führen zahlreiche Verhöre durch, um das Wirrwarr um die Familie des ermordeten 30-jährigen Frauenschwarme Benno Hagedorf zu entschlüsseln.

Eva Almstädt's Roman „Ostseefinsternis“ ist spannend, aber zu langsam. Die Verwandtschaftsverhältnisse werden klarer durch den Stammbaum im Bucheinband. Die Personen und Geschehnisse werden stimmig und realistisch beschrieben. Der vorliegende Band ist der 19. Fall der Korittki-Reihe. *Angela Selke*



Eva Almstädt: „Ostseefinsternis“, Lübbe Verlag, Köln 2024, Taschenbuch, 397 Seiten, 12,99 Euro



Handkolorierte Glasdiapositive

Der Dekorationsmaler und Fotograf Joseph Hanel hielt Pflanzen, Insekten und Landschaften mit seiner Kamera fest

Joseph Hanel (1865–1940) Sammlung ist ein fotografisches Herbarium, das heute die Rolle eines botanischen Archivs übernimmt, da es stark gefährdete Arten versammelt. Die Biologin Christiane Jacquat nutzt diese Bilder, um zu einem nachhaltigen Umgang mit unserer

Umwelt anzuregen. Das gelingt ihr, ohne den Zeigefinger zu erheben, indem sie und weitere Autoren die Bilder textlich begleiten und einordnen. Besonders erfrischend sind neben den wundervollen Bildern die französischen Originaltexte und literarischen Zitate. *CRS*



Christiane Jacquat: „Fundamentals. Die Pflanzenwelt des J. H.“, AT Verlag AG, Aarau und München 2024, gebunden, 240 Seiten, 59 Euro

POLITIK

Bestreben nach Unabhängigkeit

Weltweit gibt es mehr Nationen als Staaten – Der Geograph und Historiker Martin Grosch beleuchtet die daraus resultierenden Konflikte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Weltweit gibt es rund 8000 ethnische Gruppen, die behaupten, eine Nation zu sein. Dem stehen knapp 200 Staaten gegenüber. Daraus resultiert ein immenses Konfliktpotential, denn viele der Nationen ohne eigenes Staatswesen streben nach der Unabhängigkeit, die logischerweise die Herauslösung einzelner Landesteile aus einem bestehenden Staatsgebilde erfordert. Hierüber berichtet der Geograph, Historiker und Bundeswehroffizier Martin Grosch in seinem Buch „Sezessionen“.

Das Werk besticht durch eine stringente Gliederung in Kombination mit Detailreichtum. Eingangs definiert Grosch zentrale Begriffe wie „Nation“, „Volk“ und „Nationalismus“, bevor er die völkerrechtlichen Aspekte der Sezessionen im Spannungsfeld zwischen dem nationalen Selbstbestimmungsrecht und der Wahrung der territorialen Integrität eines Staates beleuchtet. Danach geht es um die Ursachen von Sezessionsbewegungen, die in der Regel ethnischer, religiöser, wirtschaftlicher oder historisch begründeter Natur sind. Ebenso bemüht sich Grosch um die Klärung der heiklen Frage, ob Separatisten eher Freiheitskämpfer oder Terroristen darstellen. Dabei bleibt er aber eine verbindliche Antwort schuldig.

Der Hauptteil des Buches ist den zahlreichen konkreten Sezessionsbewegungen gewidmet. Den Anfang machen die erfolgreichen Sezessionen der Vergangen-

heit, aus denen Staatsgründungen resultierten. So wie im Fall von Belarus, Eritrea, Bangladesch und Panama, der drei baltischen Republiken, der Ukraine sowie des Südsudans. Dem stehen gescheiterte oder faktisch vollzogene, aber völkerrechtlich nicht anerkannte Sezessionsbewegungen gegenüber. Misslungene Loslösungsversuche fanden in den Südstaaten der USA, den kongolesischen beziehungsweise nigerianischen Provinzen Katanga und Biafra, der kanadischen Region Québec, in Tschetschenien, auf Sri Lanka und im Südjemen statt. Dahingegen dürfte die Verselbstständigung Transnistriens von Moldawien, des Somalilandes von Somalia und der Türkischen Republik Nordzypern von Zypern kaum rückgängig zu machen sein, obwohl die internationale Staatengemeinschaft diese Staatsgebilde als illegitim betrachtet.

Und schließlich kommen die aktuellen, hochproblematischen Sezessionsbewegungen zur Sprache, wie es sie nicht zuletzt in Südtirol, Katalonien, dem Baskenland, auf Korsika, in Schottland, der belgischen Region Flandern, den Kurdengebieten der Türkei, Syriens, des Iraks und des Irans sowie in Zentralafrika gibt.



Martin Grosch: „Sezessionen. Das erbiterte Ringen um Unabhängigkeit“, Lau-Verlag, Reinbek 2024, broschiert, 348 Seiten, 28 Euro

KRIMI

„Babylon Berlin“ im schlesischen Glatz

Der polnische Schriftsteller Tomasz Duszynski liefert mit seinen „Glatz“-Kriminalromanen einen Einblick in die preußische Provinzstadt in den 20er Jahren

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Glatz im Frühjahr 1920. In der niederschlesischen Stadt werden drei grausam verstümmelte Leichen gefunden. Da einer der Ermordeten der hochrangige Offizier Major Peschke ist, wird aus Berlin der Militärrmittler Wilhelm Klein zur Unterstützung der örtlichen Polizei nach Glatz geschickt. Schnell wird klar, dass es sich mit der Ermordung weiterer hochrangiger Persönlichkeiten – darunter Stadtrat Dinter, Johann Beier, Vizedirektor der Schlesischen Bank in Glatz, sowie Richter Wiese und Major Schneider, um eine Mordserie handelt. Mit dem Blut der Opfer wurden ihnen Dreiecke auf die Haut gemalt, und wenn man die Orte, an denen die Opfer gefunden wurden, miteinander verbindet, ergeben sich zwei Dreiecke, die zusammen die Form eines Hexagons bilden. Klein findet rasch heraus, dass die Symbolik, die sowohl auf jüdische Täter oder solche aus dem Umfeld der Freimaurer deutet, nur ein Ablenkungsmanöver ist.

Beim vierten Mord gerät Klein selbst unter Verdacht, als sich herauskristallisiert, dass dessen Kriegserlebnisse mit der Mordserie in Zusammenhang stehen könnten. Ähnlich wie Gereon Rath in Volker Kutschers Romanen „Babylon Berlin“ leidet Tomasz Duszynskis Held Klein im Krimi „Glatz“ an den Folgen einer Kriegsverletzung und einem posttraumatischen Belastungssyndrom. Obwohl sein Verhalten während eines Kriegseinsatzes, bei

dem er als Einziger überlebte, mysteriös bleibt, gilt er in Berliner Kreisen als Kriegsheld.

Zur Lösung der Fälle kommt es erst, als herauskommt, was während des Ersten Weltkriegs in der Glatzer Festung – die damals als Gefängnis der von der Militärgerichtsbarkeit zum Tode Verurteilten diente – vorgefallen war. Die dann folgende rasche Auflösung des Falls ist ebenso spannend wie überraschend.

Der 1976 geborene Schriftsteller Duszynski beschäftigt sich immer wieder mit seiner Heimat Niederschlesien. Für seine Glatz-Reihe wurde er mit zwei der wichtigsten polnischen Krimi-Preise ausgezeichnet. Auf Deutsch gibt es bislang nur den vorliegenden Band. Dieser zeichnet sich durch einen flüssig und spannend geschriebenen Stil aus. Zur Veranschaulichung der Orte des Geschehens wurden an passender Stelle Kartenausschnitte beigefügt. Der Autor, der neben Romanen und Kinderbüchern auch Drehbücher für Computerspiele und Science-Fiction-Erzählungen veröffentlicht hat, leitet seit 2020 die Bibliothek in Strehlen [Strzelin]. Auf weitere Übersetzungen seiner „Glatz“-Romane darf man gespannt sein.



Tomasz Duszynski: „Glatz“, Jaron Verlag, Berlin 2024, broschiert, 333 Seiten, 18 Euro

ARCHITEKTUR FÜR DIE EWIGKEIT

US-Gebäude mit Preußen-Flair

Georg Henry Griebel baute das weltberühmte Dakota-Haus in New York sowie die weltgrößte Bibliothek in Washington



Der Komplex der Library of Congress in Washington DC ist beim Medienbestand die zweitgrößte, beim Bücherbestand die größte Bibliothek der Welt
 Bilder (2): Wikimedia, mauritius images/Alpha Stock/Alamy

VON JENS EICHLER

Wer hat's gebaut? Nein, diesmal waren's nicht die Schweizer, sondern vielmehr ein waschechter Preuße. Einer von ganz besonderem Schlag, denn ihm lag förmlich von Geburt an Musik, Takt und Rhythmus im Blut. Dem im August 1846 geborenen Georg Heinrich Griebel, der später seinen Vornamen nach seiner Auswanderung in die USA amerikanisierte und sich danach George Henry nannte, war regelrecht umzingelt von ebenso bedeutenden wie begnadeten Musikern. So gilt Griebels Vater als einer der besten Cellisten seiner Zeit und war daher erster Solo-Cellist der königlichen Hofkapelle.

Doch damit nicht genug. Schon sein Großvater spielte Fagott wie kaum ein anderer, war ebenso Mitglied im Orchester des Königs und darüber hinaus Lehrer des Opernkomponisten Albert Lortzing. Zwei Onkel wussten derart vortrefflich die Oboe und die Violine zu spielen, dass auch sie in der Hofkapelle des Monarchen musizieren durften. Was also liegt da näher, als dass auch der Sprössling Georg Heinrich ein Instrument erlernt und diesem Töne entlockt wie kaum ein Zweiter?

Lust auf Ästhetik und Schönheit

Sehr viel. Denn der junge Griebel hatte viele Talente und zudem Interesse an vielem – nur nicht an der Musik. Vielmehr fühlte er sich zum Militär hingezogen, liebte straffe Ordnung, konkrete Strukturen und Klarheit statt, wie er es einmal nannte, „künstlerischen Firlefanz“. Also ließ er sich nach der Schulzeit an der Preußischen Militärakademie für das Ingenieurkorps ausbilden. Eines aber hatte er mit seinen musikalischen Familienmitgliedern dann doch gemein: die Exzellenz. Denn Griebel studierte die Wissenschaft rund um das Ingenieur- und Architekturwesen nicht nur, sondern er ging regelrecht darin auf. Seine Ergebnisse waren

daher auch mehr als bemerkenswert, ebenso wie seine Benotungen. Er hatte ein ungewöhnliches Gefühl für Formen, für Stile, für Techniken, war Neuem gegenüber extrem aufgeschlossen, liebte zudem Ästhetik – doch das alles war in Summe ebenso stark beeinflusst von einem sinnvollen Pragmatismus. Nützlich musste es ein, anwendbar und eben schön in der Optik. Das waren die Prämissen, die Griebel von Beginn an zu den Leitmotiven seiner Arbeit machte.

Als er 1865 die Preußische Armee verließ, spürte Griebel aber auch, dass er mit seinen ästhetischen Vorstellungen im streng reglementierten Preußen nicht wirklich weiterkam. Waren in Deutschland schnörkellose Formen und Linien gefragt, da alles funktionell und nur funktionell sein musste, blieben nach dem Ge-

93

Luxus-Apartments zählt das Dakota-Haus, die teilweise mehr als 300 Quadratmeter Wohnfläche besitzen und vier Meter hohe Decken aufweisen. Griebel ließ in das Gebäude einen eigenen Ballsaal und einen Tennisplatz einbauen

schmack des preußischen Ästheten jedoch Schönheit, Optik und Anmut zu sehr auf der Strecke.

Für Griebel stand fest: Ich muss hier raus, meinen Horizont erweitern und von der süßen Frucht der Freiheit kosten. Wo kann und konnte man das besser als in den Vereinigten Staaten von Amerika, die auf dem Fundament der Freiheit entstanden waren? Also wanderte der preußische Jungarchitekt zusammen mit seinem Bru-

der Maximilian, der nebenbei bemerkt ein überaus guter Violinist war, in die USA aus. Die beiden landeten in Washington DC, wo Griebel erst einmal voller Neugier und Wissbegierde die studentische Schulbank der Georgetown University drückte, um sich einerseits fortzubilden, andererseits aber die neuen Stile, Bauarten und die Denkweise der neuen Welt immer mehr zu verinnerlichen.

Erfolgreich mit dem ersten Auftrag

Dass er aufgrund seiner preußisch geprägten militärischen Vorbildung geradezu mit Kusshand im Kriegsministerium der USA kurz darauf eine Anstellung fand, ist nicht weiter verwunderlich. Als Architekt und Ingenieur des Generalquartiermeisters setzte er dann auch 1871 ein erstes architektonisches Ausrufezeichen. Mit dem „Quadrangle“ des Forts Sam Houston gelang ihm ein erster großer Wurf. Ein Bau, in dem übrigens der berühmte Apachen-Häuptling Geronimo gefangen gehalten wurde. Heute ist es hingegen ein US-Kulturdenkmal im National Register of Historic Places. Griebels erster Auftrag schrieb somit schon Geschichte.

Dieser Bau war zugleich der Beginn einer bemerkenswerten Griebel-Ära. Denn plötzlich ergaben sich für ihn großartige Möglichkeiten, sein Können unter Beweis zu stellen. Auch, weil er mit jeder beendeten Arbeit Stück für Stück mehr freie Hand von seinen Arbeitgebern als auch Auftraggebern bekam und sich so zunehmend selbst verwirklichen konnte. Und diese Verwirklichung gefiel den Amerikanern. Allen voran aber den US-Bauherren und -Baukonzernen.

Also beauftragten sie den ambitionierten Preußen mit immer aufregenderen, interessanteren Projekten, die wiederum immer spektakulärere Herausforderungen nach sich zogen. Den ersten wirklich optischen Meilenstein erschuf der US-Preuße mit dem großen Treppenhaus der Library of Congress in Washington DC. Bemerkenswert war dabei nicht nur Grie-



Das Dakota-Haus in der feinen Upper West Side Manhattans wurde 1969 von New York als Denkmal ausgewiesen – es folgten viele weitere Auszeichnungen dieser Art

bels außerordentliche Liebe zum Detail, sondern es ist vielmehr die spektakuläre Opulenz der Ornamente, die aber bei aller Pracht und all ihrem Überfluss dennoch eine wohlige Harmonie ausstrahlen, die ihresgleichen sucht. Der Mix ist perfekt, bestehend aus antiken Elementen, aber ebenso mit Stilmitteln der Renaissance und des Klassizismus.

Im Jahr 1880 zog Griebel in die boomende Metropole zwischen Hudson und East River gelegen – nach New York. Nirgendwo wurde so ambitioniert und mutig sowie mit einem Blick für Zukunft und Ewigkeit gebaut, nirgendwo wurden so viele neue Baurekorde gebrochen. Da wollte der strebsame Preuße hin und ebenso seine architektonischen Spuren hinterlassen. Und genau das schaffte er auch. Für das Büro Henry Janeway Hardenberg entwarf Griebel ein echtes Denkmal – das Dakota-Haus. Eines der wohl berühmtesten Apartmenthäuser auf der ganzen Welt und ebenso Wohnstätte ehemaliger und aktueller Berühmtheiten. Das Gebäude in der Upper West Side, direkt beim Central Park gelegen, wurde zwischen 1880 und 1884 im Stil der französischen Renaissance errichtet. Da aber das

Grundstück zu der Zeit in dem noch wenig bebauten nördlichen (upper) Manhattan lag, witzelte man, es würde wohl noch ins Stammesgebiet der Dakota-Indianer reichen. Dakota – der Name blieb, und wurde mit einer Natursteinplastik eines Indianerkopfes über dem Haupteingang auf ewig regelrecht in Stein gemeißelt.

Von Anfang an wohnte hier nur die Hautevolee der Stadt. Reiche, Schöne, Prominente wurden zu einer verschworenen Hausgemeinschaft. Wen sie nicht dabei haben wollten, der bekam auch keinen Wohnraum – egal wie voll das Konto war. So buhlte Popdiva Madonna jahrelang um ein Apartment, erhielt es aber nicht, da die anderen Besitzer sie aufgrund ihres teilweise frivolen Lebensstils nicht in ihrer Gesellschaft haben wollten. Dirigent Leonard Bernstein wohnte ebenso im Dakota wie Sängerin Roberta Flack, Judy Garland, Boris Karloff, Paul Simon oder Tänzer Rudolf Nurejew. Und auch Ex-Beatle John Lennon, der aber 1980 vor der Dakota-Haustür von einem irren Attentäter erschossen wurde. Seine Witwe Yoko Ono wohnte bis 2023 weiter in dem Apartment, das der Preuße Griebel vor über 120 Jahren entworfen und gebaut hat.

● AUFGESCHNAPPT

Moderner Patriotismus? Ausgerechnet in Deutschland? Man hört förmlich das Gezeter und ideologische Geschrei von links, wenn nur das „P-Wort“ aus einem deutschen Munde ertönt. Nein, Deutschland hat nach den Schandtaten des Nationalsozialismus kein Recht mehr auf Patriotismus, auf vaterländische Begrifflichkeiten – jedenfalls wenn es nach linken Politikern und Köpfen geht. Selbst das Existenzrecht wurde einem deutschen Staat seitens linker Eliten schon abgesprochen. Deutschland gehört abgeschafft? Ach was, das erledigt diese Nation beinahe ganz allein. Zu wenig Kinder, zu wenig Geburten, aber dafür umso mehr Migration fremder Kulturen. Das führt automatisch zur Auslöschung der eigenen Nation. Selbstmord auf Raten und somit das Ende des kulturellen Erbes. So jedenfalls sieht es Leon de Winter in seiner Kolumne in der „Welt“ vom 12. Mai. Er darf das. Denn de Winter ist nicht nur ein bedeutender Schriftsteller unserer Zeit, er ist auch Niederländer – und Jude. Und er findet Deutschland großartig. Weil er es darf. JE



● STIMMEN ZUR ZEIT

Julian Reichelt nimmt bei „Nius“ (13. Mai) die Vorwürfe des Verfassungsschutzes gegen die AfD auseinander:

„Furchterregend sind nicht die Beweise, sondern die Vorwürfe. Gesichert furchterregend ist, dass man der AfD Dinge vorwirft, die vollkommen legal sind und fast allesamt aus dem neuen ‚Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘ stammen ... Ein Phantasiebegriff, der in keinem Gesetz steht ... Ein Begriff, der als Grundlage ausdrücklich Kritik an den Corona-Maßnahmen nennt, ein Begriff, mit dem legitime Machtkritik bekämpft, unterdrückt und überwacht werden soll, dient nun plötzlich dazu, die größte Oppositionspartei zu verbieten. Wer das schrecklich findet, ist kein AfD-Anhänger. Wer das schrecklich findet, verteidigt unser Grundgesetz und unsere Freiheit.“

Der Politikwissenschaftler Uwe Wagschal benennt im „Focus“ (7. Mai) das Signal, das von der verstorbenen Kanzlerwahl ausgeht:

„Die Regierung hat keine verlässliche Kanzlermehrheit. Gerade bei den aktuell knappen Mehrheitsverhältnissen fehlt damit die Verlässlichkeit, die es braucht, um die notwendigen harten Reformen durchzusetzen.“

Der Ökonom Daniel Stelter fürchtet in der „Welt“ (8. Mai), dass die Koalition wegen der Brandmauer gegen die AfD die in sie gesteckten Hoffnungen auf eine Wirtschaftswende enttäuschen wird:

„Im Wahlkampf hat die Union Hoffnung auf eine Wirtschaftswende geweckt. Diese Hoffnung ist mit dem Koalitionsvertrag weitgehend verpufft. Merz' Niederlage in der ersten Runde macht klar: Wenn es eng wird, hat er wahrscheinlich keine Mehrheit. Wenn man eine Mehrheit organisieren muss, dann mit links und nicht mit rechts. Im Ergebnis werden Sozialprojekte realisiert, bei wirklichen Reformen wird das nichts.“

In der Schweizer „Weltwoche“ (8. Mai) nimmt Roger Köppel einen interessanten Aspekt der Verfassungsschutz-Offensive gegen die AfD aufs Korn:

„Die Staatsspitzen formulieren Anschuldigungen, gegen die sich der Beschuldigte allerdings nicht wehren kann, weil das Gutachten unter Verschluss gehalten wird. Ausgenommen sind geneigte Journalisten, die das dubiose Dokument bekommen haben und im Sinne der Obrigkeit verwerthen, der perfekte medial-gouvernementale Komplex.“

● WORT DER WOCHE

„Politische Geschmacklosigkeiten, böse Witze und intellektuelle Irrlichterei sind in einem freien Land erlaubt. Genau das macht den Unterschied zu autoritären Regimen. Das sollte auch so bleiben.“

Ralf Schuler bei „Nius“ am 12. Mai zum Vorgehen des Verfassungsschutzes gegen missliebige Meinungen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das hässliche Echo

Wenn der Denunziant denunziert wird, und warum Politiker die „lange Bank“ so sehr mögen

VON HANS HECKEL

Was du nicht willst, was man dir tu, das füg auch keinem andern zu!“ Wie so viele alte Volksweisheiten hat auch diese nichts an Wahrheit und Aktualität eingebüßt. Doch wie bei anderen Quellen alten Wissens meinen Zeitgenossen immer wieder, gegen die tiefe Einsicht verstoßen zu dürfen, weil heute und in ihrem Falle ja alles anders sei. Ist es aber nicht.

Das musste auch der ZDF-Propagandist Jan Böhmermann erfahren in einer Affäre, die ziemlich groß durch die Medien ging. Er hatte einen Youtuber vor breiter Öffentlichkeit denunziert, indem er dessen Klarnamen und Adresse verpetzt hat. Böhmermann-Spione haben sogar die Eltern von „Clownie“, wie sich der Youtuber nennt, abends um halb zehn heimgesucht und den mutmaßlich 29-Jährigen bei dessen Metal-Band angeschwärzt, woraufhin die ihn tief erschrocken sofort an die Luft gesetzt hat.

Die Stasi hatte einen Fachbegriff für so etwas. Sie nannte es „Zersetzung“: Um das soziale Umfeld von Regimekritikern zu zerstören, versorgten die Genossen vom „VEB Horch und Guck“ Verwandte und Freunde, Bekannte und Kollegen mit hässlichen Geschichten über das Zielobjekt. Leser und Autoren der PAZ, die ihre jüngeren Jahre in der DDR verbracht haben, können über die niederträchtige Masche einiges erzählen. Immerhin schien den roten Schlapphüten noch bewusst zu sein, wie verwerflich solch Treiben eigentlich ist, weshalb sie im Verborgenen wühlten und öffentlich abstritten, derlei je getrieben zu haben.

Anders Böhmermann: Der zieht das ganz groß im Fernsehen auf, weil „Clownie“ ein Rechter sei. Hat er in seinem Kanal „Clownswelt“ was Verbotenes verbreitet? Dann hätte sich gewiss längst die Justiz für ihn interessiert. Hat sie aber nicht. Aber er sei halt irgendwie „rechts“, und das reicht dem ZDF-Lautsprecher für die öffentliche Hinrichtung.

Die Abo-Zahlen von „Clownswelt“ sind gleich nach der Attacke in die Höhe geschneit. Gut so. Nicht so gut: Rächer des Youtubers veröffentlichten persönliche Daten von Böhmermann nun ihrerseits im Netz. Widerliches wird also mit Ekligem vergolten. So ist das wohl, wenn einer jeden Anstand missen lässt, aber das macht die Gegen-Denunziation kaum besser.

„Was du nicht willst ...“: An den Spruch werden wir uns künftig wohl noch öfter erinnern. Im Augenblick leisten sich Leute im Völlegefühl ihrer Macht so einiges, was sie sich selbst auf keinen Fall wünschen würden. Man stelle sich vor, die AfD gewönne im kommenden Jahr in einem neuen Bundesland die absolute Mehrheit der Mandate, übernehme die Regierung und zöge mit der gleichen Selbstgerechtigkeit gegen die Opposition zu Felde wie die heute dort Regierenden gegen sie. Himmel, gäbe das ein Geschrei! Aber womit wollte man argumentieren? Schwierig.

Wie sich das Geschrei anhören würde, wissen wir in etwa. Sie erinnern sich vielleicht, wir hatten darüber berichtet: Im Frühjahr 2024 haben Demonstranten das Aschermittwochstreifen der Grünen im württembergischen Biberach blockiert, sodass die Veranstaltung ausfallen musste. Ein Anschlag auf die Demokratie sei das, hieß es damals aufgeregt. Dumm nur, dass Blockaden von AfD-Veranstaltungen seit Jahren mit einem Achselzucken quittiert werden, wenn nicht mit klammheimlicher Genugtuung. Und dass Blockaden von ganz links seit Jahrzehnten zum „gewaltfreien Widerstand“ umgelogen werden – natürlich in dem festen Glauben, selbst nie davon getroffen zu werden. Tja, der Volksmund hatte sie gewarnt.

Ob die AfD aber jemals soweit kommt, dass sie sich „rächen“ und mit gleicher Münze heimzahlen kann, steht ja noch völlig in den Sternen. Kommt ganz darauf an, wie sich die neue Bundesregierung anstellt. Und da ist ja noch alles offen.

Morgen, morgen, nur nicht heute

Die Probleme, etwa die des immer unfinanzierbaren Sozialstaats, an der Wurzel zu packen, könnte gefährlich werden. Denn die Maßnahmen wären schmerzhaft. Lieber nicht, dachte sich die neue Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas. Warum machen wir es nicht besser so wie in der Merkel-Ära, fragt sich die Sozialdemokratin.

Damals lautete die Formel: Probleme gehören nicht gelöst, sondern wegdiskutiert oder auf die lange Bank geschoben. Dann haben andere, spätere Regierungen den Ärger.

Bei der Rente wollte Bas gleich noch den Unmut vieler Beitragszahler und Rentner darüber bedienen, dass es den Beamten mit deren Pensionen spürbar besser geht als ihnen. Also tischt die Ministerin den Vorschlag auf, dass alle, also auch Beamte und Selbstständ-

ge, in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen sollen. Damit soll, so die Behauptung, auch dem Problem der Unterfinanzierung der Kasse entgegengesteuert werden. Schlaue: Denn zunächst käme tatsächlich mehr Geld herein und Bas könnte stolz verkündigen, wie sie die Rente „wieder zukunftsfest“ gemacht habe. Bis dann die vielen zusätzlichen Beitragszahler zu vielen zusätzlichen Rentempfängern mutieren. Dann käme das alte Problem in neuer Frische zurück. Mit einem entscheidenden Unterschied: Wieder wären viele Jahre vergeudet worden, in denen eine wirklich tragfähige Reform versäumt wurde und in denen die Lage noch viel schlimmer geworden ist. Aber was schert das Bas? Die ist jetzt Ministerin. Und nicht mehr in fernerer Zukunft. Merkel hat es mit dem Trick immerhin auf 16 Kanzlerjahre gebracht, klappt doch!

—

Was, wenn sich die AfD rächt, sobald sie im kommenden Jahr ein Bundesland erobert hat?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

allerdings muss man sich darauf verlassen können, dass die Leute nicht begreifen, was gespielt wird. Oder, dass es ihnen egal ist.

Das gilt auch für die neue Wundertüte des grenzenlosen Schuldenmachens. Die Masse des Volkes ist laut Umfragen ja sehr zufrieden mit der geplanten Explosion der Staatsdefizite. Warner wenden ein, dass da ein Monster herangemästet werde, welches später noch mal sehr gefährlich werden könnte für uns alle. Aber zum Glück ist dieser ganze Finanzmarktkram so furchtbar kompliziert, dass sich dafür sowieso kaum einer interessiert.

Oder ist es doch nicht so kompliziert? Im Grunde läuft es so: Kapital ist eine Ware wie alles im Markt. Wenn die Nachfrage steigt, während das Angebot kaum oder gar nicht wächst, geht der Preis nach oben. Am Geldmarkt sind das die Zinsen, die schon kurz nach Ankündigung der „Sondervermögen“ in die Höhe schossen.

Wenn der Staat seine Zinsen irgendwann nicht mehr bedienen kann, müssen die Notenbanken ihm helfen, indem sie dem Staat dessen Anleihen abkaufen, ihm also direkt frisch gemachtes Geld geben. Dann wird das Geld auf dem Markt mehr und mehr. Weil aber die Wirtschaft nicht genauso schnell wächst, verfällt der Geldwert. Und mit ihm der Wert von Ersparnissen und privaten Renten der Bürger.

Aber, wie gesagt, das ist alles schrecklich kompliziert, weshalb kaum einer verstehen wird, wo sich der Staat seine „Sondervermögen“ in Wahrheit herholt. Schließlich kommt auch diese Rechnung ja erst viel später, wie bei Bas' Renten-Idee.